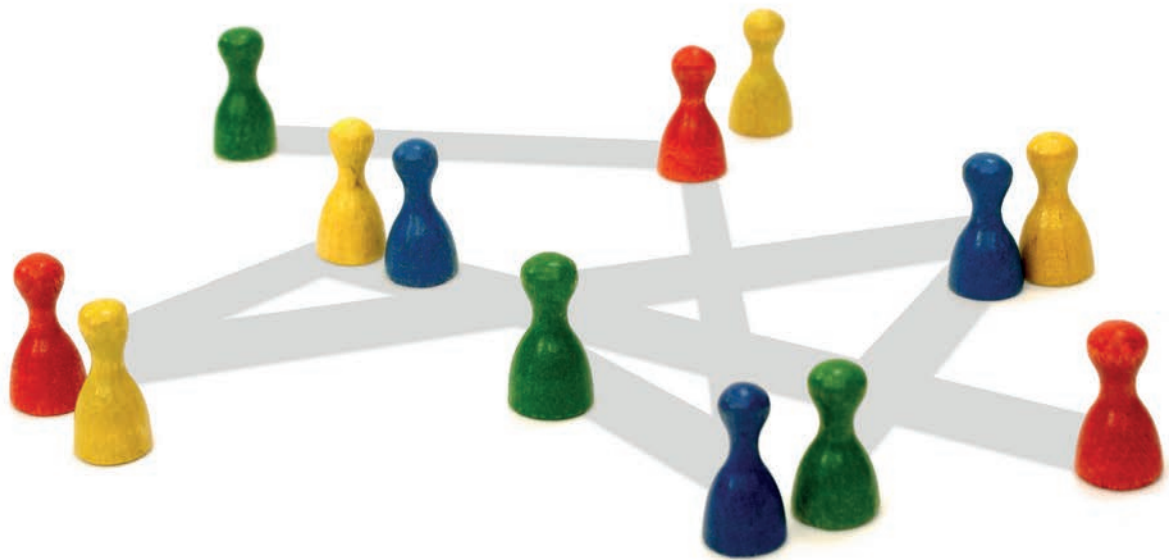


Handbuch für lokale Bündnisse gegen Rassismus und Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit

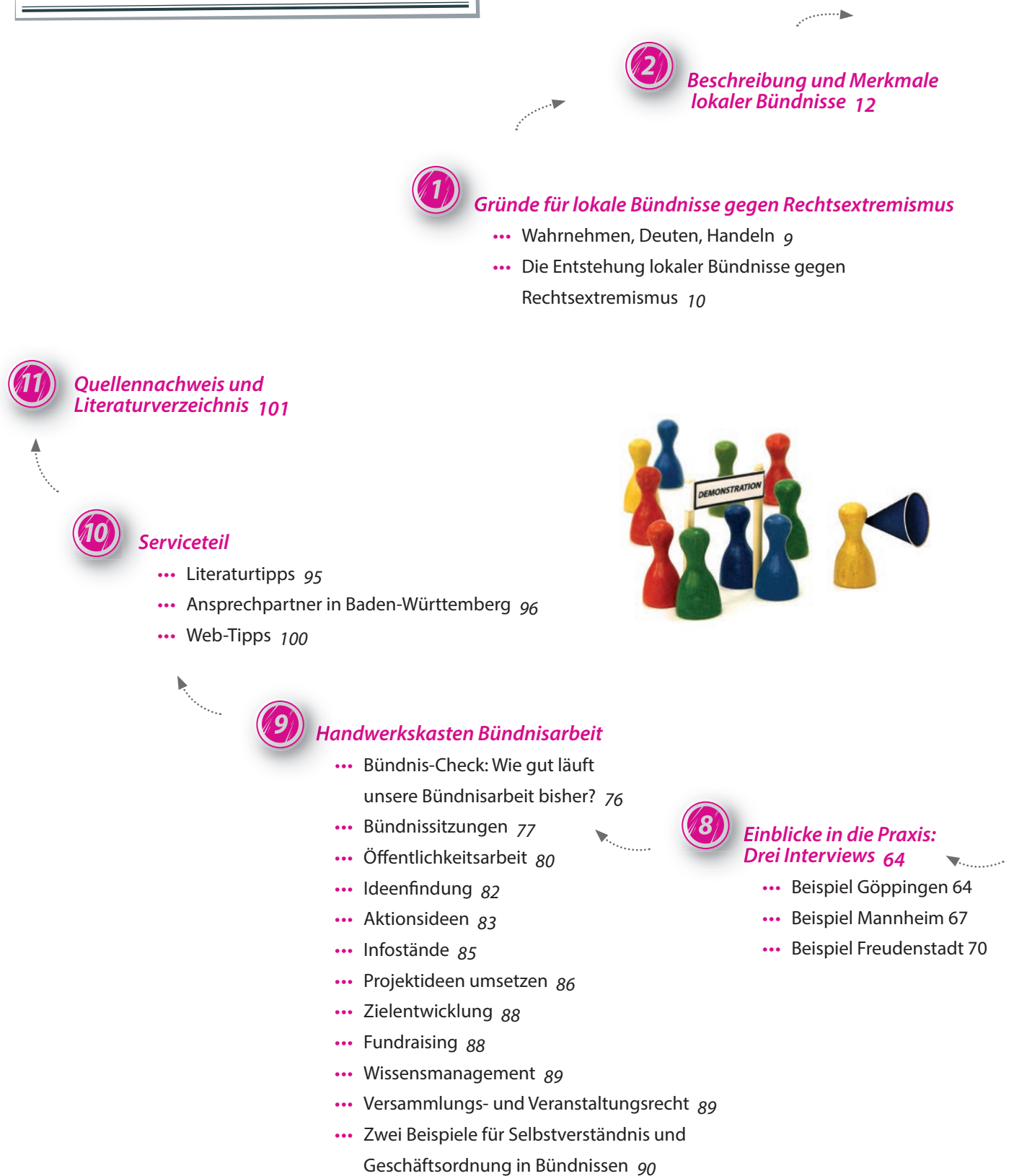


**Man muss die Welt nicht verstehen,
man muss sich nur darin zurechtfinden.**

Albert Einstein



Themenfinder





Aufbau eines lokalen Bündnisses

- ... Initiativgruppe bilden 17
- ... Wer macht mit? 18
- ... Rollenklärung 20
- ... Ansprache potenzieller Bündnismitglieder 24
- ... Unterschiedliche Formen des Engagements im Bündnis 25
- ... Problemanalyse 26
- ... Zielklärung und -formulierung 27
- ... Gründung des Bündnisses 30



Unterschiedliche Arbeitsformen lokaler Bündnisse

- ... Regelmäßigkeit der Treffen 32
- ... Arbeitsgruppen 32
- ... Beteiligungsstrukturen 33
- ... Mitgliedschaft und Regelungen im Bündnis 35
- ... Kommunikation im Bündnis 36
- ... Koordinierung/ Leitung des Bündnisses 39



Handlungsfelder lokaler Bündnisse

- ... Informieren, austauschen, diskutieren 40
- ... „Reagieren“ 41
- ... „Agieren“ 41
- ... Praxisbeispiel für Handlungsfelder und Arbeitsformen eines lokalen Bündnisses gegen Rechtsextremismus 42



Öffentlichkeitsarbeit

- ... Wichtige Felder der Öffentlichkeitsarbeit für lokale Bündnisse 44



Typische Probleme und Konfliktfelder

- ... Konfliktbeispiel: Unterschiedliche Aktionsbereitschaft 50
- ... Konfliktbeispiel: Wenig Aktive und sinkende Motivation 53
- ... Konfliktbeispiel: Mangelnde Wirksamkeit 56
- ... Konfliktbeispiel: Strategische Differenzen 58
- ... Konfliktbeispiel: Diskreditierungsstrategie 59
- ... Konfliktbeispiel: Umarmungsstrategie 61
- ... Konfliktbeispiel: Übertragungs- bzw. Delegationsstrategie 62



Vorwort 1

Vorwort

Friedrich Hölderlin hatte Recht, als er schrieb: „wo aber Gefahr ist, wächst das Rettende auch.“ Das vorliegende „Handbuch für lokale Bündnisse gegen Rassismus und Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit“ ist so etwas Rettendes. Es setzt genau dort an, wo zurzeit Gefahren durch populistische und extrem rechte Strömungen wachsen. Deshalb kommt das Handbuch zum richtigen Zeitpunkt und ist eine große Chance für jegliche Bündnisse, die sich für eine offene Gesellschaft engagiert einsetzen möchten. Egal ob neu gegründetes oder lang etabliertes Bündnis, das Handbuch beschreibt sehr anschaulich und lebendig viele Aspekte des alltäglichen Engagements für eine vielfältige und lebendige Demokratie - detailliert, übersichtlich und praxisorientiert.

Das Handbuch reiht sich in Baden-Württemberg nahtlos ein in eine Programmreihe von lokalen Bündnissen: Bereits seit zwei Jahren organisiert und fördert die Landesregierung gemeinsam mit dem Ministerium für Soziales und Integration die lokalen Bündnisse für Flüchtlingshilfe, fördert Qualifizierungsmaßnahmen für Ehrenamtliche in der Flüchtlingsarbeit und seit diesem Jahr auch „kommunale Flüchtlingsdialoge“. Gemeinsam haben diese Programme, dass sie sich im Sozialraum des Lokalen, für das Engagement der Bürgerinnen und Bürger bei der Integration von Geflüchteten aktiv einsetzen.

Solches Engagement hat in Baden-Württemberg eine lange Tradition. Nicht umsonst freuen wir uns darüber, dass sich 48 Prozent der Bürgerinnen und Bürger aktiv gesellschaftlich engagieren. Bürgerschaftliches und ziviles Engagement, wie wir es verstehen, ist immer ein Engagement für die Stärkung der Demokratie und gegenmenschenfeindliche Einstellungen und Haltungen. Dafür setze ich mich als Staatsrätin für Zivilgesellschaft und Bürgerbeteiligung ein.

Auch deswegen ist das Handbuch eine gute und wertvolle Arbeit, die wir aus Sicht von Bürgerbeteiligung und Zivilgesellschaft würdigen. Gerade hier bei uns in Baden-Württemberg gibt es eine starke Mitte, die sich als offene, engagierte und keineswegs fremdenfeindliche Gesellschaft hervorgehoben hat. Und für all diese Menschen möchten wir auch in Zukunft Partner sein und unterstützen, wo wir können.

Ganz wichtig ist es dabei aus meiner Sicht allerdings, auch konservative Kräfte in dialogischer Weise einzubeziehen und nicht vorschnell über politische Gesinnungen zu spekulieren und zu urteilen. Unsere Gesellschaft definiert sich auch dadurch, dass wir uns mit vielfältigen Ansichten darüber auseinandersetzen, wie sich Demokratie am besten leben lässt. Ein klassisches politisches Rechts-Links-Schema ist längst nicht mehr allein geeignet, undemokratische Einstellungen und

I
Haltungen zu markieren. Entscheidend ist vielmehr die Orientierung an den Werten des Grundgesetzes - und das bietet durchaus Spielraum für verschiedene Interpretationen. Die Grenze liegt dort, wo die Verfassung ihre bewährten Grenzen setzt, vor allem im Kernsatz: „Die Würde des Menschen ist unantastbar“.

Um den gesellschaftlichen Dialog zu stärken und die demokratische Mitte zusammenzubringen, braucht es eine starke „Für-Definition“ der verschiedenen Bündnisse, keine Begrenzung auf ein „Dagegen sein“. Dafür hält das Handbuch einige schöne Beispiele bereit: Eines der Bündnisse aus Baden-Württemberg, nämlich jenes in Freudenstadt, ist aus dem Protest gegen einen Aufmarsch Rechtsradikaler entstanden. Dabei blieb es aber nicht, sondern es hat sich weiterentwickelt. Inzwischen widmet es sich einer Vielzahl verschiedener gesellschaftlicher Themen, die essentiell für einen starken gesellschaftlichen Zusammenhalt stehen.

Ich wünsche dem Handbuch, dass es zur Blaupause für viele praktische Bündnisse vor Ort wird, denn die nächsten Jahre stellen unser Land vor eine Bewährungsprobe im Umgang mit dem Wachstum demokratiefeindlicher, nationalistischer und menschenverachtender Strömungen.

Gisela Erler

Staatsrätin für Zivilgesellschaft und Bürgerbeteiligung

Dank!

Dieses Handbuch basiert in weiten Teilen auf der exzellenten Vorlage *Handbuch für Lokale Bündnisse gegen Rechtsextremismus*, aus dem Jahr 2012. Wir danken den vielen Mitdenker_innen des Originals für die fundierte Zusammenstellung der Themen und Inhalte. Da wir ein solch rundes Rad nicht neu erfinden wollen und können, haben wir die Inhalte von Christine Sattler, Nicole Marcus und Stefan Vogt großteils nur aktualisiert und um Beispiele und Fotos aus Baden-Württemberg ergänzt.

Ein ganz herzlicher Dank geht an die Interviewpartner_innen aus den lokalen Bündnissen, die ihre Erfahrung und ihr Wissen hier im Handbuch mit anderen teilen und uns mit ihrer Zeit unterstützt haben. Das gilt auch für die Personen, die uns bereitwillig aktuelles Fotomaterial von Aktivitäten und Veranstaltungen im Land zu Verfügung gestellt haben.

Nicht zuletzt war die Umsetzung des Handbuchs für Baden-Württemberg durch die Förderung des Ministerium für Soziales und Integration erst möglich.

Warum ein Handbuch für lokale Bündnisse?

„Demokratie und Menschenrechte sind Aufgaben – keine Selbstverständlichkeit.“ So beginnt das Selbstverständnis eines Bündnisses, das vor 7 Jahren von Praktiker_innen in Projekten auf Landesebene gegründet wurde: Das Landesnetzwerk für Menschenrechte und Demokratieentwicklung – gegen Rechtsextremismus und Menschenfeindlichkeit. Vorbild dieses Netzwerks sind viele lokale Bündnisse, Runde Tische, Initiativen, Aktionskreise und Netzwerke, die seit Jahren zeigen, wie wichtig es ist, sich für diese Aufgaben kontinuierlich und breit aufgestellt einzusetzen.

Seit 2013 berät die Anlauf- und Vernetzungsstelle gegen Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit lokale Initiativen, Netzwerke und Projekte im Land. Das Thema Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit wird hier aus einer gesamtgesellschaftlichen Perspektive bearbeitet. Die Landesarbeitsgemeinschaft Offene Jugendbildung Baden-Württemberg e.V. (LAGO) als Träger der Stelle und Dachverband der offenen Kinder- und Jugendarbeit vertritt dabei deren Grundprinzipien Offenheit, Freiwilligkeit, Mitbestimmung und die konsequente Orientierung an den Themen und Lebenswelten Kinder und Jugendlicher als wichtige Elemente für präventives, gemeinwesenorientiertes Arbeiten, das abwertende menschenfeindliche Haltungen thematisiert. In vielen Bündnissen ist die offene Kinder- und Jugendarbeit, sei es selbstverwaltet, kommunal oder in freier Trägerschaft, als fester Bestandteil der Gesellschaft engagiert, weist darauf hin, dass Menschenverachtung kein Jugendproblem ist, diskutiert mit, bietet offene Räume oder Aktivitäten an.

Dabei zeigt sich, ein breit aufgestelltes Bündnis ist eine nachhaltige Form der Demokratieentwicklung. Es basiert auf dem Engagement vieler, im zivilgesellschaftlichen Bereich oft ehrenamtlicher, Akteure. Das macht auch das Besondere jedes Bündnisses aus: Es besteht aus Menschen, die sich in ihrem Umfeld für Alltagsdemokratie und gegen abwertende Haltungen und Handlungen einsetzen – über institutionelle Grenzen hinweg. Es ist ein lokal spezialisiertes Netzwerk von Expert_innen.

I
Gleichzeitig gibt es strukturelle Parallelen zwischen Netzwerken – die Autor_innen des Handbuchs beschreiben dazu mehrere Bündnistypen. Es entstehen oft ähnliche Entwicklungsprozesse über die Jahre hinweg und die Fragen, z.B. zur Organisation der Aktivitäten, zur Verteilung der Aufgaben und den gemeinsamen Zielen, gleichen sich.

Fragt man zivilgesellschaftliche Initiativen, so würden diese wahrscheinlich eigene Worte dafür finden, nichtsdestotrotz: Bündnisse meistern oft unter Zeitdruck und in politisch schwierigem Feld Aufgaben, mit denen in Unternehmen mehrere Abteilungen betraut sind. Hinter den gemeinsamen Aktionen stehen hochdifferenzierte Abstimmungsprozesse der unterschiedlichen Interessen. Im Hintergrund verlaufen u.a. Monitoring, Pressearbeit, thematische Arbeitskreise, Verwaltungstätigkeiten, Fundraising und Logistik. Chapeau, dass dies für so viele Menschen ganz selbstverständlich dazu gehört: In ländlichen Gebieten, Städten und Landkreisen, überall im Land verteilt bestehen und entwickeln sich Runde Tische, Bündnisse, Netzwerke, Initiativen, Arbeitskreise, Freundeskreise... die Vielfalt ist dabei groß.

Das Handbuch soll vor Ort engagierten Menschen eine praktische Hilfestellung sein. Ein Nachschlagewerk und Ideenpool, ein Methodenkoffer und eine Reflexionsmöglichkeit der eigenen Strukturen. Netzwerkarbeit, wie auch Demokratie, ist ein immerwährender Prozess. Die Gliederung des Handbuchs versucht, dies aufzunehmen und inhaltlich zu berücksichtigen.

Wir hoffen, sowohl bestehende Bündnisse als auch sich neu gründende Initiativen können hier Unterstützung für die eigene Arbeit finden.

Hannes König

Geschäftsführer
Landesarbeitsgemeinschaft
Offene Jugendbildung e.V. (LAGO)

Anne Stelzel

Anlauf- und Vernetzungsstelle
gegen Rassismus und GMF,
LAGO

Warum wir von Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit sprechen

Dieses Handbuch richtet sich an Bündnisse gegen Rassismus und Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit, die sich selbst vermutlich in erster Linie als Bündnisse gegen Rechtsextremismus verstehen. Der Begriff des Rechtsextremismus ist jedoch schwer zu fassen. Dass den Nationalsozialismus verherrlichende Kameradschaften und Parteien wie die NPD darunter fallen, kann als Allgemeinut gelten. Wie aber verhält es sich mit rechtspopulistischen Aussagen der Alternative für Deutschland (AfD), der PEGIDA-Bewegung, dem islamfeindlichen Internetportal „Politically Incorrect“ oder der Wochenzeitung „Junge Freiheit“? Und wie erst ist es einzuordnen, wenn am Stammtisch eine „Überfremdung durch die islamische Kultur“, das angebliche Abschöpfen deutscher Sozialsysteme durch sogenannte Armutsflüchtlinge und eine „Diktatur der Politisch-Korrekten“ behauptet wird? All diese Phänomene sind nicht unter einen Begriff zu bringen, wenngleich sich ähnliche Denkmuster in ihnen verbergen. Sie alle lehnen die Gleichwertigkeit von Menschen ab, pauschalisieren und werten Menschen ab, indem sie ihnen eine Gruppenzugehörigkeit unterstellen – „die Flüchtlinge“, „die Muslime“, „die Ausländer“. Diesen Gruppen werden bestimmte Eigenschaften und Verhaltensweisen zugeschrieben, ihre vermeintlichen Mitglieder werden nicht mehr als individuelle Menschen mit Würde und legitimen Gründen für ihr Handeln wahrgenommen. Zweitens steckt im Begriff Rechtsextremismus die Vorstellung, die Gesellschaft bestehe aus einer demokratischen und humanistischen Mitte auf der einen sowie gewaltaffinen, antidemokratischen, sprich: extremen Rändern auf der anderen Seite. Diese Vorstellung wurde spätestens durch Studien der Sozialpsychologie und Einstellungsforschung ad absurdum geführt: rassistische, antisemitische, sexistische und homophobe, antiziganistische, nationalistische und sozialdarwinistische Einstellungen und Handlungen finden sich überall in der Gesellschaft, so dass inzwischen bestenfalls von einer feindseligen, fragilen Mitte die Rede sein kann (vgl. Zick/Klein 2014; Heitmeyer 2002-2011). Aus diesen Gründen haben wir uns dafür entschieden, die Dinge beim Namen zu nennen und von Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit zu sprechen. Da dieses Handbuch sich im Besonderen an lokale Bündnisse richtet, die sich gegen rassistische Hetze und Neonazis engagieren, bekommt der Rassismus als eine Facette Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit im Titel einen gesonderten Platz. Nichtsdestotrotz wünschen wir uns, dass ebenso alle anderen Bündnisse sich angesprochen fühlen mögen, die gegen ein vermeintliches Recht des Stärkeren, die Abwertung von Geflüchteten, LSBTTIQ, Sexismus, Antisemitismus oder Antiziganismus kämpfen – für Menschenfreundlichkeit und ein solidarisches Miteinander!

Geschlechtergerechte Sprache

Sprache ist Teil von Wirklichkeit und kann Anstöße geben, diese zu verändern. Damit alle Lesenden sich wahrgenommen und angesprochen fühlen können, haben wir uns für die Nutzung des Unterstrichs entschieden. So wird Ihnen, liebe Leser_innen das Lesen und Verstehen der Texte erleichtert und ermöglicht den schnellen Wechsel zum gemeinsamen Handeln, denn darum soll es hier ja schließlich gehen!

01 Gründe für lokale Bündnisse gegen Rechtsextremismus

Während die konkreten Anlässe für die Bildung von lokalen Bündnissen gegen Rechtsextremismus so vielfältig sind wie die Menschen und Gruppierungen, die dahinter stehen, sind die Zielrichtungen meist sehr ähnlich. All diesen Initiativen ist das Engagement gegen Rassismus und andere Formen Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit wie Antisemitismus, Antiziganismus und Recht des Stärkeren - für eine menschenfreundliche und damit auch gerechtere Gesellschaft gemeinsam. In den aktuellen Debatten über Geflüchtete und sogenannte Armutseinwanderung werden vorhandene menschenfeindliche Einstellungsmuster und Positionen innerhalb der deutschen Gesellschaft deutlich: Menschen werden aufgrund von zugeschriebener Herkunft, Religion und Kultur pauschal in Gruppen zusammengefasst und abgewertet. Es ist die Rede von den „Flüchtlingen“, den „Ausländern“, den „Anderen“, die nun mal eben nicht sind wie „wir“. Aktuelle Studien zur Einstellungsforschung zei-

gen, dass in der sogenannten Mitte der Bevölkerung abwertende Einstellungen seit Jahren konstant verbreitet sind. (vgl. Zick/Klein 2014, Heitmeyer 2002-2011). In den Umfrageergebnissen zur Akzeptanz rechtspopulistischer Aussagen der letzten Monate und in Berichten zur aktuellen Debatte wird dies nun auch medial verstärkt sichtbar. Bündnisse gegen Formen menschenverachtender Mobilisierung entstehen in der Regel aus der Erkenntnis heraus, dass die Auseinandersetzung mit dieser komplexen gesellschaftlichen Problemlage nur gemeinsam erfolgen kann. Einzelne, voneinander isolierte Personen oder Gruppen können hier nur punktuell etwas erreichen.

1. Wahrnehmen, Deuten, Handeln

Wesentlich für eine erfolgreiche Strategie eines Bündnisses gegen Rassismus und Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit ist zunächst das Zusammenführen und Austauschen aller Informationen und Problemwahrnehmungen der Beteiligten. So erfahren viele Personen oder Institutionen oft erst in dieser Phase von der Breite und Vielfalt rassistischer und menschenfeindlicher Vorkommnisse in ihrer Region. Und mit dieser Erkenntnis wächst die Bereitschaft, sich dagegen zu engagieren.

Der nächste Schritt ist die gemeinsame Debatte über die Problemlage, ihre Ursachen und geeignete Gegenstrategien. Für ein Gemeinwesen ist es von großer Bedeutung, dass es für diese wichtige Debatte ein Forum gibt, einen Ort, an dem diese Fragen von möglichst vielen Bürger_innen diskutiert werden können. Eine Schärfung des Problembewusstseins umfasst auch die intensive Auseinandersetzung mit Argumentationsmustern und Ideologien der extremen Rechten, die zum Teil auch in der gesellschaftlichen Mitte verankert sind (vgl. Zick/Klein 2014, Heitmeyer 2002-2011, Molthagen u.a. 2008).

2. Die Entstehung lokaler Bündnisse gegen Rassismus und Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit

Lokale Bündnisse können entweder spontan entstehen (z.B. als Reaktion auf konkrete Ereignisse mit dem Wunsch von Menschen, einen demokratischen Protest zu organisieren) oder aus einer langfristig geplanten Zusammenarbeit von im Tätigkeitsfeld Arbeitenden heraus. Manchmal entstehen sie aber auch als Ergebnis eines Zusammenschlusses von zwei oder mehreren bis dahin parallel existierenden Netzwerken, die thematisch eng beieinander liegen. Diese verschiedenen Möglichkeiten werden an folgenden Fallbeispielen veranschaulicht:

Fallbeispiel

A

In einer Gemeinde wird bekannt, dass freie Kameradschaften eine Demonstration angemeldet haben. Als Reaktion auf diese Nachricht findet sich spontan eine größere Gruppe von Menschen zusammen, die gemeinsam nach einer angemessenen Gegenreaktion sucht. Diese Initiativgruppe setzt sich bunt zusammen aus Kirchenvertreter_innen, kommunalpolitisch Engagierten, Rentner_innen, Gewerkschaftler_innen, Student_innen, Sozialarbeiter_innen. Ziel ist es, der öffentlichen Präsenz von Gruppen der extremen Rechten eine aktive Bürgerschaft entgegenzusetzen, die sich für demokratische Werte in der Gemeinde engagiert. Das Bündnis ist geboren.



Fallbeispiel B

Obwohl sich in einer Stadt bislang kaum stabile Strukturen festigen konnten, finden auch hier immer wieder konkrete neonazistische Aktivitäten statt. Rassistische Gewalttaten, Alltagsrassismus und strukturelle Ausgrenzungen gehören zur Realität. Bereits in der Vergangenheit konnte vor Ort öffentlich wirksamer Protest organisiert werden. Bürgerschaftlich Engagierte und Berufsakteur_innen wollen durch ein langfristiges gemeinsames Engagement verbindliche Strukturen bilden, sich über konkrete Anlässe hinaus mit menschenfeindlichen Einstellungen auseinandersetzen und Wege für mehr Aufklärung und Weltoffenheit in ihrer Kommune schaffen. Aus diesem Wunsch heraus entsteht die Initiative für die Gründung eines übergreifenden Bündnisses, das neue Akteur_innen einbindet.

Fallbeispiel C

Ein seit Langem bestehendes Bündnis gegen Rassismus (BgR) reflektiert nach Jahren selbstkritisch die eigene Mobilisierungsfähigkeit. Hintergrund der Debatte ist eine rechtspopulistische Demonstration in der Stadt, die einige Wochen zuvor stattfand. Dem BgR gelang es damals trotz intensivster Bemühungen nicht, einen nennenswerten demokratischen Protest zu organisieren. Der Appell zur aktiven Beteiligung blieb zum großen Teil ungehört. Parallel dazu rief der Oberbürgermeister zu einer Meile der Demokratie gegen den rechtspopulistischen Aufmarsch auf. Dem Aufruf des Oberbürgermeisters folgten erstaunlich viele Menschen: ein temporäres Aktionsbündnis war geboren. Kurz darauf diskutieren Vertreter_innen des BgR und des Aktionsbündnisses gemeinsam die Frage: Wie weiter? Dem Bündnis gegen Rassismus ist daran gelegen, effektiver in der Öffentlichkeit zu agieren. Der Initiativkreis sieht sich als temporäres Gremium nicht dauerhaft in der Lage, maßgebliche Impulse in der Stadt zu setzen. Angesichts dieser Ausgangslage wird die Entscheidung getroffen, ein gemeinsames Netzwerk zu gründen. Nach fast 14-monatiger intensiver Debatte wird ein Netzwerk gegründet, an dem zivilgesellschaftliche Initiativen genauso beteiligt sind wie Vereine, Bürger_innen, Institutionen, Behörden und Teile der Stadtverwaltung.



Die Beispiele zeigen: Unabhängig von einer spontanen Empörung oder einer längerfristigen Idee gründen sich lokale Bündnisse immer vor dem Hintergrund der Erkenntnis, dass das Handeln Einzelner nicht ausreicht. Ebenso immer dann, wenn gemeinsame Ziele nur durch Kooperation und Vernetzung unterschiedlicher Partner erreichbar oder besser erreichbar sind.

02

Beschreibung und Merkmale lokaler Bündnisse

Wie lassen sich gemeinsame Merkmale und Funktionen von lokalen Netzwerken oder Bündnissen gegen Rassismus und Menschenfeindlichkeit beschreiben, obwohl die Strukturen, Arbeitsformen und Handlungsfelder so vielfältig sind?

**Versuchen wir, verbindende
Elemente zu finden:**

Bündnistypen

Ziele

Motivation

Zusammensetzung

Kooperation

1

Ziele

Lokale Bündnisse gegen Rassismus und Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit sind Zusammenschlüsse unterschiedlichster Akteur_innen, Akteursgruppen und Institutionen, die (in der Regel) ein gemeinsames Ziel vor Augen haben. Die Motivation für eine Beteiligung hängt davon ab, ob für die handelnden Akteur_innen ein erkennbarer Nutzen – ideeller oder politischer Art – in der Bündnisarbeit besteht. Ein solcher Mehrwert entsteht wiederum nur durch Kooperation der handelnden Mitglieder eines Bündnisses und beschreibt damit ein weiteres gemeinsames Merkmal:

2

Kooperation

In lokalen Bündnissen handeln verschiedene Akteur_innen gemeinsam mit der Absicht, mehr zu erreichen als sie allein dazu imstande wären. Durch das gemeinsame Agieren kann dabei entweder etwas Neues entstehen (erstmalig finden unterschiedliche Gruppierungen einer Gemeinde zusammen und schaffen es, unter Bündelung aller Ressourcen, einen

3

Motivation

In der Regel beruht die Mitarbeit in einem Bündnis auf einer freien Entscheidung des einzelnen Mitglieds und einer entsprechenden Motivation zur Teilnahme. Für Bündnisse, in denen neben Einzelpersonen auch Vereine, Verbände und Initiativen und vielleicht sogar Verwaltungen vertreten sind, können die Motivationsgrade zwischen der jeweiligen Institution und der in das Bündnis „entsendeten“ Person durchaus variieren.



4

Zusammensetzung

Nur in seltenen Fällen bestehen Bündnisse aus völlig spontan zusammengefundnen Personen und Personenkreisen. In der Regel geht der Gründung eines Bündnisses eine Initiativgruppe voraus, die sich vor der Bündnisgründung mit der Frage beschäftigt, wer als Mitglied noch gewonnen werden soll. Geeignet scheinen zunächst alle Akteur_innen, bei denen davon ausgegangen wird, dass sie ähnliche Wertvorstellungen besitzen, ähnliche Interessen verfolgen, eventuell über Ressourcen verfügen, die für das Bündnis hilfreich sein können usw.

(... ➤ siehe dazu ausführlicher Kapitel 03)

wirkungsvollen Protest gegen einen Naziaufmarsch zu organisieren), oder bereits bestehende Bündnisstrukturen (z.B. das Bündnis gegen Rassismus und Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit und ein Aktionsbündnis gegen Gewalt) schließen sich zusammen, um bessere Wirkungen zu erzielen.

Eine gelingende Kooperation setzt Kompetenzen der Beteiligten wie Offenheit, Verhandlungsfähigkeit, Konfliktfähigkeit, Empathie, Toleranz und Verlässlichkeit voraus. Zum Umgang mit Kooperationsproblemen und Konflikten finden Sie in Kapitel 07 weitere Hinweise.

(... ➤ Kapitel 07)

Typ A

Bürgerschaftliches Bündnis

In diesem Typus engagieren sich ausschließlich ehrenamtliche Einzelpersonen und informelle Gruppen. Die Mitglieder verzichten bewusst auf die Aufnahme von Berufsakteur_innen und kommunalen Verantwortungsträger_innen. Sie verstehen sich vielmehr als eine Gemeinschaft von Gleichgesinnten, sie teilen ähnliche Interessen und Wertvorstellungen. Aus Sicht der Bündnismitglieder werden mangelnde Ressourcen und geringe Projekterfahrung durch persönliche Überzeugung, hohe Eigenmotivation und Engagementbereitschaft kompensiert.

Typ B

Heterogenes Bündnis

In diesem Typ arbeiten ehrenamtlich engagierte Einzelpersonen, Berufsakteur_innen und kommunal Verantwortliche im Bündnis zusammen. Das Bündnis integriert die persönliche Motivation der „Laien“ genauso wie die an eine Berufsverpflichtung gebundene Verantwortlichkeit der „Professionellen“. Differenzen werden von beiden Seiten in Kauf genommen, da die bessere Ausnutzung von Möglichkeiten im Vordergrund steht.

5

Bündnistypen

Lokale Bündnisse gegen Rassismus und Menschenfeindlichkeit unterscheiden sich hinsichtlich der Zusammensetzung ihrer Mitglieder und ihrer Organisationsstrukturen zum Teil sehr deutlich. Ohne an dieser Stelle auf alle möglichen und denkbaren Varianten eingehen zu können, seien an dieser Stelle einige Typen beschrieben, die untereinander wiederum auch Mischformen aufweisen können. Die folgende Ausführung vermeidet bewusst Bewertungen der einzelnen Typen und verbleibt auf einer beschreibenden Ebene. Vor- und Nachteile hinsichtlich der Organisationsformen werden in späteren Kapiteln beleuchtet.

Typ D

Basisdemokratisches Bündnis

Basisdemokratische Bündnisse kommen ohne Repräsentant_innen aus. Es gibt keine Hierarchiestufen innerhalb des Gremiums. Bei Entscheidungen soll gewährleistet werden können, dass alle Beteiligten die getroffenen Vereinbarungen auch wirklich mittragen und niemand übergangen wird. Entscheidungen werden weitestgehend im Konsens getroffen.

Typ E

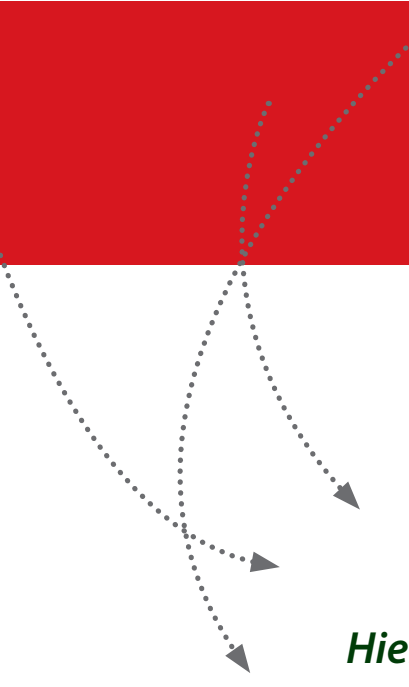
Bündnis der „Zuständigen“

Das Bündnis besteht überwiegend aus Personen, die im weitesten Sinne dienstlich für das Aufgabenfeld zuständig sind oder sich zuständig fühlen. Sie sehen sich in der Verantwortung und wollen einen geregelten fachlichen Austausch gewährleisten. Sie haben meist gute Zugänge zu Ressourcen, verfügen über Überblickswissen und sind in der Regel gut vernetzt. Zu unterscheiden ist in diesem Typus noch einmal zwischen reinen Facharbeitskreisen und Bündnissen, die fast ausschließlich von und für Verwaltung und Politik angelegt sind.

Typ C

Hierarchisch strukturiertes Bündnis

Netzwerke sind in der Regel Zusammenschlüsse ohne komplizierte Hierarchien oder Verfahrensweisen, alle Mitglieder kooperieren auf Augenhöhe, um ein gemeinsames Ziel zu erreichen. Dennoch finden sich auch innerhalb lokaler Bündnisse durchaus hierarchische Strukturen. So ist es nicht unüblich, dass lokale Bündnisse Leitungsgremien etabliert haben, die aus einer oder mehreren Personen bestehen können. Diese treffen alle strategischen und operativen Entscheidungen. Die Mitgliederversammlung beschließt eher grundsätzliche Fragen. Die Arbeitsstruktur ist an der zentralen Rolle des Leitungsgremiums ausgerichtet. Alle Informationsflüsse laufen quasi dort zusammen.



Hier noch einmal zusammengefasst die zentralen Merkmale lokaler Bündnisse gegen Rassismus und Menschenfeindlichkeit:

Lokale Bündnisse gegen Rassismus und Menschenfeindlichkeit

- ➡ umfassen mehrere rechtlich selbstständige Akteur_innen mit verschiedenen Funktionen sowie inhaltlichen und strukturellen Hintergründen (z.B. freie Träger, Verbände, kirchliche Organisationen, Bürger_innengruppen, Einzelpersonen, Verwaltungsmitarbeiter_innen), die ein **gemeinsames Anliegen** verfolgen und gleichberechtigt zusammenarbeiten.
- ➡ bestehen aus **kooperierenden** Akteur_innen mit der gemeinsamen Absicht, mehr zu erreichen als sie einzeln im Stande wären.
- ➡ basieren in der Regel auf **freiwilliger Teilnahme und Eigenmotivation**.
- ➡ basieren auf **Kommunikation**. Sie dienen dem Austausch von Informationen, als Ideenbörse, als Diskussionsplattform, als Austragungsort von Konflikten.
- ➡ sind **heterogen** hinsichtlich ihrer Organisationsform und Zusammensetzung.



03 *Aufbau eines lokalen Bündnisses*

1. Initiativgruppe bilden

Am Anfang steht meist eine kleine Gruppe von Menschen, die auf ein bestimmtes Ereignis reagieren will, z.B. eine von Neonazis angemeldete Demonstration. Sie stellen fest, dass sie alleine nicht viel erreichen können und begeben sich auf die Suche nach Mitstreiter_innen.

Doppelstrukturen vermeiden!

Bevor Sie mit der Gründung eines neuen Bündnisses beginnen, fragen Sie sich zunächst, ob es in Ihrer Kommune oder näheren Region eventuell schon ein Netzwerk gibt, das sich mit den gleichen oder ähnlichen Fragestellungen befasst. Denn Doppelstrukturen haben meist keine große Lebensdauer, weil häufig die gleichen Personen in mehreren Gremien sitzen und somit Zeit und Kräfte verloren gehen.

Auch Aktionsbündnisse gegen Gewalt, Runde Tische o.a. zum Thema Migration, Präventionskreise u.a.m. können geeignete Netzwerke für das Thema Rassismus und Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in der Kommune sein. Wesentlich ist das inhaltliche Interesse (und nicht nur Tolerieren) des Themas sowie eine geteilte Problemwahrnehmung.

Haben Sie in Ihrer Region vielversprechende Strukturen ausfindig gemacht, wenden Sie sich an diese und finden Sie heraus, ob sie offen für Ihre Themen und Ziele sind.

2. Wer macht mit?

Wenn Sie sich auf die Suche nach geeigneten Mitstreiter_innen für Ihr Bündnis begeben, stellen Sie sich zunächst die Frage, wer ein Interesse an der Existenz eines solchen Bündnisses hat. Das können Menschen sein die selbst Rassismuserfahrungen gemacht haben oder potenziell davon betroffen sind, ebenso wie Betroffene von Übergriffen extrem Rechter und Neonazis. Hier eröffnet sich die Möglichkeit Betroffenen selbstorganisationen einzubeziehen, zu Wort kommen zu lassen und damit zu stärken. Daneben gilt allgemein, dass Personen, die an einem menschenfreundlichen Umgang in ihrem Ort interessiert sind, potenzielle Unterstützer_innen eines solchen Bündnisses sein können. Fragen Sie sich weiterhin, wer Ihr Bündnis unterstützen könnte. Hilfreich sind z.B. Unterstützer_innen, die ein hohes öffentliches Ansehen in der Region genießen. Die Grundregel lautet: Je mehr unterschiedliche Menschen in das Bündnis einbezogen sind, desto besser kann es wirken. Dabei sollte aber in jedem Fall **Klarheit hinsichtlich gemeinsamer Problemanalysen und Anliegen** der Bündnisarbeit bestehen.

Die Zusammensetzung eines Bündnisses ist abhängig von den Akteur_innen, die vor Ort existieren und für ein konkretes Anliegen ansprechbar sind. Beispiele für mögliche Akteur_innengruppen, die Sie für Ihre Arbeit ansprechen können, finden Sie in diesem Abschnitt weiter unten.



Foto: Werner Schulz



Fragen im Vorfeld:

- ➡ Wer teilt meine/unsere Problemsicht?
- ➡ Wer kann am wirkungsvollsten bei der Erreichung der anvisierten Ziele helfen?
- ➡ Wen kenne ich, der auch Interesse daran hat, etwas zu verändern?
- ➡ Wer hat Fachwissen oder Erfahrung in der Netzwerkarbeit?
- ➡ Wer kann helfen, eine möglichst große Öffentlichkeit herzustellen?
- ➡ Wer kann Finanzen, Räume oder andere Infrastruktur einbringen?
- ➡ Wer hat gute Kontakte?
- ➡ Wer hat ausreichend Interesse, Fähigkeiten und Zeit, um die Fäden in die Hand zu nehmen? (unbedingt mehr als eine Person!)
- ➡ Wie groß soll das Bündnis/ Netzwerk sein? (klein und wendig bzw. groß und repräsentativ?)
- ➡ Wie heterogen sollte ein erfolgreiches Bündnis aufgestellt sein?



Überlegen Sie, wen Sie für die Mitarbeit ansprechen können. Diese Liste kann Ihnen Anregungen geben. Sie müssen nicht Vertreter_innen aus all diesen Akteur_innengruppen in Ihren Reihen haben, aber einige könnten vielleicht hilfreich sein.

Medien Kunst/ Kultur Gewerkschaften lokale Prominenz

Verwaltung Kirchen (Offene) Jugendarbeit

engagierte Bürger_innen Wirtschaftsvertreter_innen

Migrantenorganisationen Menschen mit Erfahrung in politischer Arbeit

Bildungseinrichtungen (Schulen, VHS, ...) Vereine aller Art (z.B. Sport, Feuerwehr, ...)

Kommunalpolitiker_innen Expert_innen im Themenfeld Rechtsextremismus

Betroffene und potenziell Betroffene rassistisch motivierter und neonazistischer Gewalt

Vorteile eines breit aufgestellten Bündnisses:

Ein lebendiges Bündnis profitiert von einer breiten Beteiligung unterschiedlicher Menschen, die ihre Sichtweisen, Anregungen und Ressourcen einbringen. Vom alternativen Jugendlichen über die Pfarrerin und den Buchladeninhaber bis hin zum Stadtratsmitglied.

Einfluss auf die öffentliche Debatte durch deutungsmächtige Akteur_innen

Diese Heterogenität bietet Chancen auf eine hohe Wirksamkeit der Arbeit durch:

3. Rollenklärung

Wichtig für die Kooperation ist auch die Rollenklarheit der Akteur_innen, die mehrere Funktionen inne haben. In welcher Rolle beteiligt sich z.B. die Stadträtin, die zugleich Vorsitzende eines örtlichen Sportvereins und außerdem besorgte Mutter ist, im Bündnis? Spricht der Mitarbeiter eines Unternehmens nur für sich oder auch für das Unternehmen? Für beide Seiten, das Bündnis und die einzelnen Akteur_innen selbst, ist es wichtig, Klarheit über ihre jeweilige Motivation und Rolle in der Bündnisarbeit zu haben.

Im folgenden Abschnitt werden unterschiedliche gesellschaftliche Gruppen mit ihren möglichen Rollen für die Bündnisarbeit näher beleuchtet.

Rolle der engagierten Einzelpersonen

Selbstorganisiertes und zivilgesellschaftliches Engagement ist ein Ausdruck gelebter Demokratie. Bürger_innen zeigen, dass sie menschenfeindliche Ideologien ablehnen und setzen Zeichen gegen das große Zustimmungspotenzial zu rassistischen und anderen menschenverachtenden Positionen in der Gesellschaft. Motor ihres Engagements sind persönliche Überzeugungen, teilweise persönliche Betroffenheitserfahrungen und daraus resultierend eine hohe Eigenmotivation. Für ihr Engagement opfern sie Zeit, riskieren Unverständnis im Familien- und Bekanntenkreis sowie Anfeindungen oder gar Angriffe von Gegner_innen ihrer Positionen.

Integration von Mitgliedern mit wichtigen Ressourcen wie Fachkompetenz, Kontakte, Infrastruktur

Akzeptanz von außen, da für unterschiedlichste Menschen personelle Anschlussfähigkeit im Bündnis besteht

Zusammenfließen vieler Informationen unterschiedlicher Akteur_innen, was Synergieeffekte ermöglicht; die unterschiedlichen Perspektiven helfen bei der Entwicklung von Strategien zur Demokratieentwicklung vor Ort

Bei einem heterogenen Bündnis „[...] entfaltet sich das Engagement arbeitsteilig nach individuellen Ressourcen und bleibt orientiert an Effektivität auf der Handlungsebene“ (Palloks/ Steil 2008: 75).



Voraussetzungen für das Funktionieren eines breit aufgestellten Bündnisses sind:

- eine gemeinsam getragene Problemanalyse
- gegenseitige Akzeptanz trotz aller Unterschiede
- gegenseitige Wertschätzung oder zumindest keine Abwertung
- hohe Toleranzfähigkeit für unterschiedliche Normen, Weltansichten und Unterschiede im Verhalten
- hohe Konfliktfähigkeit, Bereitschaft zu konstruktiver Auseinandersetzung

B

Rolle der Kommunalverwaltung:

Die Kommunalverwaltung kann ein wichtiger Bündnispartner sein. Gerade hinsichtlich der Aktionsplanungen ist eine enge Zusammenarbeit hilfreich. Dies kann schon frühzeitig administrative Hürden abbauen, die

Aktionen im öffentlichen Raum eventuell im Weg stehen. Zu beachten ist, dass Verwaltungsakteur_innen meistens aus ihrer Rollenlogik heraus handeln, die sich von der Sichtweise der Zivilgesellschaft unterscheidet. Auch

hier kann eine Trennung zwischen Amt und Person in der Mitgliedschaft sinnvoll sein. Manche Bündnisse nehmen die Kommunalverwaltung nicht als offizielles Mitglied auf, sondern arbeiten lediglich mit ihr zusammen.



Foto Janosch Keller



D

Rolle der „Berufsakteur_innen“

Mit Berufsakteur_innen sind die „Professionellen“ gemeint, die in ihren Organisationen mit Präventionsarbeit und Demokratiebildung befasst sind. Das können beispielsweise Träger politischer Bildungsarbeit, Gewerkschaften, Jugendverbände u.a. sein.

Ihnen gemeinsam ist, dass sie durch ihre vorhandenen Ressourcen (fachliches Know-how, Einflussmöglichkeiten, Vernetzungsstrukturen, Wirkungsmacht, materielle Ressourcen etc.) zum Erfolg der Bündnisarbeit beitragen können. Zudem sind die Informationswege zwischen den Berufsakteur_innen meist kurz („man kennt sich“) und die jeweiligen Handlungskompetenzen können effektiv genutzt werden.

Diese Vorteile von Berufsakteur_innen in der Bündnisarbeit könnten sich aber gleichzeitig auch als Barrieren für engagierte Laien erweisen. Palloks/ Steil beschreiben diese möglichen Barrieren damit, dass „die ‚Fachsprache‘ der Berufsgruppen, die vorstrukturierten Wege der Entscheidungsfindung und die faktische Hierarchie“ (Palloks/Steil 2008: 84) auch abschreckend auf das Laienengagement wirken können.

Die Frage der Beteiligung und gleichberechtigten Zusammenarbeit in einem heterogenen Bündnis sollte daher nicht ausgeblendet, sondern thematisiert und bearbeitet werden.

C

Rolle der Politik

Parteienvertreter_innen sind oft regional gut vernetzte Personen, die über gewisse Einflussmöglichkeiten verfügen. Sie können im Zuge ihrer persönlichen Deutungsmächtigkeit für die Arbeit des Bündnisses wertvoll sein.

Um der Gefahr einer einseitig parteipolitischen Färbung des Bündnisses zu entgehen, gibt es die Möglichkeit, Vertreter_innen aller demokratischen Parteien in das Bündnis aufzunehmen, oder aber zu empfehlen, dass die Mandatsträger_innen dem Bündnis als Einzelpersonen und nicht als Parteienvertreter_innen beitreten. Diese Rollenklärung kann vor allem bei politischen Auseinandersetzungen des Bündnisses mit dem Rechtsextremismus von Bedeutung sein und es empfiehlt sich, diese für alle Beteiligten zu Beginn der Zusammenarbeit zu klären.



Rolle autonomer Gruppierungen

Die Vertreter_innen autonomer oder antifaschistischer Gruppen treten oft sehr vehement für ein energisches Vorgehen gegen extrem rechte Strukturen und Akteur_innen ein. Ihre Nonkonformität und hohe Kritikbereitschaft, teilweise auch die fehlende Ablehnung von Gewalt als Mittel der politischen Auseinandersetzung, wirken dabei oft konfrontativ und führen bei einigen Akteur_innen zur Ablehnung dieser Gruppen. Vielerorts wird ihnen unterstellt, dass sie weniger die konstruktive Debatte suchen als vielmehr die „Aktion“ in den Vordergrund rücken. Die dabei als legitim betrachteten Mittel sind Grundlage kontroverser Diskussionen. Dabei sollte nicht vergessen werden, dass Rassist_innen, extrem Rechte und Neonazis im Rahmen ihres Denkens und Handelns eine homogene und damit gewaltförmige Gesellschaft propagieren. Diesen Positionen entgegen zu treten ist das erklärte Ziel von Bündnissen gegen Rassismus und Menschenfeindlichkeit. Auch wenn es für viele anstrengend und unnötig erscheint: Eine Auseinandersetzung über bestehende Konflikte und unterschiedliche Vorstellungen ist wichtig und richtig. Auch sollte die gegenseitige Befremdung nicht davon abhalten, sich mit der inhaltlichen Argumentation der jeweils anderen Seite ernsthaft auseinanderzusetzen und zu schauen, wo gemeinsame Ziele bestehen. Dabei ist es allerdings unabdingbar, dass sich alle Beteiligten an einmal getroffene Verabredungen und Kompromisslinien halten und bei allen Aktionen und Projekten die Zustimmung zu Menschenrechten und Grundgesetz zu Grunde liegt. Zu einem „Mehr an demokratischer Praxis“ in einer Bündnisstruktur trägt es auf jeden Fall bei.

Rolle der Polizei

Eine Kooperation mit der Polizei kann für lokale Bündnisse gegen Rassismus und Menschenfeindlichkeit hilfreich sein. Die Polizei kann zum einen über die Gesetzeslage informieren und hat möglicherweise auch Kenntnis über die regionale Szene der extremen Rechten. Andererseits kann die Erfahrung mit Polizeigewalt und damit Verlust des Vertrauens in die Polizei einen nachvollziehbaren Hinderungsgrund für eine Kooperation darstellen. Deshalb sollte die Frage nach Kooperation oder Mitgliedschaft im Bündnis im Vorfeld diskutiert und die zu erwartenden Vor- und Nachteile gut gegeneinander abgewogen werden.

In einigen Bündnissen gegen Rassismus und Menschenfeindlichkeit sind auch Polizeibeamt_innen fester Bestandteil der Netzwerkstruktur. Durch ihre klare Rolle als ausführendes Organ des staatlichen Gewaltmonopols sind sie für die Einhaltung der Gesetze und auch für die Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung verantwortlich, aber eben auch für die Durchsetzung der Versammlungsfreiheit - auch für Neonazis. Damit hat die Polizei eine deutlich andere Rolle als die Zivilgesellschaft, die politisch agiert und die Verbreitung extrem rechten Gedankenguts verhindern will. Dies kann zu Rollenkonflikten im Netzwerk führen (siehe Kapitel Versammlungsrecht). Stellt sich die Frage nach Mitgliedschaft oder Kooperation, kann eine Lösung eine Kooperation zwischen Polizei und lokalem Bündnis sein, die aber auf die Mitgliedschaft verzichtet. So behalten Zivilgesellschaft und staatliche Organe ihre Rollen und ihren Wirkungskreis, können aber durch die Kooperation durchaus voneinander profitieren.

4. Ansprache potenzieller Bündnismitglieder

Die Initiativgruppe sollte sich einigen, welche potenziellen Bündnismitglieder angesprochen werden sollen. Eine direkte Ansprache hat dabei die größten Erfolgsaussichten, auch wenn die persönliche Motivierung zur Mitarbeit Zeit kostet. Betrachten Sie dies als sinnvolle Investition in die Zukunft! (vgl. Strobl/ Würtz/ Klemm 2003: 40)

Bei der Ansprache sollten Sie die zentralen Argumente für eine Mitarbeit der gewünschten Partner_innen im Bündnis benennen können. Diese Argumente sollten die Perspektive des potenziellen Bündnispartners einbeziehen: Warum könnte die Mitgliedschaft im Bündnis für diese Person oder Organisation wichtig sein? Umgekehrt sollte auch die Bedeutung dieses Partners für das Bündnis betont werden: „Ihr Wort hat besonderes Gewicht bei .../ Die Perspektive Ihres Vereins ist uns wichtig/ ... Ihr Wissen und Ihre Erfahrungen kann uns sehr hilfreich sein bei...“.



Wer für das Engagement in einem lokalen Bündnis angefragt wird, stellt sich vermutlich folgende Fragen:

- Was habe ich persönlich davon?
- Was hat meine Organisation davon?
- Welche Nachteile entstehen eventuell?
- Wie viel Zeit wird es kosten?
- Ist so ein Bündnis überhaupt sinnvoll?
- Wer ist noch dabei?



Versuchen Sie im Vorfeld mögliche Antworten zu finden, um auf solche Fragen vorbereitet zu sein. Versuchen Sie aber nicht, jemanden zu überreden, denn das hat selten eine langfristige Wirkung. Kommen Sie lieber nach einigen Monaten Bündnisarbeit erneut auf diese Personen zu; vielleicht überzeugen die sichtbar guten Ansätze des Bündnisses!

5. Unterschiedliche Formen des Engagements im Bündnis

Machen Sie sich bewusst, dass nicht alle (potenziellen) Bündnismitglieder die gleichen Vorstellungen hinsichtlich ihres Engagements und ihrer Beteiligung haben. Manche wollen sich stärker einbringen, andere weniger intensiv. Dies sollte im Bündnis anerkannt und entsprechend genutzt werden. Versuchen Sie das Bündnis in „Engagementkreisen“ zu denken:

Am Anfang steht der Initiativkreis (vgl. „Initiativgruppe bilden“ zu Beginn dieses Kapitels). Bei den Gründer_innen des Bündnisses finden sich sehr stark motivierte und i.d.R. sehr aktive Bündnismitglieder. Bei

der Ansprache weiterer Mitglieder und nach der Gründung kommt der spätere Kern des Bündnisses hinzu (Projektkreis). Diese Mitglieder sind regelmäßig an den Aktivitäten des Bündnisses beteiligt, einige so stark, dass sie zum inneren Kern gehören. Daneben gibt es in jedem Bündnis Akteur_innen, die aufgrund ihrer persönlichen Vorstellungen oder anderer Verpflichtungen nicht für die kontinuierliche Arbeit zu haben sind, sich aber bei bestimmten Aktionen einbinden lassen (Aktionskreis). Dieser ist für eine Breitenwirkung bei öffentlichen Aktionen wichtig,

aber auch als Ressourcenpool für Kontakte, Know-how oder konkrete Unterstützung. Neben den regelmäßig aktiven Mitgliedern sollte das Netzwerk versuchen, einen Pool von Mitstreiter_innen aufzubauen, die für konkrete Einzelaktionen aktiviert werden können.

In diese „Engagementkreise“ lassen sich verschiedene Akteur_innen mit verschiedenen Aufgaben einbinden. Dabei sind die Grenzen zwischen den Kreisen durchaus durchlässig und lassen auch einen Wechsel zu.



6. Problemanalyse

Lokale Bündnisse gegen Rassismus und Menschenfeindlichkeit richten sich meist gegen die öffentliche Präsenz extrem rechter Gruppen und gegen alle Formen von Alltagsrassismus. Sie bündeln dabei oft ein sehr breites Spektrum von Vertreter_innen unterschiedlicher politischer Ausrichtungen und Positionen, die im Idealfall eine gemeinsame Problemsicht sowie den Grundkonsens des Bündnisses teilen, aber ansonsten sehr unterschiedliche politische Haltungen vertreten. Diese unterschiedlichen Einstellungen spiegeln sich häufig in einem unterschiedlichen Habitus, Kleidungs- und Sprachstil der Beteiligten wider. Nicht immer sind die Beteiligten in der Lage, über diese Unterschiede hinwegzusehen, es fällt ihnen schwer, eine Kooperation mit Menschen einzugehen, die sie in anderen Fragen als politische Gegner_innen ansehen.

Innerhalb des Bündnisses gilt es, ein Klima zu schaffen, in dem viele Gruppen mit ganz unterschiedlichen Interessenlagen nebeneinander für die gleiche Sache eintreten können. Dabei kann es helfen, sich zunächst über eine von allen geteilte Problemanalyse zu verständigen. Schwierigkeiten können unklare oder gar differente Vorstellungen hinsichtlich des lokalen Problems und Handlungsbedarfes sein.

Beispiel

In einer Kleinstadt kommt es immer wieder zu Übergriffen gegen als Migrant_innen wahrgenommene Menschen und Angehörige nichtrechter Gruppierungen durch Täter_innen aus den Reihen der sogenannten „freien Kräfte“. Gleichzeitig hat sich eine Gaststätte in der Stadt als Veranstaltungsort für neonazistische Propaganda etabliert. Die Vertreter_innen einer demokratischen Partei sehen jedoch lange Zeit „kein Problem mit Neonazis“, sondern einen Schaden für das Ansehen der Stadt aufgrund des öffentlichen Thematisierens dieser Vorkommnisse durch antifaschistische Gruppen. In einem durch kommunale Verantwortliche initiierten „Bündnis für Demokratie – gegen Rassismus und Menschenfeindlichkeit“ sitzt schließlich auch ein Stadtratsmitglied der NPD.



Voraussetzung für eine Analyse und Einschätzung konkreter Problemlagen vor Ort ist zunächst eine Sammlung von Informationen über neonazistische Aktivitäten, alltagsrassistische Vorkommnisse u.a. im Sozialraum.

Sehr allgemeine Formulierungen, denen sich unterschiedliche Gruppen anschließen können, tragen dazu bei, das eigentliche Problem möglicherweise zu verwässern. Die Herausforderung besteht darin, einen anschlussfähigen, aber gleichzeitig präzisen thematischen Rahmen für die Bündnisarbeit zu finden (vgl. Strobl/Würtz/ Klemm 2003: 43).

Eine Problemanalyse ist kein abschließender Prozess. Vielmehr müssen die Problemsichten in regelmäßigen Abständen überprüft und anhand aktueller lokaler Entwicklungen aktualisiert werden.



Foto Janosch Keller

7. Zielklärung und -formulierung

Die Unterschiedlichkeit der Mitglieder in Bündnissen gegen Rassismus und Menschenfeindlichkeit bringt auch eine große Spanne an individuellen Zielvorstellungen mit sich. Daher ist es enorm wichtig – insbesondere in der Anfangsphase, aber auch später – immer wieder eine Klärung über die gemeinsame Problemanalyse und Ziele des Bündnisses herzustellen. Ohne eine gemeinsame Zielklärung kann es schnell Konflikte über die Ausrichtung und das Vorgehen im Bündnis geben.

Oftmals verändert und entwickelt sich die Zielsetzung gerade in der Anfangsphase noch. Zu anspruchsvolle Ziele treffen auf die Realität und müssen angepasst werden. Oder der bekundete Wille entspricht inhaltlich nicht dem, was die meisten oder die aktivsten Bündnismitglieder letztlich umsetzen. Für die eigene Standortbestimmung und um sich nach außen positionieren zu können, sollte die Zielsetzung des Bündnisses deshalb in regelmäßigen Abständen auf den Prüfstand gestellt werden, z.B. einmal jährlich. Es liegt dann an der Gruppe selbst, wohin die Reise geht: müssen die Ziele dem Handeln des Bündnisses angepasst werden? Oder stellt man fest, dass man sich im Alltag tatsächlich verlaufen hat und die selbst gesetzten Ziele auf diesem Weg nicht erreichen wird? Dann ist eine Änderung des Vorgehens notwendig.



In lokalen Bündnissen, in denen Menschen sich ja gemeinsam für bzw. gegen etwas engagieren, sollte ein Grundkonsens hinsichtlich folgender Fragen bestehen:



Empfehlungen zur Zielklärung:

- ⇒ Schaffen Sie zunächst eine gemeinsame Wissensbasis der Beteiligten, z.B. durch eine gemeinsame Problemanalyse und -beschreibung. Aus den beschriebenen Problemlagen leiten sich die Ziele fast automatisch ab.
- ⇒ Überfordern Sie sich nicht! Formulieren Sie Ziele, die Sie auch erreichen können.
- ⇒ Es müssen nicht alle exakt die gleichen (Teil-)Ziele haben. Man kann in einem Bündnis mit genug Mitgliedern auch unterschiedliche Schwerpunkte verfolgen. Die Ziele sollten sich allerdings nicht widersprechen.
- ⇒ Unterscheiden Sie zwischen Zielen und konkreten Maßnahmen. Entwickeln Sie Vorhaben, die zu Ihren Zielen passen.
- ⇒ Holen Sie nach einiger Zeit Ihre anfangs formulierten Ziele wieder hervor und überprüfen Sie, ob sich etwas verändert hat. Stimmt das Verhalten des Bündnisses mit den vereinbarten Zielen überein? Wenn nicht, was sollte sich ändern: das Verhalten oder die Ziele?
- ⇒ Passen Sie Ihre Öffentlichkeitsarbeit und Ihre Vorhaben den aktuellen Zielen an.



Aus den gemeinsamen Zielen ergeben sich dann die Handlungsfelder des Bündnisses.

Der Nutzen der Zielformulierungen liegt darin:

- **Motivation** zu erzeugen
- **Klarheit** zu gewinnen: was wollen wir leisten, und was nicht?
- **gemeinsames Handeln** zu sichern
- die **Wirksamkeit** des eigenen Handelns zu sichern

Motivation

Bei der Zielformulierung werden sehr stark Werte und Grundfragen des Zusammenlebens berührt. Die Besinnung auf das, was hinter manchmal unreflektierten Handlungen steht, stärkt die Motivation, sich für diese gute Sache einzusetzen.

Klarheit

Klare, vermittelbare Zielsetzungen sind für den Erfolg eines jeden lokalen Bündnisses von großer Bedeutung. Klare Ziele verhindern Unstimmigkeiten, da die Beteiligten miteinander geklärt haben, wo ihre Gemeinsamkeiten liegen und wohin die gemeinsame Reise gehen soll.

Gemeinsames Handeln

Zielfindung und Zielklärung schaffen für alle Bündnismitglieder ein gemeinsames Verständnis der Ausrichtung und geben so Orientierung. Gibt es keine gemeinsamen Ziele, wird jeder automatisch seine eigenen Ziele verfolgen. Unter Umständen zieht dann jeder in eine andere Richtung.

Wirksamkeit überprüfen

Nur wer die eigenen Ziele formuliert, kann nach einer Handlung auch prüfen, ob die angestrebten Wirkungen erreicht wurden. Nicht untypisch ist, dass in der ersten Gründungseuphorie recht hochfliegende Ziele formuliert werden, die später nur schwer einzuhalten sind. Also Vorsicht mit allzu großen oder unrealistischen Plänen, die das Bündnis leicht überfordern und zu Frustrationen führen können! Schnell schlägt die Anfangseuphorie in Resignation um, wenn die Bündnismitglieder feststellen, dass die selbst gesteckten Ziele nicht erreicht werden können.

8. Gründung des Bündnisses

Wenn Sie alle grundlegenden Fragen über das Bündnis (Wer? Wozu? Wohin? Wie? ...) klären konnten und sich genug Gründungsmitglieder gefunden haben, wird es Zeit, das Bündnis in der Öffentlichkeit bekannt zu machen. Kern der Gründungsveranstaltung ist die feierliche Unterzeichnung der Gründungserklärung aller Gründer_innen an einem wichtigen Ort der Gemeinde. Diese Gründungserklärung sollte die Ziele des Bündnisses überzeugend transportieren und zum Mitmachen motivieren. Außerdem kann die Gründungsveranstaltung durch zusätzliche Elemente erweitert werden, die Passant_innen aufmerksam machen oder für die Presse ein geeignetes Bildmotiv abgeben.

Die Gründungsveranstaltung setzt einen klaren Beginn für das Bündnis und bietet die Chance zur Bekanntgabe von Namen, Zielen, Aufgaben und Kontaktmöglichkeiten des Bündnisses.

( Kapitel 06 – Öffentlichkeitsarbeit)

04 *Unterschiedliche Arbeitsformen lokaler Bündnisse*

Jedes Bündnis muss für sich eine passende Organisationsform finden, die den eigenen Ansprüchen an Handlungsfähigkeit, inhaltlicher Auseinandersetzung und Zusammenarbeit entspricht. Dabei muss die Balance zwischen Wollen und Können, zwischen den eigenen Ansprüchen und der tatsächlichen Leistungsfähigkeit der Mitglieder gewahrt bleiben.

**Unterschiedliche
Organisationsformen
finden sich hinsichtlich:**

Regelmäßigkeit der Treffen

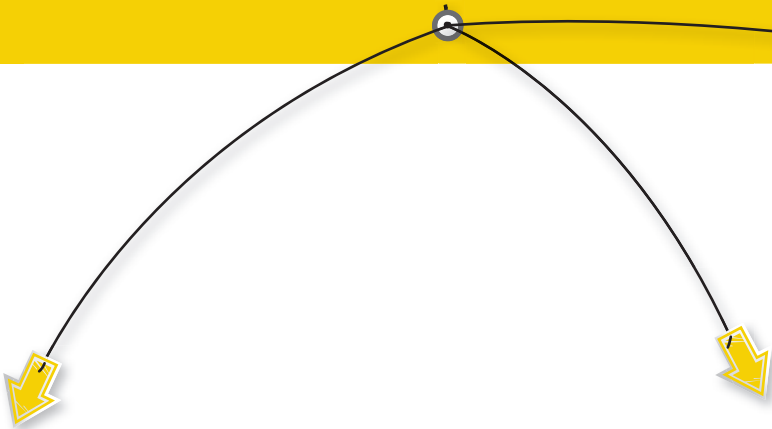
Arbeitsteilung

Mitgliedschaft

Beteiligungsstrukturen

Kommunikation im Bündnis

Koordinierung/ Leitung des Bündnisses



Regelmäßigkeit der Treffen

Eine häufige Regelung in lokalen Bündnissen gegen Rassismus und Menschenfeindlichkeit sind regelmäßig stattfindende Treffen des gesamten Bündnisses, z.B. alle zwei Monate.

Es gibt aber auch Bündnisse, die sich nur bedarfsabhängig treffen, z.B. bei einer bevorstehenden Nazi-Aktion. In den Phasen zwischen diesen (reagierenden) Aktivitäten ruht die aktive Arbeit und besteht lediglich aus einer Kommunikationsstruktur, die bei Bedarf sehr schnell aktiviert werden kann und viele Personen erreicht.

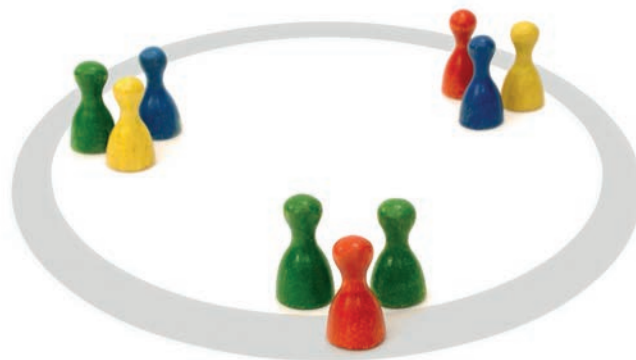
Bei größeren Bündnissen, die kontinuierlich arbeiten, werden häufig Arbeitsgruppen gebildet, die sich regelmäßig treffen. Das gesamte Bündnis kommt dann nur in größeren Abständen zusammen, z.B. einmal jährlich. Um die Vernetzung der Arbeitsgruppen untereinander zu gewährleisten, treffen sich aber Vertreter_innen aus den Arbeitsgruppen in einem bestimmten Rhythmus. Sie bilden häufig eine Art Koordinierungsgremium des Bündnisses.

Arbeitsgruppen

Solange das Bündnis weniger als ca. 15-20 aktive Mitglieder umfasst, sind regelmäßige Treffen in der Gesamtgruppe sinnvoll.

Bei vielen Mitgliedern sowie unterschiedlichen inhaltlichen Schwerpunkten und Vorlieben kann eine Aufteilung in kontinuierlich arbeitende thematische Arbeitsgruppen sinnvoll sein. Treffen des gesamten Bündnisses werden dann seltener durchgeführt, da die eigentliche Arbeit in den Untergruppen erfolgt. Die Gesamttreffen dienen der gegenseitigen Information und bieten Raum für übergreifende Diskussionen.

Bei der Untergliederung des Bündnisses in Arbeitsgruppen ist die regelmäßige gegenseitige Information und Transparenz über die Arbeit in den Gruppen wichtig, damit trotz der unterschiedlichen Fokussierungen Chancen für das Anknüpfen an die Themen der anderen Gruppen bestehen. Damit die Arbeitsgruppen nicht aus dem Blickfeld des Gesamtbündnisses geraten, sollten sie regelmäßig Kurzinformationen über ihre aktuellen Aktivitäten an das Bündnis schicken.



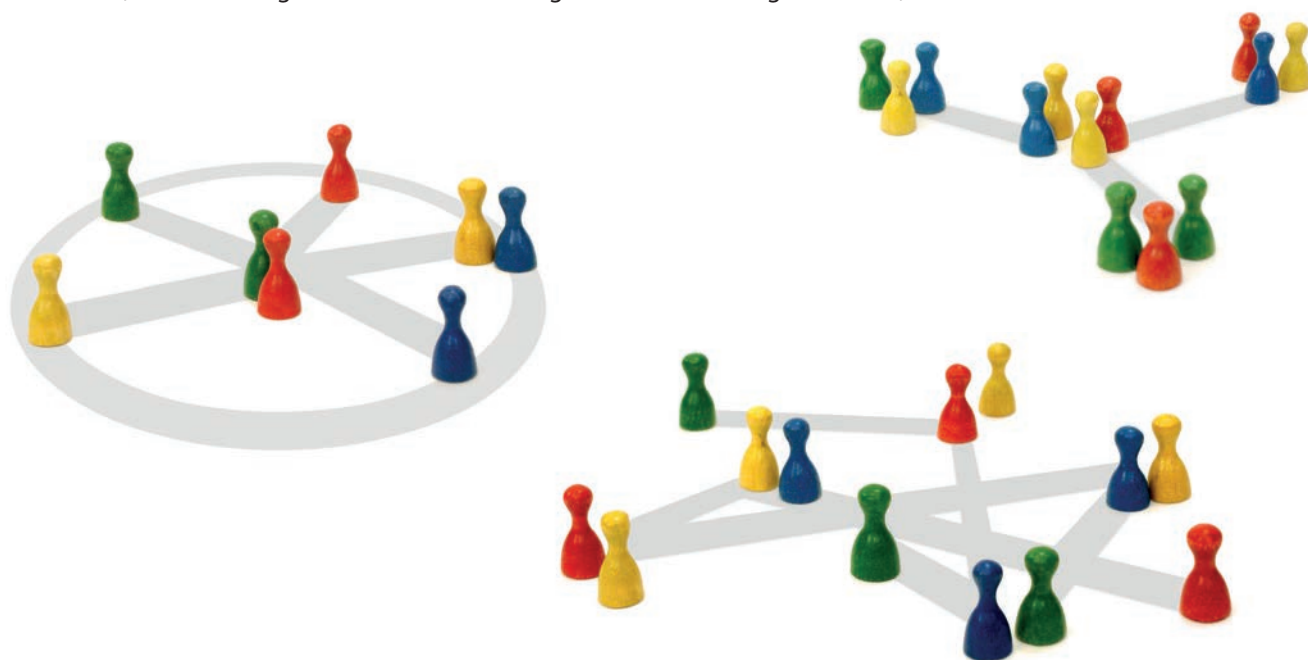


Beteiligungsstrukturen

Das Engagement in einem lokalen Bündnis gegen Rassismus und Menschenfeindlichkeit ist Ausdruck gelebter humanistischer Grundüberzeugungen. Für das Selbstverständnis der meisten Engagierten ist es daher unabdingbar, dass sich die Ideale, die sie nach außen vertreten, auch im Bündnis wiederfinden. Nur entpuppt sich die selbstverständliche Beteiligung aller beim näheren Hinsehen doch manchmal als nicht gerade gleichberechtigt. Jugendliche fühlen sich nicht selten eingeschüchtert von den erfahrenen „Profis“ in der Runde und trauen sich nicht, ihre Meinung zu äußern. Die

„Alten Hasen“ sind schon so geübt in ihren Rollen als Meinungsführer_innen und tatkräftige Aktivist_innen, dass ihnen gar nicht auffällt, dass sie anderen wenig Raum lassen. Oder Bündnissitzungen verlaufen schlicht so monoton, dass sich keine anregende Atmosphäre entwickelt, in der Ideen entstehen, kontrovers und produktiv diskutiert wird und konkrete Vorhaben geplant werden. Darunter leidet letztlich auch die Motivation der (Un-)Beteiligten und damit leider auch die Qualität der Bündnisarbeit. Denn ein Handeln, das auf den Sichtweisen und Meinungen von nur wenigen basiert,

ist selten so gut wie ein Vorhaben, bei dem von Beginn an viele unterschiedliche Sichtweisen beteiligt waren. Deshalb ist es zentral, Wissenshierarchien und die damit verbundenen Macht- und Kommunikationsstrukturen zu überdenken. Mehr Köpfe haben mehr Ideen, und eine Entscheidung, die von vielen mitgetragen wird, ist eine solide Basis für ein erfolgreiches Vorgehen.





Wie beteiligen wir möglichst viele an der Bündnisarbeit?

Die wesentliche Erkenntnis ist, dass die wichtigsten Schritte der Bündnisarbeit gemeinsam erfolgen müssen, denn durch eine Beteiligung von Beginn an entsteht Motivation für die weitere Mitarbeit. Konkret heißt das: Alle Bündnismitglieder sollten in den verschiedenen Planungsstadien die Gelegenheit erhalten, mitzureden und ihre eigenen Gedanken einzubringen. Das betrifft schon den ersten Schritt, die Themensetzung: Was brennt heute unter den Nägeln?

Wollen wir vor allem über die jüngsten Aktivitäten der Neonazis sprechen oder darüber, wie wir unsere Kooperation mit der Stadt verbessern können? Oder gibt es noch weitere Themen, die Einzelne mit sich herumtragen? So sollte auch am Anfang jedes Bündnistreffens immer die Runde nach weiteren Themen gefragt werden, die sie einbringen und besprechen möchten. Wenn nur die Bündnisleitung die Inhalte der Sitzungen bestimmt, besteht die Gefahr, dass wichtige Themen übersehen werden. Voraussetzung für die Beteiligung ist der Zugang zu allen Informationen für die Bündnismitglieder und Transparenz im Vorgehen (Verteiler regelmäßig überprüfen, wichtige Dokumente und Informationen an alle senden!).

Geeignete Methoden für die Beteiligung finden sich im  Handwerkskasten.

Fixierte Regeln für die Aufnahme von Neumitgliedern sind auf jeden Fall empfehlenswert. Bei besonders großen Bündnissen kann es passieren, dass durch die Pluralität der Akteur_innen die Transparenz ihrer Hintergründe verloren geht. Aber auch kleine Bündnisse sind nicht gefeit vor einem unbemerkten Einschleichen von rechtsextremen Akteur_innen. Es sollte daher ebenso klar beschrieben sein, wer in den Reihen des Bündnisses definitiv unerwünscht ist. Analog zur Mitgliederaufnahme sollten auch Regeln für



Mitgliedschaft und Regelungen im Bündnis

Bei einem Bündnis gegen Rassismus und Menschenfeindlichkeit handelt es sich um einen freiwilligen Zusammenschluss verschiedener Akteur_innen, die rassistische und neonazistische Strukturen oder Ereignisse in ihrer Region wahrnehmen und diese Situation verändern möchten. Doch auch wenn der Zusammenschluss freiwillig ist, erleichtern verschiedene Regeln das gemeinschaftliche

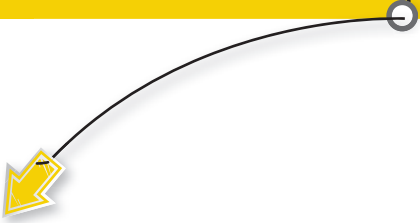
Arbeiten. Wie diese Regeln festgehalten werden, variiert von Bündnis zu Bündnis. Die Modelle reichen von einem nonverbalen Verhaltenskodex bis hin zu einer ausformulierten Geschäftsordnung, die das innere Selbstverständnis der Gruppe sowie die Vereinbarungen zur Arbeitsweise enthält. Eine Beispiel-Geschäftsordnung ist dem Handwerkskasten dieses Handbuchs beigelegt. Eine

Mitgliedschaft kann mehr oder weniger formell ausgestaltet sein. Im einfachsten Fall wird der Name mit auf die Einladungsliste gesetzt, und schon ist eine weitere Person Mitglied im Bündnis. Einige Bündnisse beraten und entscheiden im Plenum über einen mündlichen oder schriftlichen Aufnahmeantrag, oder ein Koordinierungsgremium entscheidet. Der Vorteil dieses Vorgehens ist, dass niemand ungeprüft in die Reihen des Bündnisses aufgenommen wird und sich dabei Vertreter_innen in das Bündnis einschleichen können, die dem Bündnisgedanken fern stehen. So kam es schon vor, dass verschiedenste Organisationen von Neonazis unterwandert worden sind. Andererseits sollten Sie nicht paranoid werden und mit allzu großem Misstrauen potenzielle Unterstützer_innen abschrecken. Durch die formelle Aufnahme wird möglicherweise eine psychologische Barriere errichtet, so dass auf die Formalie vielleicht verzichtet werden kann. Eine "Prüfung" neuer Interessent_innen ist aber dennoch wichtig.

Relevante Fragen an dieser Stelle können sein:

- Wer entscheidet über die Mitgliedschaft?
- Auf welcher Grundlage wird entschieden?
- Können Mitglieder auch wieder ausgeschlossen werden?

den Ausschluss feststehen. Bei der Mitgliedschaft von Organisationen im Bündnis sollte klar geregelt werden, dass der oder die Vertreter_in tatsächlich für die Organisation im Bündnis ist und auch Ergebnisse oder Fragestellungen zurückspiegelt, so dass die Bündnisarbeit in die Mitgliedsorganisationen hineinwirkt.



Kommunikation im Bündnis

Die Kommunikation der Bündnismitglieder untereinander ist die Basis einer fruchtbaren Zusammenarbeit. Man argumentiert, diskutiert, handelt aus, einigt sich, trifft Absprachen usw. Sehr verschieden sind allerdings die Kommunikationswege und -weisen. Damit Menschen aus unterschiedlichen gesellschaftlichen Bereichen und Funktionen erfolgreich miteinander kommunizieren können, müssen sie dies in einer Sprache tun, die alle Beteiligten verstehen (vgl. Palloks/ Steil 2008: 27). Dazu gehört das Gespräch auf Augenhöhe und eine Kommunikationskultur, die einen Austausch ermöglicht und offene Konfliktaustragung zulässt.

Auch die Frage nach den Gelegenheiten der Kommunikation ist nicht zu unterschätzen: Die häufigsten Kommunikationsformen in lokalen Bündnissen gegen Rassismus und Menschenfeindlichkeit sind persönliche Treffen. Dazu kommen meistens Rundmails über einen E-Mail-Verteiler, der alle Mitglieder und Interessent_innen enthält.

Das Bündnistreffen

Das wichtigste Bindeglied für die meisten Mitglieder lokaler Bündnisse sind die Bündnis- bzw. Arbeitsgruppentreffen. Hier werden nicht nur aktuelle Probleme debattiert und Strategien entwickelt, hier entstehen auch persönliche Bekanntschaften.

Diese direkten Begegnungen sind nicht zu unterschätzen, denn die persönliche Begegnung ermöglicht eine intensive inhaltliche Auseinandersetzung, wirkt vertrauensfördernd, stärkt die Motivation der Einzelnen durch die persönlichen Kontakte, bietet auch die Möglichkeit zu informellen Gesprächen und bringt oft die kreativsten Ideen hervor.

Insbesondere im Konfliktfall bietet die direkte Kommunikation die besten Chancen auf Verständigung.

Eine Checkliste zur Vorbereitung einer Bündnissitzung finden Sie im Handwerkskasten dieses Handbuchs.

Das Protokoll: Informiert und motiviert

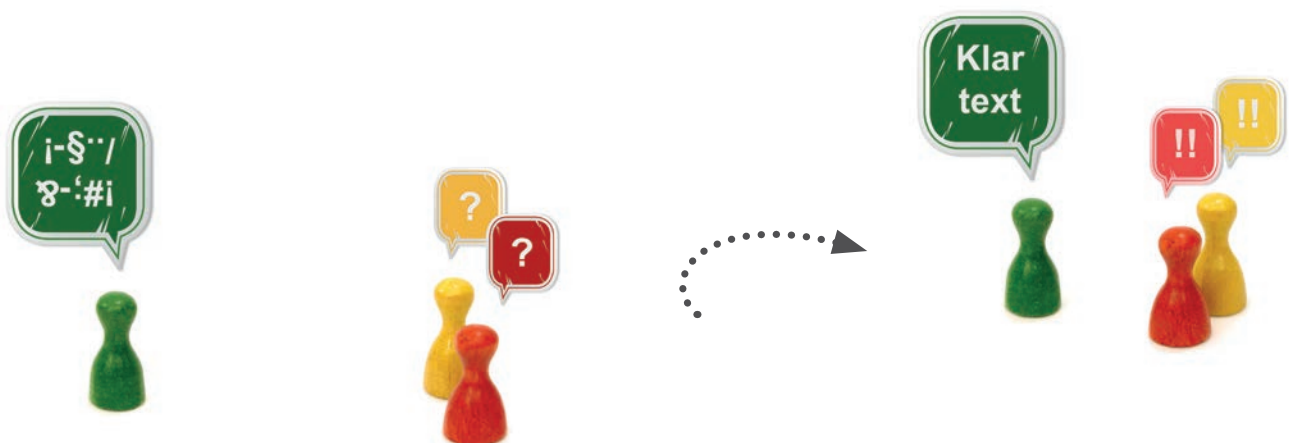
Für diejenigen, die nicht an allen regelmäßigen Treffen teilnehmen können, sind Informationen über das Geschehen im Bündnis wichtig. Die Verbreitung dieser Informationen kann über Protokolle erfolgen, die nicht zu lang sein sollten, die aber dennoch alle wesentlichen Beschlüsse enthalten und bedeutsame Diskussionen benennen.

So bleiben auch diejenigen informiert, die nicht zu allen Sitzungen kommen können. Werden Protokolle per E-Mail verschickt, können bereits die wichtigsten Punkte im Mailtext lesefreundlich zusammengefasst werden. So können alle verfolgen, was bei den Bündnistreffen geschieht und auch ihre Ideen auf kurzem Weg einbringen.

Bedenken Sie dabei, dass manchmal nicht alle Informationen für alle Mitglieder im Bündnis gleichermaßen spannend sind. Es kann in einigen Fällen genügen, zusätzlich kleinere Verteiler einzurichten, die nur einen Teil des Bündnisses erfassen.

Moderation im Bündnis

Unter Moderation versteht man die Sitzungsleitung. Die moderierende Person ist verantwortlich für die inhaltliche Vorbereitung und den optimalen Verlauf der Sitzung, sorgt aber nicht unbedingt selbst für die Inhalte während der Sitzung. Aufgabe der Moderation ist die Steuerung des Gruppenprozesses, so dass die Sitzung produktiv und zielorientiert verläuft und alle vorhandenen Kompetenzen und Meinungen einbezogen werden. Es bedeutet NICHT, selbst Antworten auf alle wichtigen Fragen zu geben. Es bedeutet, die Gruppe durch gemeinsame Diskussionen zu gemeinsamen Antworten auf ihre Fragen zu bringen. Die Arbeit wird so effizienter und befriedigender. Dies sind wichtige Faktoren für Ehrenamtliche, die ihre Freizeit für diese Aufgabe zur Verfügung stellen, und für die die Bündnisarbeit oft eine zusätzliche Aufgabe unter anderen ist.



Was passiert ohne Moderation?

Eine Sitzung, die ohne Moderation durchgeführt wird, kann sehr leicht genervte Teilnehmer_innen zurücklassen. Es kann passieren, dass sich niemand an die Tagesordnung hält und sich die Anwesenden eher in der Diskussion von Problemen verstricken als lösungsorientiert zu arbeiten. Ohne eine Moderation kommen manche Teilnehmer_innen kaum noch zu Wort, während andere die Sitzung dominieren. Die Gruppendynamik wird gänzlich sich selbst überlassen, was bei besonders heterogenen Bündnisstrukturen sehr schnell zum Konflikt führen kann. In solchen Fällen ist es dann häufig so, dass nicht das beste, sondern das lauteste Argument Gehör findet.

E-Mail-Verteiler

Für eine schnelle Kommunikation in allen Fällen, aber insbesondere bei dringendem Handlungsbedarf, bietet sich ein E-Mail-Verteiler an, in dem alle Adressen der Bündnismitglieder gespeichert sind.

Für Aktionen, an denen viele Menschen beteiligt werden sollen, kann ggf. ein erweiterter Bündnisverteiler eingerichtet werden, z.B. für Kundgebungen. So ist auch eine kurzfristige Mobilisierung möglich.

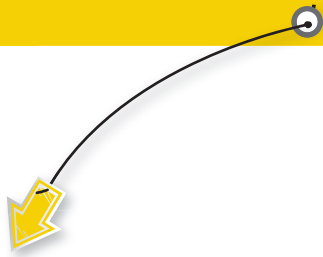
Datensicherheit ist für viele ein wichtiges Gut. Gerade bei sensiblen Themen wie Rassismus und Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit sollten bei Nachrichten, die an einen großen Verteiler gehen, die Empfänger_innen nicht offen und für alle lesbar, sondern unsichtbar als „blind copy“ im Bcc-Feld eingetragen werden.

Eine wichtige Frage, die im Zusammenhang mit der Koordination/ Leitung des Bündnisses geklärt werden sollte, ist die Dauer der Funktionsübernahme.

In manchen Bündnissen wird eher auf die Erfahrungen einzelner Mitglieder gesetzt, die ihre Aufgaben sehr lange innehaben. Das hat den Vorteil großer Routine, aber den Nachteil, dass sich schwerer Nachfolger_innen finden lassen. Bestimmte Aufgaben sind dann unter Umständen so fest mit einer Person verbunden, dass sich niemand sonst diese Rolle vorstellen kann. Andere Bündnisse nutzen das Rotationsprinzip, so dass z.B. die Leitung von Sitzungen oder das Amt der Bündnissprecher_in nach einer festgelegten Zeit wechseln.

Aufgaben der Bündnisleitung

Die Verantwortung für eine Aufgabe zu haben, bedeutet nicht in jedem Fall, sie auch selbst ausführen zu müssen. Viele der hier genannten Aufgaben sind typisch für Leitungsfunktionen. Die Leitung kann aber auch andere Bündnismitglieder bitten, bestimmte Aufgaben zu erfüllen oder sie dabei zu unterstützen.



Koordinierung/ Leitung des Bündnisses

Auch hier existieren unterschiedliche Modelle, die den jeweiligen Gegebenheiten der lokalen Bündnisse entsprechen sollten.

Häufige Formen der Koordinierung sind:

- gewählte Sprecher_innen, die meist für einen definierten Zeitraum gewählt werden
- ein Leitungsgremium, das aus mehreren Personen besteht; in Bündnissen mit Arbeitsgruppen sind das oft die Vertreter_innen der Arbeitsgruppen



Typische Leitungsaufgaben sind:

Verantwortung für die Kommunikation nach innen:

- Einladung zu Bündnistreffen,
- Leitung der Treffen,
- Protokolle,
- Informationen über relevante Ereignisse oder Prozesse an alle weitergeben

Strategieentwicklung einleiten und moderieren
Vertretung des Bündnisses nach außen bei Anfragen

Stellungnahmen, Kooperationen u.ä.

Dokumentation der Bündnisaktivitäten

Handwerkskassen Bündnisarbeit

05 Handlungsfelder lokaler Bündnisse

Bündnisse gegen Rassismus und Menschenfeindlichkeit funktionieren sehr unterschiedlich. Auch die Aufgabenfelder sind keinesfalls überall die gleichen. Dennoch gibt es natürlich Gemeinsamkeiten und ähnliche Schwerpunkte in den Handlungsfeldern. Im Folgenden werden die drei wichtigsten Handlungsfelder vorgestellt. In der Praxis sind die meisten lokalen Bündnisse in allen drei Handlungsfeldern aktiv, es gibt aber auch Initiativen, die sich bewusst nur für ein Aufgabenfeld entschieden haben.

1. Informieren, austauschen, diskutieren

Lokale Bündnisse gegen Rassismus und Menschenfeindlichkeit dienen häufig der eigenen Wissenssteigerung, der Vernetzung untereinander und der inhaltlichen Diskussion. Die Mitglieder wollen Informationen erhalten oder an andere weitergeben, das Bündnis also als Informationsbörse und Diskussionsplattform nutzen. Zentrale Aufgaben in diesem Handlungsfeld sind:

- Informationsabgleich über aktuelle lokale Ereignisse und Entwicklungen
 - Informationen zur Verfügung stellen (nur intern bei Treffen oder für die Öffentlichkeit, z.B. via E-Mail oder Internet)
 - Diskussion: Bündnisse diskutieren i.d.R. lokale oder regionale Probleme bzw. die lokale Bearbeitung überregionaler Probleme.
- 



Die gegenseitige Information und Positionierung sowie die Bildung einer handlungsfähigen Gruppe durch die Vernetzung sind Voraussetzung für das Aktivwerden des Bündnisses nach außen.

2. „Reagieren“

Ein weiteres klassisches Handlungsfeld von Bündnissen gegen Rassismus und Menschenfeindlichkeit ist das Abwehren rassistischer und menschenfeindlicher Aktionen und wirkt insofern reagierend, da rassistische Vorfälle und Übergriffe extrem Rechter und Neonazis Anlass für das Handeln sind. Ein angekündigter Aufmarsch von Neonazis soll verhindert werden, die Nazi-Aufkleber sollen verschwinden oder die menschenfeindlichen Parolen bei der Demo sollen nicht unwidersprochen stehen bleiben. Je nach Anlass wird versucht, mit verschiedenen Mitteln auf das Ereignis zu reagieren. Wird das Ereignis im Vorfeld bekannt, werden zunächst Strategien erörtert, um es zu verhindern oder einzuschränken. Gelingt das Verhindern nicht, suchen die meisten Bündnisse nach geeigneten Protestformen, um Stellung zu beziehen, Widerspruch zu äußern und mit kreativen Mitteln auf die rechtsextreme Gefahr aufmerksam zu machen. Dadurch bezieht das Bündnis Stellung nach außen und macht deutlich, dass rassistische und menschenfeindliche Parolen hier unerwünscht sind.

3. „Agieren“

Manche Bündnisse sind nicht zufrieden damit, nur auf Anlässe von außen zu reagieren. Sie wollen schon im Vorfeld verhindern, dass Menschen sich der neonazistischen Szene zuwenden, und versuchen, mit unterschiedlichen Ansätzen präventiv zu wirken, zu informieren, aufzuklären und für Offenheit und Friedfertigkeit in ihrem Ort zu wirken. Sie initiieren eigene Aktivitäten und Projekte und leisten so ein kontinuierliches Engagement gegen Rassismus und Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit. Die gegenseitige Information und Positionierung sowie die Bildung einer handlungsfähigen Gruppe durch die Vernetzung sind Voraussetzung für das Aktivwerden des Bündnisses nach außen.



4. Praxisbeispiel für Handlungsfelder und Arbeitsformen eines lokalen Bündnisses gegen Rassismus und Menschenfeindlichkeit

Ein Beispiel für ein Bündnis, das ohne regelmäßige Treffen auskommt, findet sich beim Bündnis „Netzwerk gegen Rechts – Für Demokratie und Weltoffenheit im Salzlandkreis“. Roman Binder vom Bündnis stellt die Funktionsweise des Bündnisses vor:

„Das Netzwerk gegen Rechts im Salzlandkreis ist ein loser Verbund von ca. 50 Einzelpersonen, Vereinen und Parteien, die sich alle dem Selbstverständnis des Netzwerkes verpflichtet fühlen, sonst aber keinerlei Verpflichtungen haben. Es gibt weder einen Vorstand noch aktive Arbeitskreise. Da es sich um ein landkreis-

weit verknüpftes Netzwerk handelt, haben sich die Netzwerk beteiligten (bewusst nicht Netzwerkmitglieder) für diese Struktur entschieden, um keinen zusätzlichen Arbeitsaufwand zu erzeugen.

Das Netzwerk ist nicht als Reaktion auf eine konkrete Aktion der Nazis entstanden, sondern vielmehr

als Vorsorge auf eventuelle Aktionen, um in diesen Fällen aktiv im Landkreis vernetzt zu sein. Das Netzwerk ist also eine Aktionsform im reinen Wortsinn: alle Beteiligten verstehen sich als Informationsbasis, die die unterschiedlichen lokalen Bündnisse in Bernburg, Schönebeck und Aschersleben vernetzt und untereinander auch schnell Informationen verteilt (via E-Mail).

Wenn Demonstrationen oder andere Aktionen von Rechtsextremisten im Landkreis bekannt werden, wird das gesamte Netzwerk über den Mailverteiler informiert und gegebenenfalls werden direkt in den betroffenen Orten Treffen organisiert. Hier hilft die Erfahrung des sehr gut arbeitenden Bündnisses in Bernburg und die Zuarbeit der Mitarbeiter des Miteinander e.V. Darüber hinaus kann jeder Netzwerketeiligte selbst in Absprache mit dem Netzwerkverteiler unter dem Briefkopf des Netzwerkes zu Aktionen einladen. Dies kann dadurch unkompliziert überparteilich legitimiert erfolgen. Das stellt einen großen Vorteil der Netzwerkstruktur dar, da nicht mehr Person X der Partei Y einlädt, sondern Person X als Netzwerketeiligter. Somit können wesentlich besser mehr Personen mobilisiert werden. Außerdem kann der Netzwerkverteiler zur Werbung für Vereins-, Partei- oder sonstige Aktivitäten im Themenfeld Demokratie und Weltoffenheit genutzt werden.

Da rechtsextreme Ereignisse zum Glück nicht monatlich zu finden sind, hat sich das Netzwerk vorgenommen, mindestens einmal im Kalenderjahr einen Aktionstag des Netzwerkes auszurichten. Dieser fand bisher sehr erfolgreich in Staßfurt (2008),

Aschersleben (2009) und Schönebeck (2010) statt. Leider muss selbstkritisch betrachtet werden, dass alle Netzwerk Beteiligten sehr stark eingebunden sind und dadurch im Wahljahr 2011 kein eigener Aktionstag stattfinden konnte.

Ein solcher Aktionstag bietet ein buntes Programm, bei dem alle Netzwerk Beteiligten mit Ständen auf ihre Aktionen im Bereich „Gegen Rechts“ aufmerksam machen und das Netzwerk Gelegenheit hat, sich untereinander besser kennen zu lernen.

Auffällig ist auch, dass in dieser losen Struktur nicht alle gleich aktiv sind und es wie immer natürlich auch aktiver Personen bedarf, um das Netzwerk am Laufen zu halten. Beispielsweise liegt die Homepage www.netzwerk-gegen-rechts.de zurzeit brach und könnte besser gepflegt werden, auch wären häufigere Treffen sicherlich schön.

Jedoch wurde schon zu Beginn der Gründung festgestellt, dass das Wichtigste die Arbeit direkt vor Ort ist und das Netzwerk nicht mehr als ein Mal im Jahr aktiv werden muss. Die Aktivierung zu konkreten Ereignissen klappt nach wie vor sehr gut und auch hier ist festzustellen, dass alle Beteiligten das Ziel eint, für Demokratie und Weltoffenheit im Salzlandkreis einzustehen.

Auf eine häufig anzutreffende Formulierung „Gegen Gewalt, gegen Extremismus allgemein etc.“ wurde bewusst verzichtet, um das Aufgabengebiet nicht zu weit zu fassen und klar zu begrenzen. Im Selbstverständnis sind dennoch natürlich diese Punkte mit aufgeführt, jedoch beschreibt der Titel „Netzwerk gegen Rechts – Für Demokratie und Weltoffenheit im Salzlandkreis“ sehr gut die Arbeitsweise.“

06 *Öffentlichkeitsarbeit*

Gerade für politisch motivierte Akteur_innen ist eine gute Öffentlichkeitsarbeit Grundlage ihres Tuns. Denn es geht nicht nur um das Handeln im geschlossenen Kreis, sondern man möchte die lokale Situation verändern, in gesellschaftliche Prozesse eingreifen, auf Missstände aufmerksam machen und andere Menschen als aktive Unterstützer_innen gewinnen.

Durch eine erfolgreiche Öffentlichkeitsarbeit kann ein lokales Bündnis gegen Rassismus und Menschenfeindlichkeit Probleme deutlich machen, die Öffentlichkeit sensibilisieren und Motivation zum Mitmachen geben. Damit ist das Wirken in die Öffentlichkeit eine Hauptaufgabe lokaler Bündnisse gegen Rassismus und Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit.

Wichtige Felder der Öffentlichkeitsarbeit für lokale Bündnisse

1. Der Name

Jede Person oder Institution wird durch ihren Namen eindeutig identifizierbar. Der Name ist dabei nicht nur eine bloße Identifikationsnummer. Eine Institution kann mit ihrem Namen bereits ihren Charakter (amtlich/ emotional/ modern/ dynamisch/ ...) und auch ihr Thema oder Anliegen deutlich machen. Die in unserem Ratgeber verallgemeinernd titulierte „Bündnisse gegen Rassismus und Menschenfeindlichkeit“ sind unter einer breiten Vielfalt von Namen zu finden. Der Gedan-

ke des Zusammenschlusses wird ausgedrückt durch Begriffe wie „Bündnis“, „Netzwerk“, „Runder Tisch“ u.a. Die Formulierung der wesentlichen inhaltlichen Stoßrichtung ist ein Streitpunkt in der Gründungsphase vieler Bündnisse: Ist man eher „gegen“ oder „für“ etwas? Viele Bündnisse wollen die Klarheit über die aus ihrer Sicht wesentliche Problemstellung und entscheiden sich für Ersteres. Andere sehen in einem Titel „gegen etwas“ eine negative Konnotation und wollen lieber ihre Vision beschreiben: „für Demokratie und Menschenfreundlichkeit“, „für ein lebendiges/weltoffenes/friedliches [Name der Stadt]“ o.ä.



Foto: Ellen Esen

Der Name sollte idealerweise ausdrücken, wofür das Bündnis steht, aber dennoch kurz und prägnant sein.

Beispiele für Namensgebungen von Bündnissen und Initiativen

- » halt!zusammen – Baden-Württemberg gegen Rassismus und Gewalt
- » Weinheim Initiative Nazifrei
- » Mannheim gegen Rechts
- » Landesnetzwerk für Menschenrechte und Demokratieentwicklung
- » Bunt statt braun Rems-Murr-Kreis - Jugendkulturwoche für Vielfalt und gegen Rassismus
- » AlbBündnis für Menschenrechte - gegen Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit auf der Schwäbischen Alb
- » Stuttgart bleibt bunt
- » Bündnis unterm Hohentwiel Singen
- » Freudenstädter Bündnis gegen Rechtsextremismus für Toleranz und Vielfalt
- » Initiativkreis 8. Mai Langenau

Einige weitere Beispiele aus anderen Bundesländern:

- » Arsch huh zäng ussenander! - gegen Rassismus und Neonazis (Kölner Netzwerk von Künstler_innen)
- » Köln stellt sich quer
- » KlopffKlopf. Lübeck ist weltoffen.
- » Zossen zeigt Gesicht
- » Bürgertisch für Demokratie Erfurt – Arbeitsgruppe gegen Rechtsextremismus



Hier gilt es, für jedes Bündnis eine Lösung zu finden, mit der sich alle Mitglieder identifizieren können.

2. Der öffentliche Auftakt

Wie tritt ein neues Bündnis an die Öffentlichkeit? Was sind die wichtigsten Inhalte, die transportiert werden sollen?
Wie kann eine große Aufmerksamkeit erreicht werden?



An folgende Dinge sollten Sie in Vorbereitung einer öffentlichkeitswirksamen Gründungsveranstaltung unbedingt denken:

Die öffentlichkeitswirksame Aktion

Verfassen Sie eine Gründungserklärung und benennen Sie die Erstunterzeichner_innen.

Nutzen Sie möglichst einen öffentlichen Ort für den offiziellen Gründungsakt wie einen zentralen Platz oder das Rathaus mit Fotomöglichkeit für die Presse.

Machen Sie über eine Pressemitteilung den Anlass, Termin und Ort der Gründungsveranstaltung bekannt

Auf jeden Fall sollte die Presse vorab über das Vorhaben informiert und eingeladen werden. Damit die Bündnisgründung auch mit einem Foto in der Presse erscheint, sollte eine Foto-Situation geplant und terminiert werden, z.B.: Gruppenfoto der Bündnisgründer um 17.30 Uhr oder Netzwerk aus bunten Seilen wird auf dem Markplatz geknüpft um 17.00 Uhr o.ä.

3. Kontakt zum Bündnis finden

Wenn sich das Bündnis erweitern will, sollte die Möglichkeit geschaffen werden, dass sich laufend weitere Mitglieder dem Bündnis anschließen können. Es sollte auf verschiedenen Zugangswegen leicht zu finden und zu kontaktieren sein.



Um während der Gründungsveranstaltung potenzielle Mitglieder anzusprechen und zu gewinnen, bereiten Sie unbedingt Informationsblätter mit den wichtigsten Informationen zum Bündnis vor (z.B. das Selbstverständnis) und halten Sie vor allem Kontaktdaten bereit.

Legen Sie Listen aus, in denen sich spontan Interessierte mit ihren Kontaktdaten eintragen können und nehmen Sie diese nach der Veranstaltung in Ihren Bündnisverteiler auf.

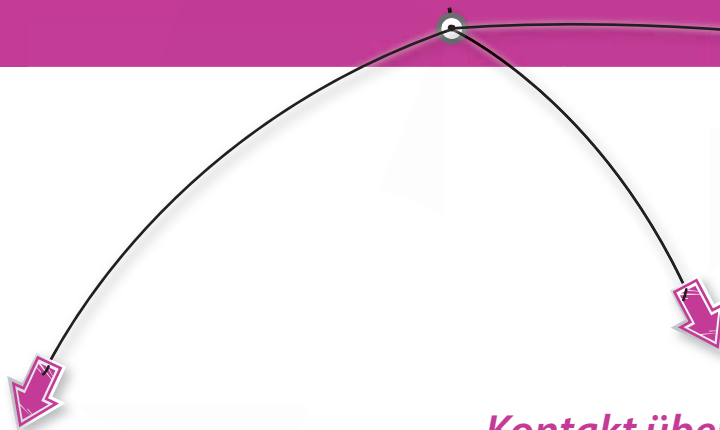
Teilen Sie während der Gründungsveranstaltung mit, wie man dem Bündnis beitreten kann.



Kontakt bei öffentlichen Aktionen finden

Signalisieren Sie bei jedem öffentlichen Auftritt Offenheit und geben Sie die Kontaktdaten des Bündnisses an (z.B. auf Faltblättern).

Halten Sie immer eine Liste bereit, um von Interessent_innen die Kontaktdaten zu erfassen und in Ihren Verteiler aufzunehmen. So erweitert sich der Kreis um das Bündnis ständig.



Kontakt im Internet finden

Internet und soziale Netzwerke spielen heute eine große Rolle in der Ansprache von Menschen und für die Auffindbarkeit. Es ist daher hilfreich, wenn das Bündnis im Internet ohne allzu große Schwierigkeiten auffindbar ist. Das muss nicht bedeuten, dass das Bündnis eine eigene Homepage hat. Oft bieten die Internetseiten von Kommunen die Möglichkeit, lokale Initiativen zu präsentieren, oder das Bündnis kann sich auf der Homepage eines der Mitgliedsvereine darstellen. Auch soziale Netzwerke bieten einfache Möglichkeiten, sich zu präsentieren und schnell mit anderen zu vernetzen.

Kontakt über Telefon oder E-Mail

Erreichbar zu sein, muss nicht viel kosten. Ein gebrauchtes Handy findet sich schnell und mit einer Pre-paid-Karte ohne Mindestumsatz ist das Bündnis immer erreichbar. Auch eine eigene E-Mail-Adresse ist bei einem der kostenlosen Anbieter schnell erstellt. Die Zugangsdaten sollten diejenigen erhalten, die für Öffentlichkeitsarbeit und Verwaltung zuständig sind (Pflege des Verteilers!).

4. Das Bündnis braucht ein Gesicht

Ein Bündnis besteht üblicherweise aus einer Vielzahl von verschiedenen Akteur_innen, doch um mit der Öffentlichkeit zu kommunizieren, empfiehlt es sich, „mit einer Stimme“ zu sprechen. Vorher mit dem Gesamtbündnis abgestimmte Informationen sollten stets nur über ein oder zwei Mitglieder des Bündnisses nach außen getragen werden. Das erhöht auch für die Presse den Wiedererkennungsgrad. Ein oder eine Journalist_in kann sich nie alle Gesichter eines Bündnisses merken, aber mit Sicherheit ein einzelnes. Dem Bündnis ein Gesicht zu geben, zählt daher zu einer der wichtigsten Aufgaben in der Öffentlichkeitsarbeit.



Neue Mitstreiter_innen finden

Machen Sie im persönlichen Gespräch und auch im Internet, auf Flyern, bei Veranstaltungen, Pressegesprächen usw. immer wieder deutlich, dass das Bündnis vom Engagement vieler lebt. Bieten Sie dabei konkrete Aufgaben und Projekte zum Mitmachen an: „Wir freuen uns über jeden, der unsere Sache unterstützt! Vielleicht haben Sie Lust, bei unserer Bildungswoche mitzumachen? Oder beim Gestalten von Transparenten für die Demonstration? Wir treffen uns ...“



5. Prominente Befürworter_innen

Versuchen Sie, bekannte Personen, die anerkannte Autoritäten für viele Bürger_innen sind, für die Ziele des Bündnisses zu gewinnen. Mit einem bekannten „Aushängeschild“ kann das Thema in der Kommune an Stellenwert gewinnen. Wägen Sie aber auch hier Kosten und Nutzen ab und diskutieren Sie diesen Schritt innerhalb des Bündnisses. Es kann hilfreich sein, bekannte Personen einzubeziehen um größere Öffentlichkeitswirksamkeit zu erreichen sowie prominente Befürworter_innen an die eigene Sache zu binden. Gleichsam besteht jedoch immer die Gefahr der Vereinnahmung des Bündnisses durch Prominenz für eigene Interessen. Wichtig ist, dass die engagierten Bündnismitglieder, welche die eigentliche Arbeit machen, trotzdem sichtbar und wertgeschätzt werden. Ansonsten kann es zu Frustration und abnehmender Motivation bei den engagierten Einzelpersonen führen (siehe dazu Kapitel 7).

Viele weitere Informationen:  Handwerkskasten Öffentlichkeitsarbeit

07 *Typische Probleme und Konfliktfelder*

Es ist ein Irrglaube, dass Bündnisse nur gut funktionieren, wenn sie frei von inneren Spannungen und Konflikten sind. Im Gegenteil – Konflikte können, solange sie offen und konstruktiv diskutiert werden, auch bestandserhaltend sein und für „neuen Schwung“ sorgen. Einige Probleme, die besonders typisch für Bündnisse gegen Rassismus und Menschenfeindlichkeit sind, sollen in diesem Kapitel beschrieben und diskutiert werden. Dazu geben wir Hinweise, die zu einer konstruktiven Bearbeitung und Problemlösung beitragen können.

Konfliktbeispiel

1

Unterschiedliche Aktionsbereitschaft

Die Heterogenität eines Bündnisses spiegelt sich immer auch in der Wahl der Aktionsformen wieder. Die Vorstellungen innerhalb der Gruppe darüber, wie stark das Bündnis nach außen in Erscheinung treten soll, können sehr unterschiedlich sein. Während es einigen Bündnismitgliedern genügen würde, Gespräche über Rassismus, Menschenfeindlichkeit und die Situation vor Ort zu führen (verbunden vielleicht mit einem jährlichen öffentlichen Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus), wollen andere ihre Meinung stärker und häufiger nach außen tragen, um aufmerksam zu machen und Rechtspopulist_innen und extremen Rechten nicht die Straße zu überlassen. Einige befürchten dabei, als kleineres Bündnis möglicherweise nicht ausreichend Mobilisierungskraft für eine größere Demonstration aufbringen zu können. ➤

Oder sie halten den Aufwand für öffentliche Aktionen für zu hoch. Einzelnen erscheinen öffentliche Aktionen als zu gefährlich. Insbesondere in kleineren Orten fällt dabei die deutliche Ablehnung bestimmter Personen bzw. ihrer Einstellungen und Taten schwer (das Phänomen des Lokalismus, vgl. Palloks/ Steil 2008: 38 ff.). Die Vertreter_innen der anderen Sichtweise glauben demgegenüber, dass ohne eine starke öffentliche Präsenz des Bündnisses oder ohne laute und Aufmerksamkeit erregende Aktionen keine Wirkung erreicht werden kann.



Tipps zum Vorgehen:

1. Ängste und Befürchtungen ernst nehmen

Grundlegend geht es zum einen um die Frage, welche Ziele das Bündnis verfolgt und welche Strategien dazu dienen können, diese Ziele zu erreichen. Geht es v.a. um eine Selbstverständigung besorgter Bürger_innen, können gemeinsame Treffen und gelegentliche kleine Aktionen ausreichen. Aber fast jedes Bündnis strebt an, eine deutliche Wirkung zu haben und tatsächlich etwas gegen den Einfluss von Nazis in ihrer Stadt zu tun. Wenn einzelne Bündnismitglieder Ängste und Befürchtungen vor größeren Aktionen haben, sollten diese Ängste thematisiert und ernsthaft diskutiert werden. In der Regel lassen sich zahlreiche Wege finden, um mit den Ängsten und Befürchtungen umzugehen:

A

Vermeiden Sie die direkte Konfrontation, sondern hängen Sie z.B. Plakate, Fahnen entlang der Demoroute der Rechtspopulist_innen und Neonazis auf oder nutzen Sie künstlerische Aktionsformen. Diese erzeugen weniger Aggressionen und bieten Ihnen oft die Möglichkeit, unerkannt zu bleiben.

B

Suchen Sie starke oder kreative Bündnispartner_innen. Gegen Angst hilft eine deutliche Unterstützung durch stadtbekannte Meinungsführer_innen, die sich an Ihre Seite stellen. Auch die schiere Zahl derjenigen, die Ihrer Meinung sind, hilft: Versuchen Sie besonders viele Menschen zu aktivieren, mit Ihnen gemeinsam Flagge gegen Rassismus und Menschenfeindlichkeit zu zeigen.

C

Auch eine Beratung des Bündnisses durch die Polizei zum Umgang mit Bedrohungslagen kann hilfreich sein, wenn alle damit einverstanden sind. Suchen Sie gegebenenfalls schon im Vorfeld Kontakt zur Polizei, die Sie präventiv berät und unterstützt.

2. Aktionspotenziale steigern

Wenn sich das Bündnis einig ist, wirkungsvoll sein zu wollen, müssen Strategien gefunden werden, die trotz der vorliegenden Hindernisse (zu wenig Aktive, kein Geld, ...) funktionieren. Hier nur einige Beispiele zur Illustration:



Das Bündnis hat bisher nur wenig Mitstreiter_innen:

Nutzen Sie Aktionsformen, die von wenigen durchgeführt werden können und gleichzeitig viel Aufsehen erregen, z.B. durch auffälliges Zubehör oder Musik. Für solche Aktionen kommt es vor allem auf ein wenig Phantasie an. Straßentheater z.B. kann mit einfachsten Mitteln und nur wenigen Personen große Aufmerksamkeit erzeugen.



Beispiel Verkleiden

Einzelne Bündnismitglieder nutzen die Aktionsform des Straßentheaters, verkleiden sich als Clowns und verteilen Informationen an Passant_innen. Clowns genießen Sympathie und es ist unwahrscheinlich, dass Nazis einen Clown angreifen. Gleichzeitig ist das Gesicht des Clowns nicht erkennbar. Oder Großpuppen: sie können über drei Meter groß sein und sind weithin sichtbar. Sie können selbst riesige Anti-Nazi-Buttons tragen und sprechen so für sich, wenn sie zu musikalischer Begleitung durch die Straßen gehen.

Beispiel Altkleidertonne

Bei einer Aktion gegen den örtlichen rechten Szeneladen wird eine Altkleidertonne (umetikettierte Mülltonne) aufgebaut, in die augenscheinliche Kund_innen die Hass-Kleidung direkt entsorgen können. Machen Sie dabei mit „Werbesprüchen“ auf das „einmalige Sonderangebot“ aufmerksam.

Mehr Aktionsideen finden Sie im
... ➔ Handwerkskasten.



Wenig Geld:

Fehlendes Geld kann durch Unterstützer_innen wettgemacht werden. Diese werden entweder für Spenden angesprochen oder helfen durch Ausleihe oder Sachspenden benötigten Materials.

Näheres zur Finanzakquise finden Sie im ... ➔ Handwerkskasten unter „Fundraising“.

3. Alternative Ausdrucksformen finden

Der heterogene Charakter des Bündnisses darf sich auch in seinen Ausdrucksformen widerspiegeln. Nicht alle Mitglieder müssen an den Aktionen des Gesamtbündnisses teilnehmen, oder sie können es in verschiedenen Funktionen tun. Wer sich nicht gern auf der Straße zeigt, kann trotzdem bei den Vorbereitungen helfen und so zum Gelingen der Aktion beitragen.

Wie man damit umgeht, hängt mit dem jeweiligen Selbstverständnis des Bündnisses zusammen. Wichtig ist jedoch immer, dass Transparenz über die geplanten Aktionen besteht. Alle Mitglieder sollten zumindest wissen, was die anderen planen, ganz unabhängig davon, ob sie es persönlich gutheißen.

Konfliktbeispiel

Wenig Aktive und sinkende Motivation

Bündnisarbeit ist vor allem dann erfolgreich, wenn Aufgaben gleichmäßig verteilt werden und Einzelne sich nicht übernehmen. Außerdem erhöht die Verteilung von Aufgaben den Zusammenhalt und die langfristige Motivation von Mitgliedern. Die Praxis zeigt aber allzu oft das Gegenteil: viele Aufgaben werden von (zu) wenigen Akteur_innen bewältigt. Bei diesen entsteht in der Folge Frustration, weil sie überlastet sind und gleichzeitig sehen, dass wichtige Aufgaben liegen bleiben und so die Erfolge des Bündnisses gefährdet sind. Also machen sie es am Ende doch wieder selbst.

Es gibt mehrere Ursachen, warum Aufgaben häufig ungleich verteilt sind. Neben der Tatsache, dass nicht alle Menschen gleich viel Zeit oder ein gleich hohes Interesse an der Sache haben, gibt es Mechanismen, die eine ungleiche Verteilung begünstigen.

- *Funktioniert der Informationsfluss im Bündnis? Haben wirklich alle die gleichen Informationen über aktuelle Problemlagen und Vorhaben des Bündnisses?*

- *Teilen alle noch die Ziele des Bündnisses?*

Fragen zur Ursachenanalyse:



- *Kommen alle mit ihren Interessen ausreichend zu Wort, können alle ihre Beobachtungen, Ideen, Wünsche einbringen?*

- *Wie werden die Aufgaben verteilt? Was könnte man anders machen?*

- *Stehen alle Beteiligten hinter den Aktionen des Bündnisses?*

- *Gibt es Konflikte im Bündnis, die die Beteiligung eventuell behindern?*



Tipps zum Vorgehen:

1

Beteiligung von Anfang an stärkt die Motivation. Entwickeln Sie daher möglichst alle Pläne von Beginn an gemeinsam. Von der Ideenentwicklung über die Entscheidung für eine Maßnahme bis zur Umsetzung sollte der Prozess gemeinsam erfolgen. Denn das Mitgestalten, das gemeinsame Planen, die Beteiligung von Anfang an stärken die Motivation aller Mitmacher_innen. ... ➔ Zur methodischen Umsetzung siehe Handwerkskasten „Projektentwicklung“.

2

Aktivist_innen übernehmen sehr schnell Aufgaben. Oft werden dann Menschen übersehen, die wollen, aber sich nicht so „schnell“ melden. Gewöhnen Sie sich daher an, alle zu fragen, wer die Aufgabe übernehmen oder mithelfen könnte. Warten Sie ab und verzichten Sie darauf, jedes Mal selbst in die Bresche zu springen.

3

Machen Sie deutlich, dass eine Sache in der Konsequenz nicht umgesetzt werden kann, wenn zu wenige Mitglieder mitmachen. Bleiben Sie dabei sachlich und werden Sie nie vorwurfsvoll! Moralischer Druck ist keine gute Motivationsquelle.

4

Berücksichtigen Sie Interessen und Ressourcen der Mitglieder.

1

5

Behalten Sie das Verhältnis zwischen Vorhaben und Möglichkeiten des Bündnisses/der Mitglieder im Auge. Versuchen Sie, eher kleinere Vorhaben umzusetzen als die Gruppe zu überfordern. Oder Sie versuchen, für Ihr wichtiges Vorhaben mehr Leute zu aktivieren: Mitmacher_innen, Ermöglicher_innen, Ideengeber_innen, Umsetzer_innen, Spender_innen, ...

6

Menschen in neue Aufgaben einarbeiten: Nicht jeder traut sich sofort die Übernahme einer neuen Aufgabe zu. Bieten Sie leichte Einstiege, indem die bisher Verantwortlichen die Aufgaben für eine Weile gemeinsam mit den Neuen erledigen. So können Sie neue Aktive gewinnen. Das kostet am Anfang Zeit, aber es lohnt sich. Die meisten Menschen sind stolz auf ihre (neuen) Fähigkeiten. Nutzen Sie daher die Motivationsquelle „Kompetenzzuwachs“.

7

Motivation steigt auch durch Erfolge in der Arbeit. Warum sollte man in einem Bündnis mitarbeiten, das nichts bewirkt? Mehr Informationen zu dieser Frage im Abschnitt „Mangelnde Wirksamkeit“ weiter unten im Kapitel .

8

Organisieren Sie Wertschätzung und Anerkennung für das Engagement der aktiven Bündnismitglieder. Das stärkt die Motivation enorm.

9

„Kampf und Krampf“ vermeiden (Buntheit und Spaß entgegensetzen, Lebensfreude zeigen, feste Termine im Jahreslauf dafür verankern).

10

Überlastungen frühzeitig anzeigen.



Mangelnde Wirksamkeit

Ein freiwilliger Zusammenschluss zu einem Aktionsnetzwerk gegen Rassismus und Menschenfeindlichkeit baut auf dem Wunsch auf, die Gesellschaft zu verändern und politisch etwas zu bewegen. Wer sich ehrenamtlich in seiner freien Zeit für eine Sache engagiert, wünscht sich natürlich auch, dass das Engagement eine Wirkung entfaltet, denn sonst wäre es ja sinnlos oder bloßer Selbstzweck. Bleibt diese Wirkung in der öffentlichen oder in der Selbstwahrnehmung gering oder gar nicht wahrnehmbar, führt das schnell zum Motivationsverlust und zu der Frage, warum man freiwillig Zeit investiert, wenn dieses Engagement keinen Effekt zu haben scheint.

Gleichzeitig ist es nicht leicht, für manchmal weitreichende und abstrakte Ziele wie „weniger Rassismus“ oder „weniger menschenfeindliches Denken in unserer Stadt“ konkrete Veränderungen festzustellen. Wie kann man überhaupt feststellen, wie die eigenen Aktionen in der Stadt wirken?



Tipps zum Vorgehen:

1

Versuchen Sie zunächst zu klären, was Sie genau erreichen wollen. Leitfragen können sein:

- ➡ Wie messen wir überhaupt unsere Wirksamkeit? Wann sind wir wirksam?
- ➡ Wie viele Leute sollen unsere Aktionen erleben, damit wir sie als Erfolg werten?
- ➡ Erreichen wir mit den Aktionen eine breite Öffentlichkeit?

2

Versuchen Sie dann zu ergründen, wo die Ursachen für die bisherige mangelnde Wirksamkeit liegen. Beziehen Sie alle Bündnismitglieder in die Analyse mit ein.

- ➡ Sind unsere Ideen und Aktionen geeignet, um unser Ziel zu erreichen, oder funktioniert ein anderes Vorgehen vielleicht besser?
- ➡ Gibt es Akteur_innen innerhalb oder außerhalb des Bündnisses, die die Wirksamkeit blockieren?

➡ Sie haben eine gute Aktion durchgeführt, aber zu wenig Leute erreicht?

Wo liegen die Ursachen?

- War die Öffentlichkeitsarbeit schlecht?
- War die Aktion nicht geeignet für die Zielgruppen?
- Wäre ein anderer Zeitpunkt oder Ort besser gewesen?

➡ Sie machen eine wichtige Arbeit, aber die Presse berichtet nicht über Sie?

- Ist die Presse rechtzeitig informiert worden, auch über Termine und die Möglichkeit für Fotos?
- Hatte die Nachricht „Neuigkeitswert“?

Weitere Fragen: ➡ Abschnitt „Öffentlichkeitsarbeit“ im Handwerkskasten

3

Wichtig ist, die getroffenen Entscheidungen für „wirksame“ Maßnahmen fortwährend zu prüfen. Dabei sollte der eigene Anspruch an Aktionen immer wieder mit der tatsächlichen öffentlichen Wahrnehmung abgeglichen werden. Es gilt, dass Bündnisse nur wirksam sein können, wenn sie ihre Zielgruppen erreichen.

4

Ein weiterer hilfreicher Faktor für Wirksamkeit ist die Pluralität eines Bündnisses. Je mehr Menschen mit unterschiedlichen Erfahrungshorizonten zusammenkommen, desto kreativer kann der Austausch über passende Aktionsformen sein, und desto mehr unterschiedliche Kontakte wie auch Ressourcen stehen für die Umsetzung zur Verfügung.

5

Binden Sie mehr Menschen ein, denen das Eintreten gegen Rassismus und Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit eine Herzensangelegenheit ist. Sie haben eine hohe Eigenmotivation und ein hohes Problembewusstsein, oft auch eine gute Sachkenntnis.

6

Binden Sie auch Menschen mit Projekterfahrung ein, die über gute Fähigkeiten in der Planung und Steuerung von Vorhaben verfügen.

7

Wie oben erläutert, stehen mangelnde Wirksamkeit und Motivationsverlust in einem sehr engen Verhältnis. Um dem vorzubeugen, gilt die Devise: „Nicht zu schnell zu Großes erwarten“. Bündnisarbeit ist sehr kleinschrittig und zuweilen auch enorm mühsam. Doch bei kontinuierlichem Engagement potenziert sich auch die Wirksamkeit, da man immer wieder auf die Erfolge der letzten Aktionen aufbauen kann.

Konfliktbeispiel

4

Strategische Differenzen

In vielen Bündnissen wird der Konflikt um legitime Formen des Protests sehr kontrovers ausgetragen. Auf der einen Seite finden sich oft Vertreter_innen offensiver und z. T. strittiger Protestformen bei Demonstrationen und Blockaden, auf der anderen Seite gibt es vorsichtigere Menschen, die sich mit lautem Protest oder Konfrontationen nicht wohl fühlen. Diese folgen bei Demonstrationen der Argumentation der Polizei, dass Sicherheit nur bei einer räumlichen oder sogar zeitlichen Trennung von Rechtspopulist_innen oder Neonazis gewährleistet werden kann. So hat schon manche Gegenveranstaltung gar an einem anderen Tag als die Aktion der Nazis stattgefunden.

Die erste Gruppe vertritt hingegen den Standpunkt, dass nur direkte Blockaden die Präsenz der Nazis in ihrem Ort verhindern können. Nach dem Motto „Wo ein Körper ist, kann kein anderer sein“ halten sie im Fall genehmigter Aufmärsche vor allem Gegendemonstrationen und Blockaden für das Mittel der Wahl, und gehen dafür auch das persönliche Risiko ein, eine Ordnungswidrigkeit zu begehen. Obgleich eine Form couragierten Handelns und zivilen Ungehorsams werden Blockaden in manchen Fällen auch als Straftatbestände gewertet. Als Kompromiss der beiden Ansätze wird oft der Protest in Sicht- und Hörweite gefordert. Im Idealfall erlaubt das sowohl die räumliche Trennung durch die Polizei, als auch ein sichtbares und hörbares direktes Widersprechen abwertender Parolen.



Tipps zum Vorgehen:

Nicht nur bei dieser, auch bei anderen Fragen des Vorgehens empfiehlt es sich, unterschiedliche Strategien zu verfolgen, die sich ergänzen.

Das Bündnis muss sich in der Praxis über die Wahl der Methoden und Aktionsformen nicht immer einig sein. Gerade bei größeren Aktionen ist es die Vielfalt, die lebendig wirkt und eine Veranstaltung attraktiv macht. Diese Vielfalt bietet wiederum unterschiedlichen Menschen die Möglichkeit mitzumachen. So kümmert sich der eine lieber um Transport und Aufbau, die andere hat Spaß daran,



Passant_innen zu animieren, ihre Wünsche auf bunte Zettel zu schreiben und aufzuhängen, und jemand Drittes macht Fotos für die Aktion „Gesicht zeigen“. Diese Möglichkeiten, sich einzubringen, sind eine starke Erfahrung für Selbstwirksamkeit und motivieren für die weitere Arbeit.

➡ Informationen zum Versammlungsrecht im Handwerkskasten

Konfliktbeispiel 5

Diskreditierungsstrategie

Dass lokale Bündnisse gegen Rassismus und Menschenfeindlichkeit nicht nur mit Konfliktkonstellationen im Inneren zu tun haben, sondern auch immer wieder mit Anfeindungen, Verdrängungsbemühungen und Verleumdungen von außen konfrontiert sind, erscheint auf den ersten Blick nicht überraschend. Natürlich sind lokale Bündnisse immer wieder Zielscheibe von Rassist_innen und Neonazis, deren Präsenz im öffentlichen Raum das Bündnis zu verhindern versucht und deren Ideologien und Strategien es entlarven will. Sich in einem Bündnis gegen Rassismus und Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit zu engagieren, erfordert daher Zivilcourage und Mut. Es kommt aber auch vor, dass Bündnisse angegriffen werden, weil sie den Finger in die Wunde legen und als Nestbeschmutzer angesehen werden. Eine Folge kann sein, dass mit vorgeschobenen Argumenten das ganze Bündnis in der Glaubwürdigkeit infrage gestellt wird.



Eine solche Diskreditierungsstrategie ist die öffentliche Gleichsetzung von „Rechtsextremismus“ mit „Linksextremismus“ und die mitschwingende Behauptung, das eigentlich demokratische Bündnis sei geprägt durch linksextreme Ideologien und Kräfte.

Meist reicht es aus, ein solches Gerücht in die Welt zu setzen, um viele potenzielle Bündnispartner_innen (v.a. aus dem bürgerlichen Spektrum) fernzuhalten. Wer möchte schon gern gegen menschenfeindliche Ideologien und für Demokratie kämpfen und dabei mit anderen demokratiefeindlichen Gruppen gemeinsame Sache machen? Zur Bekämpfung unliebsamer oder unbequemer Gruppierungen – und aus Sicht kommunal Verantwortlicher können lokale Bündnisse durchaus unbequem sein, da sie den Finger in die Wunde legen und öffentlich auf lokale Probleme hinweisen – reicht es oft schon aus, die Vertrauenswürdigkeit dieser Gruppierungen in Frage zu stellen. So wird das Ansehen des Bündnisses und mithin auch der beteiligten Gruppen – kleinere antifaschistische Initiativen ebenso wie kirchliche Träger oder Betroffene von Diskriminierung und Gewalt – schnell diskreditiert und ihnen wird ein besonderes Misstrauen entgegengebracht.



Tipps zum Vorgehen:

1

Suchen Sie rechtzeitig nach anerkannten und deutungsmächtigen Akteur_innen, die sich öffentlich zu den Zielen und Inhalten Ihres Bündnisses bekennen.

2

Stellen Sie größtmögliche Transparenz über Ihre Arbeit her (Homepage, Pressemitteilungen etc.).

3

Stellen Sie das Bündnis möglichst breit mit Akteur_innen aus vielen Bereichen der Zivilgesellschaft auf. Falls Sie politische Akteur_innen einbinden wollen, tun Sie dies - soweit möglich - am besten parteiübergreifend.

4

4. Reagieren Sie offensiv und einnehmend auf Unterstellungen.

Umarmungsstrategie

An den Bündnistreffen zur Vorbereitung einer Protestveranstaltung gegen einen Naziaufmarsch beteiligt sich auf einmal und erstmalig sehr engagiert der Kandidat einer demokratischen Partei für die nächste Bürgermeisterwahl. Er lobt die Arbeit des Bündnisses und schlägt vor, selbst während der Kundgebung als Redner aufzutreten. Sein Redebeitrag kommt dann aber schnell vom eigentlichen Thema der Kundgebung ab und entwickelt sich zu einer flammenden Wahlkampfred.

Parteien oder auch andere Gruppen nutzen gesellschaftliche Plattformen wie Bündnisse gern für die Verfolgung eigener politischer Interessen und Ziele. Bietet sich dann – wie in dem beschriebenen Beispiel – auch noch die Gelegenheit für ein breites Publikum und effektvolle Bilder, wird die Möglichkeit zur Instrumentalisierung der Bündnisarbeit dankbar genutzt.

Aber auch Sie haben die Möglichkeit diese Strategie anzuwenden. Denkbar wäre, gezielt (prominente) Multiplikator_innen für das Bündnis anzusprechen und diese für eine Mitarbeit zu begeistern. Das kann eine besondere Öffentlichkeit für Ihre Idee schaffen und noch mehr Menschen motivieren, sich Ihrem Bündnis anzuschließen.



Tipps zum Vorgehen:

1

Achten Sie darauf, mit welchen Motiven sich insbesondere Parteienvertreter_innen für die Bündnisarbeit interessieren. Obwohl diese durch ihre persönliche Deutungsmächtigkeit für die Arbeit des Bündnisses wertvoll sein können, besteht immer die Gefahr einer einseitig parteipolitischen Färbung des Bündnisses.

2

Vermeiden Sie den Verdacht der Parteilichkeit entweder durch die Aufnahme von Vertreter_innen möglichst aller demokratischen Parteien in das Bündnis oder aber durch die klare Positionierung gegenüber jeglichem parteipolitischen Kalkül.

3

Sollen bei öffentlichen Veranstaltungen Parteienvertreter_innen sprechen, so sollte ein überparteiliches Bündnis immer alle im jeweiligen Parlament vertretenen demokratischen Parteien einladen, um nicht als parteigebunden angreifbar zu sein.

4

Während der heißen Wahlkampf-Zeiten sollte man den Verzicht der Parteienvertreter_innen auf öffentliche Auftritte im Namen des Bündnisses vereinbaren, es sei denn...

5

...alle demokratischen Parteien verzichten für einen Tag auf ihren Wahlkampf und machen gemeinsam einen Aktionstag gegen Rassismus und Menschenfeindlichkeit

Konfliktbeispiel

7

Übertragungs- bzw. Delegationsstrategie

Lokale Bündnisse mit einer klaren inhaltlichen Positionierung und Problemsicht gegenüber dem Thema Rassismus und Menschenfeindlichkeit laufen zuweilen Gefahr, dass ihnen von außen schnell die alleinige Zuständigkeit für den Umgang mit rassistischen und menschenfeindlichen Problemlagen zugeschrieben wird und zusätzliche Aufgaben an sie „delegiert“ werden. Andere Akteur_innen in der Kommune sind ganz froh über das Bündnis, man hat quasi „Expert_innen“ für das Thema und muss sich scheinbar nicht selbst mit diesem leidigen Problem beschäftigen, denn der Umgang mit Rassismus und Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit ist ja Sache des Bündnisses. „Das hat für Meinungsführerinnen und Meinungsführer den Charme der eigenen Entlastung. Man braucht sich dazu nicht zu positionieren, braucht keine öffentliche Position zu beziehen und sich nicht auseinander zu setzen“ (Hanneforth 2008: 338). Wahlweise taugt diese Strategie zur Steigerung des lokalen Wohlbefindens („Wir machen ja etwas“) oder zur Delegation von Aufgaben an das Bündnis je nach Sichtbarwerdung neuer Problemlagen („Dafür ist das Bündnis zuständig“).



Tipps zum Vorgehen:

In diesem Beispiel, wie bei den beiden vorherigen Konfliktbeispielen auch, kommt es darauf an, solche Strategien möglichst rasch zu erkennen, offen zu thematisieren und entsprechend entgegenzusteuern.

1

Sprechen Sie wichtige Akteur_innen in der Kommune direkt an und bitten Sie sie um Unterstützung bei Ihrem Anliegen.

2

Machen Sie deutlich, dass das Bündnis sich dieses gesamtgesellschaftlichen Problems zwar angenommen hat, dieses aber nicht stellvertretend tun will, sondern sich eher in einer Rolle als Initiator und Koordinator sieht. Die Mitglieder des Bündnisses arbeiten ehrenamtlich und erwarten, dass andere ihr Vorhaben unterstützen, da es ja im gemeinsamen Interesse liegt. So können Fraktionen bewegt werden, das Thema im Gemeinderat einzubringen, Bürgermeister_in und Gemeinderat werden ermutigt, sich öffentlich zu positionieren, oder andere Partner_innen (z.B. Wirtschaft, Vereine, Kirche) unterstützen Sie, indem sie Ihnen etwas zur Verfügung stellen, das Sie benötigen (Laptop, Raum zum Plakate malen, Telefon).

3

Wenn es Ihnen gelingt, auch öffentlich anerkannte kommunale Meinungsführer_innen in die Bündnisarbeit zu integrieren, können Sie den Gedanken „Rassismus und Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit geht uns alle an“ sehr wirksam weiter transportieren und wiederum andere dazu motivieren, das Bündnis zu unterstützen.



08

Einblicke in die Praxis: Drei Interviews

Dieses Kapitel beleuchtet anhand konkreter Beispiele aus der Praxis verschiedene bereits in diesem Handbuch behandelte Themen. Drei Interviews mit Bündnissen aus unterschiedlichen Regionen und in unterschiedlichen Stadien der Zusammenarbeit bieten Einblicke in die Praxis der Bündnisarbeit. Dabei werden Schlaglichter auf die Mitgliedergewinnung, -motivation, die Gründung von Bündnissen sowie die Öffentlichkeitsarbeit und die Herausforderung an die dauerhafte Arbeit einer Gruppe gelegt.



***Interview mit Alex Maier,
Die Grünen,
Sprecher des Bündnisses
„Kreis Göppingen Nazifrei“***

1

***Welche persönliche Erfahrung/welches Ereignis hat dazu
geführt, dass Sie sich in diesem Bündnis engagieren?***

Im Jahr 2011 sind im Göppinger Stadtbild immer mehr Sticker und Aufkleber der Autonomen Nationalisten (AN) Göppingen aufgetaucht. Beim Neujahrsempfang der Partei Die Linken in Göppingen fand sogar eine Demonstration der AN statt. Das war ein Punkt bei dem ich nicht mehr zusehen wollte. Rechtsextremes Gedankengut war mir schon immer zuwider, deshalb hab ich Kontakte geknüpft mit Menschen und Organisationen in Göppingen zur Vernetzung.

2

Wie begegnen Ihnen Menschenfeindlichkeit und Rassismus in Ihrer Stadt?

Die AN Göppingen tauchten zuerst durch Sticker im Stadtbild auf, dann auch z.B. mit dem Verteilen von CDs mit rechtsextremen Songs in der Nähe von Schulen sowie Flyern. Außerdem gab es seit 2012 im Oktober regelmäßig Demonstrationen für die bundesweit mobilisiert wurde und die zur größten Neo-Nazi-Demo in Baden-Württemberg wurde.

3

Welche Erfahrung/ welche Situation in der Bündnisarbeit hat Sie besonders bewegt? Was erlebten Sie als besonders motivierend?

Die vielen Ehrenamtlichen, die seit der Gründung für unseren Verein ihre Freizeit opfern, motivieren mich immer wieder. Außerdem sehen wir vor allem auf Demonstrationen immer wieder, wie es uns gelungen ist Brücken zu bauen und zum Zusammenhalt in unserer Stadt beizutragen. Alle Religionen, Parteien, Vereine und sonstige Organisationen haben sich zusammengerauft um wichtige Zeichen zu setzen gegen Neo-Nazis.

4

Was sind für Sie die entscheidenden „Zutaten“ für eine gute Bündnisarbeit?

Vernetzung ist alles! Es müssen Gruppen zusammengebracht werden, die sonst eigentlich nie zusammenarbeiten. Das kostet Zeit und manchmal Nerven, ist aber unerlässlich für ein Bündnis dieser Art. Außerdem braucht es natürlich Menschen, die bereit sind, ehrenamtlich ihre Zeit für das Bündnis zu investieren.

5

Was waren für Sie die größten Schwierigkeiten in Ihrer bisherigen Bündnisarbeit und wie sind Sie damit umgegangen?

Zu Beginn gab es einige Irritationen wegen der Sinnhaftigkeit unseres Bündnisses. Vor allem von Seiten der Stadtspitze wurde das Neo-Nazi-Problem lieber abgestritten. Aus Imagegründen ist das nachvollziehbar, aber ein Problem kann man nur lösen, wenn man erkennt, dass man eines hat. Inzwischen sind wir hier aber auf einem guten Weg. Außerdem gab es am Anfang einige Diskussionen über unsere Vorgehensweise. Da wir jegliche Arbeit ausschließlich im Rahmen der freiheitlich-demokratischen Grundordnung leisten, stellen wir uns klar gegen jede Form von Gewalt. Hier gab es in einigen Gruppierungen andere Herangehensweisen.

6

Was können zivilgesellschaftliche Bürgerbündnisse gegen Rassismus und Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit leisten, was Politik und Sicherheitsbehörden nicht können?

Die Mobilisierung der Bevölkerung gelingt bürgerlichen Gruppen und Bündnissen besser, da die Verwurzelung in die Zivilgesellschaft viel größer ist. Außerdem haben wir ein klares Ziel, dem wir uns ganz verschreiben können, während Politik und Sicherheitsbehörden viele Aspekte zu beachten haben.



Interview mit einer Vertreterin des Bündnisses „Mannheim gegen Rechts“

1

Welche persönliche Erfahrung/welches Ereignis hat dazu geführt, dass Sie sich in diesem Bündnis engagieren?

Im Bündnis Mannheim gegen Rechts sind keine Einzelpersonen organisiert, sondern Organisationen, Parteien, Initiativen. Daher kann ich nur darüber sprechen, welche Ereignisse dazu geführt haben, dass ich mich überhaupt organisiert habe. Eine große Rolle für mich persönlich spielten dabei die rassistischen Ausschreitungen und Pogrome Anfang der 90er Jahre. Erstarkender Nationalismus, Rassismus und Chauvinismus der Deutschen nach der Wiedervereinigung, der „wir sind wieder wer“-Tumult ganz normaler Deutscher, war für mich Anlass aktiv zu werden. Das Einknicken der etablierten Parteien von SPD bis CSU vor dem rassistischen Mob mit der quasi-Abschaffung des Asylrechts 1993 zeigte mir auch, wo oder besser wo ich mich nicht gegen Rassismus engagieren werde.

Warum für mich die Entstehung des Bündnisses wichtig war und warum ich es wichtig finde, dass Organisationen in diesem Bündnis organisiert sind, bezieht sich vor allem auf die Handlungsfähigkeit gegen Rechts. Es gibt viele unterschiedliche Parteien, Organisationen, Gruppen und Initiativen, die sich glaubhaft gegen Rechts positionieren, alle haben das Bedürfnis sich zu engagieren, könnten aber in anderen Politikbereichen nicht oder nicht gut zusammenarbeiten. Dennoch, dass es menschenverachtende Ideologien gibt, ob diese erstarken oder geschwächt werden, dafür tragen alle eine Verantwortung. Um Kräfte zu bündeln, Arbeit nicht doppelt zu machen und um kontinuierlich auch von dem Wissen anderer im Kampf gegen Rechts zu profitieren sind solche Bündnisse notwendig. In Mannheim ergab sich die Kontinuität, in der Mannheim gegen Rechts heute arbeitet, vor allem aus der organisatorischen Frustration bei größeren Auftritten der Rechten, alle Arbeit von vorne koordinieren zu müssen und dem Wunsch vieler permanent zu arbeiten und nicht nur als Reaktion auf angemeldete (Groß-)Events der Nazis.

2

Wie begegnen Ihnen Menschenfeindlichkeit und Rassismus in Ihrer Stadt?

In Mannheim begegnen uns glücklicherweise (bisher) weniger organisierte Menschenfeinde, die öffentlichen Auftritte dieser halten sich in Grenzen und ein Widerstand dagegen wird immer organisiert. Dennoch sind rassistische, homophobe, sexistische und andere Diskriminierungen im Alltag erlebbar.

3

Welche Erfahrung/ welche Situation in der Bündnisarbeit hat Sie besonders bewegt? Was erlebten Sie als besonders motivierend?

Besonders motivierend sind politische Erfolge, gute Mobilisierungen, die Zustimmung von vielen Menschen auch aus unterschiedlichen gesellschaftlichen Gruppen zu Aktionen und der Arbeit von Mannheim gegen Rechts.

4

Was sind für Sie die entscheidenden „Zutaten“ für eine gute Bündnisarbeit?

Wichtig erscheint mir Vertrauen - Vertrauen in die Bündnispartner_innen aber, in unserer Struktur, auch in die Organisationsstruktur. Außerdem Verlässlichkeit, ein öffentliches Auftreten, Ansprechbarkeit für Presse, aber auch für Interessierte.

5

Was waren für Sie die größten Schwierigkeiten in Ihrer bisherigen Bündnisarbeit und wie sind Sie damit umgegangen?

Schwierig sind Situationen, in denen die Solidarität der sehr heterogenen Bündnisgruppen (FDP bis Antifa), die sich bei Mannheim gegen Rechts engagieren, auf die Probe gestellt wird. Es gibt in den Bündnisgruppen zu bestimmten Aktionsformen unterschiedliche Einschätzungen und Bewertungen, dies ist nicht immer unter einen Hut zu bringen. Am Beispiel von Blockaden von Veranstaltungen der Rechten ist dies gut zu erkennen. Blockaden sind nicht das einzige und nicht immer das richtige Mittel, sie dienen mir hier jetzt als Beispiel. Meines Erachtens gab es bei Mannheim gegen Rechts immer den Grundkonsens, dass Blockaden ein legitimes Mittel sind um Naziaufmärsche zu verhindern, besonders dann, wenn viele Leute sich den Blockaden (spontan) angeschlossen haben und diese erfolgreich waren. Dennoch gibt es Situationen, in denen Blockaden schwieriger durchzusetzen sind, in denen dann die Solidarität schwindet. An dem Grundkonsens müssen wir weiter arbeiten, dafür sind aber positive Erfahrungen der Teilnehmer_innen wichtig und notwendig. Die Erfahrung von erfolgreichen Blockaden ist oft das beste Argument dafür.

6

Was können zivilgesellschaftliche Bürgerbündnisse gegen Rassismus und Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit leisten, was Politik und Sicherheitsbehörden nicht können?

Zivilgesellschaftliche Bündnisse sind Teil von Politik, wie ich sie verstehe. Im Gegensatz zu etablierter Parteipolitik können Bündnisse zu bestimmten Themen, mit denen sie sich befassen, vertiefte, inhaltliche Diskussionen und eine klare Haltung transportieren, sie haben keine Koalitionszwänge. Sicherheitsbehörden führen keinen Kampf gegen Rechts, denn sie setzen das um, was ihnen als Gesetz oder als Rechte vorgeschrieben wird. Dabei geht es um Form, nicht jedoch um Inhalt. Politik sollte sich aber vor allem um den Inhalt kümmern, Rassismus ist uns in Nadelstreifen ebenso Gegner wie in Uniform oder Turnschuhen.



***Interview mit Birgitt Michalek, Mitglied und
Sprecherin des Freudenstädter
Bündnisses gegen Rechtsextremismus
für Toleranz und Vielfalt***

1

***Welche persönliche Erfahrung/welches Ereignis hat dazu
geführt, dass Sie sich in diesem Bündnis engagieren?***

Ich bin seit 2003 Freudenstädterin und arbeite als Lehrerin für Geschichte und Gemeinschaftskunde. Ich habe immer aufmerksam verfolgt, was politisch passiert, und im Jahr 2007 gab es ein Ereignis in Freudenstadt, was viele Bürgerinnen und Bürger dazu gebracht hat, etwas tun zu wollen. Damals fand sehr kurzfristig eine Demonstration der NPD in Freudenstadt statt, und die Bürgerinnen und Bürger wussten nichts davon, so dass keine Gegenwehr organisiert werden konnte. Da haben viele gesagt, das kann nicht sein, dass hier einfach die NPD unter Polizeischutz marschiert und wir wissen davon nichts. Wir brauchen ein Bündnis! Das war damals die Idee. Viele Parteien die kommunal in Freudenstadt aktiv sind, aber auch Kirchen und Gewerkschaften haben sich dem Bündnis angeschlossen – ganz bunt gemischt war die Gruppe. Und so haben wir damals dieses Bündnis aufgebaut.

Gott sei Dank nicht so offensiv. Wenn ich durch meine Stadt gehe, sehe ich das nicht täglich. Aber beispielsweise während der Wahlkämpfe sind Rechtsextreme sehr aktiv in Freudenstadt, da sieht man dann überall die gruseligen Plakate der NPD. Zum anderen habe ich gemeinsam mit anderen die Ausstellung „Demokratie stärken – Rechtsextremismus bekämpfen“ des Fritz-Erler-Forums in unsere Schule geholt. Die stand öffentlich zugänglich über etwa drei Wochen in unserer Schule und hat viel Wirbel verursacht. Zum Beispiel hing eines Morgens ein Plakat gegen die Ausstellung an der Schule, das dann auch von der Polizei entfernt wurde. Des Weiteren gab es öffentliche Reaktionen durch die Republikaner in der Zeitung, und die Einzelstimme eines Unternehmers war in einem Brief an einen Schulleiter zu hören. Er ließ darin verlauten, dass er froh sei, keine Azubis an einer Schule zu haben, wo die politische Bildung so „einseitig“ behandelt werde. Da habe ich gemerkt: das Thema Rechtsextremismus ist sensibel in unserer Gegend. Damit hätte ich niemals gerechnet, dass das so einen Wirbel verursacht.

Des Weiteren gab es NPD-Stände auf dem Marktplatz, aber das ist schon länger nicht mehr vorgekommen. Das würde ich aber auch darauf zurückführen, dass unser Bündnis aktiv geworden ist und sich dagegen gestellt hat. Aber auch unabhängig von den öffentlichen Aktivitäten von NPD und den Republikanern höre ich zum Teil Stammtischgeplauder in Gesprächen mit meinen Schülern. Damit setzen wir uns dann natürlich im Unterricht auseinander. Die meisten Mitglieder unseres Bündnisses sind auch in anderen Zusammenhängen aktiv, in einer Partei oder Gewerkschaft. Jede und jeder arbeitet an seiner Stelle gegen rassistische und menschenfeindliche Positionen an: sich damit auseinanderzusetzen, das nicht stehen zu lassen.

3

Welche Erfahrung/welche Situation in der Bündnisarbeit hat Sie besonders bewegt?

Unser Bündnis reagiert nicht nur auf rechtsextreme Aktivitäten, sondern wir haben viel von uns aus gemacht und angeschoben. Zum Beispiel organisieren wir zum Holocaust-Gedenktag am 27. Januar Gedenkveranstaltungen. Wir haben aktuell auch wieder einen Zeitzeugen eingeladen, der als Kind Theresienstadt überlebt hat und darüber berichten wird. Das sind natürlich immer wieder Momente, die sehr emotional sind.

Ein weiteres Highlight war für mich eine Kundgebung, die wir im März 2015 als Reaktion auf die Vorkommnisse in Paris zu Charlie Hebdo organisiert haben. Wir hatten am 14. Januar eine Bündnissitzung anberaumt, die schon lange geplant war. Wir haben an diesem Abend die Tagesordnung gekippt, weil wir uns über Charlie Hebdo austauschen wollten, darüber was uns da bewegt, und kamen einhellig zur Meinung: Wir müssen da etwas machen, ein Zeichen setzen für das Zusammenleben in der Stadt und im Landkreis Freudenstadt. Das war eine sehr gelungene Veranstaltung im März 2015. Da hat auch ein junger Mann mit türkischem Hintergrund aus unserer Schule gesprochen, der in der Schüler_innenmitverwaltung engagiert ist. Das war ein Moment, der mich bewegt hat.

Des Weiteren sind mehrere unserer Bündnismitglieder in Asylkreisen engagiert und das Schicksal geflüchteter Menschen bewegt uns natürlich im Moment auch sehr stark. Wenn die dann berichten, welche Schwierigkeiten es dort gibt, wie viele Probleme doch immer noch auftreten: Hürden durch die Ämter oder dass ein Schüler der Flüchtlingsklasse an unserer Schule abgeschoben werden soll. Da ist man dann natürlich auch involviert und emotional bewegt.

4 *Was erlebten Sie als besonders motivierend?*

Das war vor allem die Resonanz auf verschiedene Aktivitäten unseres Bündnisses. Zum Beispiel haben wir 2008/2009 eine Aktion im Jugendzentrum in Freudenstadt gemacht. Das Thema war „Gesicht zeigen gegen Rechts“, wir haben Fotos gemacht und die Kinder und Jugendlichen konnten ihre eigene Meinung zu dem Thema formulieren, die wir dann veröffentlicht haben. Eine andere Aktion, bei der wir gute Resonanz hatten, war der Logo-Wettbewerb für unser Bündnis, woraus dann auch unser Logo entstanden ist. Und schließlich gibt es immer wieder Situationen in der Bündnisarbeit, wo gemeinsam an einer Sache tätig ist, was dann etwas auslöst. Wir arbeiten auch mit anderen Vereinen und Bündnissen zusammen, zum Beispiel dem Förderverein „Ehemalige Synagoge Rexingen“. Das sind dann immer Momente, wo man weiß, wir sind für die gleiche Sache hier!

5 *Was sind für Sie die entscheidenden „Zutaten“ für eine gute Bündnisarbeit?*

Zum einen, es muss ein Sprecherteam geben. Es müssen Menschen bereit sein, die sagen: Ich mache da ein bisschen mehr. Das ist zeitweise mein Problem gewesen, dass ich dann quasi alleine stand. Es kann aber nicht funktionieren, dass eine Person alleine das managt. Ich habe dann auch ein bisschen provokativ gesagt: also wenn das nicht anders geht, dann legen wir unsere Arbeit als Bündnis nieder. Die Folge war, dass alle gesagt haben, nein, das wollen wir nicht. Aber tatsächlich war es zeitweise so, dass ich ein bisschen allein gelassen wurde durch verschiedene Umstände. Aber ich habe an meiner Seite zum Beispiel Mitglieder von Parteien, zum Beispiel der SPD, oder auch vom Deutschen Gewerkschaftsbund, die aktiv sind. Und das braucht man, das ist wichtig, man braucht Menschen an seiner Seite, die sagen: Ich mache da mit und ich helfe dir. Das ist das eine.

Ein weiterer großer Vorteil unseres Bündnisses ist, dass wir so bunt gemixt sind. Damit werden wir nicht schmalspurmäßig orientiert, sondern man hört ganz viele verschiedene Positionen und versucht dann Kompromisse zu finden. Natürlich gibt es auch Auseinandersetzungen. Ich weiß noch, dass wir über unseren Namen lange gestritten haben. Oder dann gibt es auch immer wieder solche Probleme: wo holen wir Gelder her, wenn wir Plakate machen oder eine kleine Anerkennung für einen Referenten geben wollen. Wir haben ja keinen eigenen Etat im Unterschied zu einer Partei. Da muss man sich dann auch Verbündete suchen. Die haben wir gefunden bei Kommunalpolitikern, Oberbürgermeister oder Parteien, Gewerkschaften, die uns finanziell unterstützen. Mittlerweile machen wir auch eine Sammlung in den Bündnissitzungen, dass jede und jede freiwillig so viel gibt, wie es eben geht.

Wir haben ein gutes Verhältnis zum Oberbürgermeister - inzwischen haben wir einen neuen - aber beide waren da offen, und haben uns zum Beispiel Räumlichkeiten im Rathaus für eine Sitzung zur Verfügung gestellt. Oder bei einer Kundgebung als wir den Oberbürgermeister und den Landrat eingeladen haben, haben wir eine positive Resonanz bekommen. Beide sind gekommen, beide haben gesprochen.

6

Was waren für Sie die größten Schwierigkeiten in Ihrer bisherigen Bündnisarbeit und wie sind Sie damit umgegangen?

Nachdem das Bündnis 2007 als Reaktion auf die Demo der NPD entstanden ist, haben wir 2-3 Jahre lang sehr erfolgreich gearbeitet, waren sehr aktiv und auch in der Stadt präsent. Dann sind allerdings einige aus der Sprecher*innengruppe weggezogen, so dass ich bei der zu diesem Zeitpunkt letzten Aktion, an die ich mich erinnere, alleine mit noch einem anderen Bündnismitglied war. Das war auch der Moment, wo es dann einschlief, im Jahr 2009. Da ist das Bündnis dann niedergelegt worden, weil viele die Notwendigkeit nicht mehr sahen. Erst 2014 wurde das Bündnis wieder neu ins Leben gerufen. In der Zwischenzeit gab es das Bündnis nur noch auf dem Papier. Bis schließlich der SPD-Kreisvorsitzende – der sehr aufmerksam ist im Hinblick auf Neonaziaktivitäten und mitbekommen hatte, dass sich in der Nähe von Freudenstadt wieder Kräfte sammeln, die nicht im demokratischen Sinne handeln – das Bündnis wieder angeschoben hat. Er hat mich angesprochen: Wollen wir uns nicht wieder treffen und das Bündnis wieder aktivieren? Und das ist dann gut gelungen.

7

Was können zivilgesellschaftliche Bündnisse gegen Rassismus und Menschenfeindlichkeit leisten, was Politik und Sicherheitsbehörden nicht können?

Ich glaube, zivilgesellschaftliche Bündnisse können Menschen motivieren, etwas zu machen. Ich sehe das auch bei meinen Schülerinnen und Schülern. Es ist ein lockeres Bündnis, man muss keine Mitgliedsbeiträge zahlen, kann sich einbringen und muss sich erstmal nicht nach Statuten richten. Ich glaube, das ist ein großer Vorteil, dass man sagen kann, ich mache jetzt bei dieser Aktion mit, bei der nächsten vielleicht nicht - ich lasse mich motivieren von den Gedanken und Ideen, die ihr habt.

Da wir ein vielfältiges und heterogenes Bündnis sind, viele unterschiedliche Menschen mitmachen, ist das Bündnis aufmerksamer in verschiedene Richtungen. Nicht jede und jeder geht jeden Tag in die Stadt und sieht oder hört alles. Ich glaube das ist ein Vorteil, wenn viele Menschen zusammen kommen, dass man dadurch besser herausfinden kann, wo sollte unser Schwerpunkt liegen in der nächsten Zeit. Man kommt aus unterschiedlichen Berufen und auch Orten zusammen, weil unser Bündnis nicht nur für die Stadt Freudenstadt steht, sondern für den Landkreis. Wir arbeiten mit anderen Städten und Ortschaften zusammen und sind damit sehr bunt, das ist auch ein Vorteil.

Es ist wichtig ein Netzwerk zu haben, untereinander vernetzt zu sein. Nicht nur die einzelnen Persönlichkeiten im Bündnis, sondern auch andere Organisationen, ob das Parteien sind oder beispielsweise unterstützt uns auch das Beratungsnetzwerk kompetent vor Ort. Für Demokratie – gegen Rechtsextremismus. Oder auch der schon erwähnte Förderverein „Ehemalige Synagoge Rexingen“ ist sehr aktiv und unterstützt uns. Das finde ich ganz entscheidend, dass man eben nicht allein steht.

09 *Handwerkskasten Bündnisarbeit*



In diesem Handwerkskasten befinden sich die wichtigsten Werkzeuge guter Bündnisarbeit: Checklisten zum Überprüfen der eigenen Arbeit, für die Vorbereitung und Moderation von Sitzungen, für die Öffentlichkeitsarbeit u.a.m. Sie dienen einem ersten Einblick in diese Themen, können jedoch den Profi-Werkzeugkasten leider nicht ersetzen – dann müsste dieses kleine Buch auf das Mehrfache seiner Größe anschwellen. Daher haben wir verschiedene Literaturtipps eingefügt, da es zu vielen der hier angesprochenen Fragen eine Fülle sehr gut aufbereiteter Praxis-Handbücher gibt.

1. Bündnis-Check: Wie gut läuft unsere Bündnisarbeit bisher?

Qualitätsmerkmal	ja/nein	warum nicht?	wie ändern?
Beteiligung • Alle wesentlichen Akteur_innen sind Mitglied im Bündnis • Alle Bündnismitglieder bringen sich inhaltlich ein • Mindestens 20 % der Mitglieder spielen bei der Umsetzung der Bündnisaktivitäten eine aktive Rolle			
Beziehungen zwischen den Bündnismitgliedern • Informationen werden regelmäßig ausgetauscht • Die Beziehungen führen zu gemeinsamem Handeln			
Spielregeln • Das Bündnis hat Regeln • Diese Regeln werden eingehalten • Missverständnisse und Missstimmungen werden rechtzeitig erkannt und bearbeitet			
Ziele und Maßnahmen • Die Bündnismitglieder haben sich auf gemeinsame Ziele geeinigt • Die Bündnismitglieder haben sich auf Maßnahmen geeinigt • Das Bündnis erreicht selbst gesteckte Ziele • Die Bündnismitglieder bewerten das Bündnishandeln positiv.			
Leitung/ Koordination • Das Bündnis hat eine Bündniskoordination			
Moderation • Bündnistreffen werden zielorientiert moderiert • Die Methoden sind geeignet, alle Beteiligten in die Diskussionen und in die Arbeit einzubeziehen			
Neuerungen • Das Bündnis ist fähig, neue Ideen und Vorgehensweisen zu entwickeln			

2. Bündnissitzungen

Die Bündnissitzungen sind das Kernelement der strategischen Arbeit eines jeden Bündnisses. Hier treffen sich die Mitglieder, verhandeln, diskutieren und beschließen gemeinsame oder getrennt voneinander stattfindende Aktionsformen. Hier finden Sie eine kleine Checkliste zur Vorbereitung und Durchführung einer Bündnissitzung.

Raum

- ➡ Welche Anordnung von Tischen und Stühlen ist für Ihren Zweck geeignet?
- ➡ Brauchen Sie Material oder Technik? Wer macht den Aufbau?

Einladung und Ablauf

- ➡ Wie kann die Einladung neugierig machen/Sympathie wecken?
- ➡ Wer muss wie lange vorher eingeladen werden?
- ➡ Zeitplan (Welcher Punkt braucht wie lange, Pausen)?
- ➡ Helfen bei einem TOP bestimmte Methoden, ein besseres Ergebnis zu erreichen? (z.B. Brainwriting oder Mindmap für Ideensammlung, Kugellager oder Kleingruppen für Diskussion, Punkten oder Abstimmung für Auswahl, ...) Wer kann diese Methoden anleiten?
- ➡ Müssen Infos und Unterlagen mitgeschickt werden?
- ➡ Versenden der Einladung mit Vorschlag zur Tagesordnung



Checkliste Moderation

1

Versammlung vorbereiten

.....

Tagesordnung

- ➡ Bedenken Sie Sinn, Zweck und übergeordnete Ziele der Sitzung. Was ist gerade wichtig für diese Gruppe?
- ➡ Fragen Sie Themenwünsche für die Tagesordnung bei den Mitgliedern ab und überlegen Sie eigene Punkte für die Tagesordnung. Klären Sie die Gesprächsziele der einzelnen TOPs: Information (I), Diskussion (D), Entscheidung (E)
- ➡ Wer bringt welche Themen ein? Nur weil Sie die Sitzung leiten, müssen Sie nicht alle Themen referieren
- ➡ Sind alle Themen für eine Plenumsdiskussion geeignet?



Diskussionsleitung und Protokoll

- ➡ Wer leitet die Versammlung?
- ➡ Wer führt Protokoll?

Beziehungsebene

- ➡ Welche Personen haben welche Einstellungen zu den Themen?
- ➡ Welche Einstellungen/Erwartungen haben die Teilnehmer_innen untereinander?
- ➡ Welche Persönlichkeiten werden auftreten:
Dauerredende, Interessierte, Expert_innen, kritische Oppositionelle, Fragende, Spaßmacher_innen, Schüchterne. Wie gehe ich mit ihnen um?

2 Versammlung durchführen

.....

- ➡ Begrüßen Sie die Teilnehmer_innen wertschätzend („Publikumskompliment“)
- ➡ Die geplante Tagesordnung ist ein Vorschlag, nehmen Sie thematische Bedarfe der Teilnehmenden auf
- ➡ ggf. Vorstellungsrunde, wenn sich nicht alle kennen
- ➡ Letztes Protokoll auf die Erledigung wichtiger Punkte durchgehen
- ➡ TOPs gemäß Priorität, Zielsetzung und Zeitvorgabe abarbeiten
- ➡ Bei jedem Punkt benennen (lassen), was das Ziel ist (Information/ Ideenfindung/ Entscheidung; Verantwortlichkeiten festlegen; ...)
- ➡ Tipps und Tricks für die Diskussionsleitung:

1

Steuern Sie die Diskussion durch offene und lösungsorientierte Fragen („Wie können wir dieses Problem lösen?“, „Welche anderen Ideen gibt es, die uns weiterhelfen können?“, „Welche Frage liegt diesem Konflikt zugrunde, an dem wir gerade hängen?“).

- 2 Gehen Sie immer wertschätzend mit Teilnehmenden und ihren Beiträgen um.
- 3 Lassen Sie in Diskussionen alle Aspekte und Meinungen zu Wort kommen. Jedes Argument zählt und kann die Sache voranbringen.
- 4 Beziehen Sie ruhige Gesprächsteilnehmer_innen gezielt durch Fragen ein.
- 5 Machen Sie Ihren Rollenwechsel deutlich, wenn Sie sich für ein Thema engagieren wollen. Geben Sie dazu evtl. die Gesprächsleitung ab.
- 6 Versuchen Sie, aufkommende Konflikte so zu bearbeiten, dass die Gruppe arbeitsfähig bleibt. Achten Sie dabei auf ein gutes Gesprächsklima und lassen Sie keine persönlichen Angriffe zu.
- 7 Behalten Sie die Ziele im Auge und kommen Sie immer auf das Thema zurück.
- 8 Heben Sie Positives heraus, kritisieren Sie Beiträge und nicht Personen.
- 9 Störungen haben Vorrang! Sie behindern das Weiterarbeiten und müssen zuerst gelöst werden. Hinter vermeintlichen Störungen können sich auch wichtige Argumente verbergen, die Sie besser aufdecken.
- 10 Achten Sie immer auf die Zeit, beauftragen Sie evtl. Zeitwächter_innen und moderieren Sie zielorientiert.
- 11 Pausen stärken oft die Effektivität eines Treffens. Sie erhöhen die Konzentrationsfähigkeit, außerdem entstehen in „unregelmäßiger“ Kommunikation manchmal die besten Ideen.

- ➡ Fassen Sie Ergebnisse zusammen, wiederholen Sie Wichtiges (nicht jeder hat schon beim ersten Mal alles mitbekommen), visualisieren Sie wichtige Ergebnisse (Flipchart o.ä.).
- ➡ Achten Sie bei Entscheidungen darauf, dass alle wesentlichen Bedenken in die Entscheidung eingeflossen sind und vergewissern Sie sich, dass alle Teilnehmer_innen das Ergebnis mittragen können.
- ➡ Beim Beschluss von Aufgaben: festhalten, (1) wer (2) was (3) bis wann machen will.
- ➡ Danken Sie zum Abschluss den Anwesenden mit einem wertschätzenden Schlusswort.



3 Ausklang

.....

- ➡ Nehmen Sie die Verabredungen unbedingt zur Überprüfung auf die nächste Tagesordnung (Wer macht was bis wann?).
- ➡ Da Sie ja zielorientiert moderiert haben, ist jetzt noch Zeit für entspannte Gespräche im Nachgang, z.B. in der Kneipe. Wer dazu keine Zeit mehr hat, hat trotzdem nicht das Wesentliche verpasst.

3. Öffentlichkeitsarbeit

Bündnisse gegen Rassismus und Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit wollen etwas verändern. Sie wollen aufklären, in Frage stellen, Menschen zum Nachdenken und zum Mitmachen bewegen. Um all dies zu erreichen, müssen sie mit anderen in Kontakt kommen – direkt, durch persönliche Ansprache oder indirekt über Medien aller Art. Ohne Öffentlichkeitsarbeit kann also das wesentliche Ziel von Bündnissen gegen Rassismus und Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit nicht erreicht werden.

Hier einige hilfreiche Tipps für die Öffentlichkeitsarbeit:

Instrumente der Öffentlichkeitsarbeit

- Pressemitteilungen
- Events, Aktionen, Veranstaltungen
- Internet nutzen: von Facebook bis zur Homepage
- Printmedien: Plakate, Flyer, T-Shirts, Transparente, Aufkleber
- Corporate Design: einheitliches Erscheinungsbild auf Faltblatt, Homepage, Presseerklärung, T-Shirt usw. durch Logo, gleiche Schriftart, gleiche Farben



Die Pressemitteilung

- Pyramidenaufbau der Nachricht: erst die zentrale Neuigkeit (Wer – Was – Wann – Wo), dann das Warum und schließlich die Hintergründe
- Inhaltliche Ausuferungen vermeiden -> weniger ist mehr
- Klare und deutlich verständliche Botschaft
- Kurze Sätze
- Keine Abkürzungen
- Genügend Zeit einplanen für Schreiben, Korrektur lesen, überarbeiten

Pressekontakte

- 1– 2 feste Ansprechpartner_innen => Vertrauensverhältnis aufbauen, Kontakt pflegen
- Ein „Gesicht“ für das Bündnis
- Einen lokalen Presseverteiler erstellen

Rechtliches

- Impressum: in allen Veröffentlichungen muss ein Impressum enthalten sein, das mindestens Namen und Anschrift der Herausgeber_innen enthält. Aus Sicherheitsaspekten ist es sinnvoll keine Privatadresse, sondern die Adresse einer Institution anzugeben.
- Fotorechte beachten: Schriftliches Einverständnis der Urheber_innen und der abgebildeten Personen für eine Veröffentlichung einholen.



Zur Öffentlichkeitsarbeit für Vereine und politische Gruppen existiert eine Fülle von Literatur. Für den Einstieg eignet sich auch der Wegweiser Bürgergesellschaft:

www.buergergesellschaft.de/praxishilfen



4. Ideenfindung

Gute Ideen werden immer wieder gebraucht: wenn es darum geht, pfiffige Aktionen für eine Demo zu entwickeln, oder wenn man mit nur ganz wenigen Personen eine Aufsehen erregende Aktion auf die Beine stellen will, oder um einen eingängigen Slogan zu entwickeln. In solchen Situationen lohnt es sich immer, Kreativitätsmethoden einzusetzen. Beim ersten Mal sind viele noch skeptisch, aber da die Ergebnisse sehr viel zahlreicher sind als beim üblichen „Wir überlegen mal“, sind regelmäßig auch mehr gute Ideen dabei, so dass der Einsatz der Methoden sich immer lohnt.

Brainstorming ist die bekannteste Methode

- ① Frage formulieren
- ② Alle liefern so viele Ideen wie möglich in 5 Minuten, auch scheinbar unsinnige oder unrealistische Einfälle werden aufgeschrieben
- ③ Alle Ideen werden für alle sichtbar mitgeschrieben, denn das regt wieder zu neuen Ideen an
- ④ Aus dem Ideenpool werden die besten herausgefiltert, diskutiert, und die Gruppe wählt aus, was sie umsetzen will

Kopfstand

Bei dieser Methode wird überlegt, wie das Gegenteil des eigentlichen Ziels erreicht werden könnte: „Was müsste passieren, damit unser Ort ein Eldorado für Menschenfeinde und Rassist_innen wird?“ „Wie können wir erreichen, dass niemand zu unserer Demonstration kommt?“ Aus diesem Gedankenspiel lassen sich gute Anregungen gewinnen.

Weitere Methoden finden sich hier



<http://www.buergergesellschaft.de/praxishilfen/kreativitaetstechniken/die-techniken/fantasiephase/103843/>



5. Aktionsideen

Neben der inhaltlichen Aufklärung über Nazistrukturen und die Gefahren, die der Rechtsextremismus für unsere Gesellschaft darstellt, sind auch kreative und witzige Aktionen gut geeignet, um auf den Protest aufmerksam zu machen und Sympathien auf sich zu ziehen. Dies öffnet so manches Herz und manchen Kopf, die sonst vielleicht bei der Haltung „geht mich nichts an“ geblieben wären. Am lebendigsten und überzeugendsten wirken oft Aktionen, die man sich selbst ausgedacht hat. Dabei können Ihnen die Ideenfindungsmethoden (s.o.) helfen.

Darüber hinaus gibt es eine Vielzahl an Ideen für clevere Aktionen gegen Hass und Intoleranz, aus denen wir hier nur einige wenige beispielhaft nennen können. Nutzen Sie diese als Inspirationsquelle, um daraus eigene Ideen zu entwickeln, die auf Ihre Problemlage vor Ort passen, und die Sie gut umsetzen können.

Mitmachaktionen

- ➡ „Heb Deine Hand für Courage“: Passant_innen können ihre Hand auf farbiges Papier abzeichnen, ausschneiden und mit einem Spruch oder Bild zum Thema versehen. Die Hände werden an einer Leine für alle sichtbar aufgehängt.
- ➡ „Gesicht zeigen gegen Hass“: Bürger_innen lassen sich porträtieren und geben ein Statement ab. Die Fotos können im Internet oder in einer Ausstellung veröffentlicht werden.
- ➡ Spendenaktion Charity-Walk: Für jeden Meter den eine menschenfeindliche Demonstration zurücklegt, können Einzelpersonen und Unternehmen eine bestimmte Summe an ein Menschenrechtsprojekt spenden. Das kann durch Plakate und Kreidezeichnungen entlang der Route gekennzeichnet werden.

Satire/ theatrale Aktionen

- ➡ Storch Heinar tritt auf
- ➡ die Front Deutscher Äpfel hält Reden: „Keine Überfremdung des deutschen Obstbestandes mehr! Südfrüchte raus! Weg mit faulem Fallobst!“ (www.apfelfront.de)



- ➡ Erste Hilfe für die Demokratie: Mit Arztkitteln, Mundschutz und Kopfhaube; Verteilen von Ersthelfer-ausweisen für die Demokratie (mit Infos zu Thema) nach dem Motto „Vorbeugen ist besser als heilen“

Nazis konfrontieren

- entlang der Demonstrationsroute hängen Plakate, die sich offensiv und klar gegen Neonazis aussprechen
- aus Lautsprechern ertönen Lieder, die sie nicht gern hören

Nazis übertönen

- Sprechchöre oder Glocken läuten während der Nazi-Kundgebung, so dass sie nicht zu hören sind

Präventive Aktionen

- ➡ Begegnungen mit Menschen organisieren, die Rassismus-, Flucht- und Verfolgungserfahrungen gemacht haben z.B. Lebendige Bibliothek
- ➡ Gräuelt der Nazizeit erfahrbar machen durch das Einladen von Zeitzeug_innen, deren Nachfahren oder Projekte zu deren Biographie
- ➡ Sich informieren und Konzepte diskriminierungssensibler Bildungsarbeit nutzen (zum Beispiel das Netzwerk für Demokratie & Courage; Fluss e.V., Team meX, ... Informationen dazu erhalten Sie bei der Anlauf- und Vernetzungsstelle bei der LAGO)

Mehr Ideen finden Sie u.a. hier



www.netz-gegen-nazis.de/handeln/12fragen
www.mut-gegen-rechte-gewalt.de/
<http://www.go-stop-act.de/>

6. Infostände

Ein häufig genutztes Instrument der Öffentlichkeitsarbeit sind Infostände. Der Erfolg des Infostandes hängt entscheidend von der Gestaltung und vom Verhalten des Standpersonals ab.

Anmeldung

Ein Infostand, der nicht als Teil einer größeren Veranstaltung durchgeführt wird, muss bei der Kommune angemeldet werden.

Positionierung

Der Stand sollte natürlich an einem Ort stehen, wo viele Menschen vorbeikommen, die auch etwas Zeit haben (z.B. Marktplatz).

Sicherheit

Ist die Polizei informiert? Gibt es einen Plan, was im Falle einer Bedrohung getan wird?

Ausstattung/ Material

Der Stand sollte auffällig gestaltet sein (optisch und/ oder akustisch) und schon von Weitem neugierig machen. Aus der Nähe muss er immer noch interessant, aber „ungefährlich“ wirken (man wird nicht festgequatscht, kann sich erst einmal unverbindlich umsehen).

①

Großflächiges Werbematerial (Transparent, Plakate) mit dem Namen des Bündnisses oder zentralen inhaltlichen Anliegen

②

Mitmach-Aktion (s.u.)

③

Informationsmaterialien

④

Kontaktdaten des Bündnisses

Verhalten am Stand

Erfolg in der Ansprache potenziell interessierter Bürger_innen haben Sie, wenn Sie offen und freundlich auf Passanten zugehen. Legen Sie sich dafür einen kurzen Satz bzw. eine auflockernde Frage für den Einstieg zurecht. Gleichzeitig brauchen Sie ein Gespür dafür, wer gerade lieber in Ruhe gelassen werden möchte.



Mitmach-Aktionen



Ein reiner Informationsstand mit viel Papier und wenig interessant wirkenden Materialien wird von den meisten Passant_innen gemieden. Bieten Sie daher kleine zusätzliche Aktionen an, die man „im Vorbeigehen“ machen kann. Bei dieser Aktion ist schnell das Eis gebrochen und man kommt ins Gespräch.

- Quiz zum Thema
- Unterschriftenliste
- Meinungswand für alle, z.B. mit Ideen, wie die Gesellschaft offener/ demokratischer werden kann, was man gegen Nazis tun kann o.ä.
- Passant_innenbefragung mit Mikrofon (evtl. in Kooperation mit einem regionalen freien Radiosender)
- mit Kreide Botschaften aufs Pflaster malen (da man sich dafür bücken muss, machen hier meist nur jüngere Leute mit)
- Familien sprechen Sie am besten an, wenn Sie allen Generationen ein themenbezogenes Angebot machen können: den Kindern z. B. Mal-Aktionen, Schreibwerkstätten, Fotoaktionen mit ‚Gesichtzeigen‘, den Eltern oder Großeltern Gesprächsangebote, Informationsmaterialien, aber auch öffentliche Aktionen, an denen sie sich aktiv beteiligen können wie z. B. Quizfragen oder Fotoaktionen.
- Essen und Trinken: geht immer. Vorschriften für den Ausschank beachten!

7. Projektideen umsetzen

Ein Projekt ist ein gemeinsames Vorhaben, das zeitlich befristet ist und ein bestimmtes Ziel verfolgt: z.B. eine Begegnungsveranstaltung zwischen Deutschen und Migrant_innen zum Abbau von Vorurteilen, oder eine Benefizversteigerung für Opfer rechtsextremer Gewalt.

Schritte der Projektentwicklung

Bei der Projektentwicklung geht man in vier Schritten vor:



... → Zur Ideenfindung vgl. den Abschnitt hier im Handwerkskasten.

Aus der Idee wird ein Vorhaben – Die Projektplanung

Um sich bei der Projektplanung zu orientieren, hilft es, sich an die so genannten W-Fragen zu halten. Insbesondere wenn Sie die Unterstützung weiterer Partner_innen (Kooperationspartner_innen, Geldgeber_innen u.a.) brauchen, sollten Sie diese Fragen beantworten können, um Ihre Partner_in von dem Vorhaben zu überzeugen.

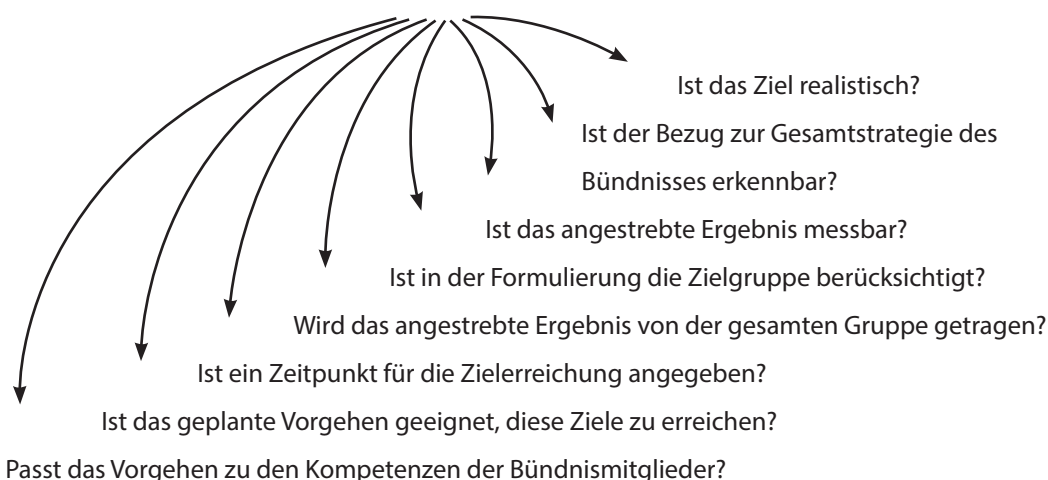
Stellen Sie sich diese Fragen

- ➡ Wer sind wir?
- ➡ Warum wollen wir etwas tun? Welche Probleme oder Missstände sehen wir?
Welchen Bedarf wollen wir abdecken (Situationsanalyse der Ausgangslage)
- ➡ Wohin sollen unsere Aktivitäten führen? (Ziele, s.u.)
- ➡ Für wen und mit wem wollen wir etwas tun? (Zielgruppe)
- ➡ Was wollen wir tun? (Projektbeschreibung)
- ➡ Wie wollen wir arbeiten? (methodische Umsetzung)
- ➡ Wann sollen welche Aktivitäten umgesetzt werden? (zeitlicher Ablauf)
- ➡ Wo soll das Projekt stattfinden? An welchen Standorten und in welchem
Umfeld soll es realisiert werden? (Wirkungsbereich)
- ➡ Durch wen soll die Arbeit geschehen? Gibt es ehrenamtliche oder hauptamtliche
Mitarbeiter_innen, wenn ja, wie viele? Welche Kompetenzen haben/brauchen diese?
(personelle Ressourcen)
- ➡ Womit wollen wir arbeiten? Welche sachlichen und finanziellen Mittel brauchen wir?
(Kosten- und Finanzierungsplan)



8. Zielentwicklung

Viele Gruppen formulieren zu hochgesteckte oder schwammige Ziele, so dass am Ende der Eindruck bleibt, nie das Gewünschte zu erreichen. Das lässt sich durch die Beachtung einiger Fragen verhindern:



9. Fundraising

Wer Ideen hat, braucht auch Mittel, um sie umzusetzen. Das müssen nicht unbedingt finanzielle Mittel sein: oft helfen Sachspenden, Leihgaben oder die Unterstützung durch Know-how, Räume u.a. Aber wenn nicht alle Flyer und Aktionsmaterialien aus der eigenen Tasche bezahlt werden sollen, braucht das Bündnis irgendwann Zugang zu weiteren Finanzierungsquellen.

Bei Fragen zu aktuellen Förderprogrammen in Baden-Württemberg können Sie die Anlauf- und Vernetzungsstelle bei der LAGO kontaktieren.



Ausgewählte Förderprogramme:

Landesprogramm Demokratie Stärken: Förderprogramm lokal vernetzen – demokratisch handeln und Aktionsfonds REFLEX <http://www.demokratie-bw.de/>

Amadeu Antonio Stiftung <https://www.amadeu-antonio-stiftung.de/projektfoerderung/>

10. Wissensmanagement

Wissensmanagement klingt sehr anspruchsvoll, bezeichnet aber etwas ganz Einfaches: Die Aufgabe, das Wissen des Bündnisses von Einzelpersonen zu lösen und dem Gesamtbündnis zur Verfügung zu stellen.

Hintergrund ist die Erfahrung, dass natürlicherweise die Hauptaktivist_innen des Bündnisses am besten Bescheid wissen, wo man den Pavillon für den Infostand ausleihen kann, wie man die E-Mails des Bündnisses abrufen, wer Ansprechpartner_innen bei der Polizei sind und wo deren Telefonnummern stehen, oder wo die Vorlage für den Demo-Aufruf ist. Wenn eine zentrale Akteur_in ausfällt, z.B. wegen Krankheit, fehlt dem Bündnis möglicherweise ein Teil seines „Gedächtnisses“, es ist in diesen Feldern nicht handlungsfähig bzw. man muss von vorn anfangen. Daher sollten wichtige Informationen (Adressen, Protokolle, Fotos, ...) von Anfang an gesichert und an einem Ort abgelegt werden, der mehreren Personen bekannt und zugänglich ist.

11. Versammlungs- und Veranstaltungsrecht

- 1 In Deutschland besteht Versammlungsfreiheit, d.h. jeder hat das Recht, eine Versammlung unter freiem Himmel zu organisieren und durchzuführen und an ihr teilzunehmen.
- 2 Zur Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit muss die Versammlung angemeldet werden. Die Ordnungsbehörden (Ordnungsamt oder bei politischen Demonstrationen i.d.R. die Polizeibehörde) begleiten die Versammlung zu Ihrem Schutz und um die Einhaltung eventueller Auflagen zu überwachen.
- 3 Rechtlich umstritten sind Blockaden, d.h. das Verhindern anderer Demonstrationen, die ebenfalls durch das Grundgesetz geschützt sind. Die Polizei hat dabei die Aufgabe, jede Demonstration zu schützen und ihre Durchführung zu ermöglichen. Die Rechtslage ist komplex und die Rechtsprechung vom konkreten Fall abhängig.



Tipps zur Organisation von Versammlungen:

http://www.mobit.org/Material/Handbuch_Versammlungsrecht.pdf



12. Zwei Beispiele für das Selbstverständnis und die Geschäftsordnung in Bündnissen

1. Mannheim gegen Rechts – Bunt, tolerant und solidarisch

Zur Gemeinderatswahl 2009 wollten mehrere rechtsextreme Gruppen und Parteien in Mannheim antreten. Der NPD Kreisverband Rhein-Neckar wurde ausdrücklich neu gegründet, um in Mannheim einen besonderen Schwerpunkt bei der Wahl zu setzen. Auch Republikaner und andere bereiteten sich entsprechend vor.

Zeitgleich entwickelte sich in der Rhein-Neckar-Region eine junge Naziszene, die vor allem durch Konzerte und Demonstrationen auf sich aufmerksam zu machen versuchte. Diese Umtriebe gipfelten in einem Überfall auf ein Bekleidungsgeschäft und dessen Personal in den Mannheimer Quadraten und der Beteiligung am Überfall auf Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter auf der Heimreise von der Gegendemonstration gegen den Naziaufmarsch in Dresden 2009.

Mannheim und die Rhein-Neckar-Region stellen sich gegen Naziumtriebe!

Diesen Naziumtrieben wollen wir nicht tatenlos zuschauen, sondern offensiv und deutlich hörbar widersprechen. Wir verurteilen mit Nachdruck jede Form von Antisemitismus, Antiziganismus, Rassismus und Faschismus.

Wir wehren uns dagegen, dass Menschen durch Gewalt oder Diskriminierung verletzt oder beleidigt werden, sei es wegen ihrer Nationalität, ethnischen oder sozialen Herkunft, wegen eines Handicaps, ihres Glaubens oder ihrer sexuellen Orientierung.

In unserer Region gibt es keinen Platz für Fremdenfeindlichkeit, Gewalt und Naziaufmärsche. Die Leugnung der Naziverbrechen ist keine Meinungsäußerung, die eine Demokratie aushalten muss. Faschismus ist und bleibt menschenverachtend!

Wir wollen eine offene und demokratische Region sein und bleiben, die Toleranz, Verständigung und ein gutes Miteinander mit ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürgern pflegt. Unsere Lehre aus der Nazidiktatur ist, dass wir jederzeit und gemeinsam gegen alte und junge Nazis aufstehen und dass wir uns mit unserer Geschichte auseinandersetzen.

Wir appellieren an die Bürgerinnen und Bürger, in ihrem Umfeld, an ihren Arbeits- und Ausbildungsplätzen und in ihrer Freizeit mit uns zusammen überall und jederzeit gegen Antisemitismus, Antiziganismus, Rassismus und Faschismus in vielfältigen und fantasievollen Formen Stellung zu beziehen und sich mit Zivilcourage einzumischen.

Kontinuierliche Bündnisarbeit zeigt Wirkung

Bereits zum achten Mal veranstalteten wir 2016 unseren jährlichen Kongress gegen Rechts. Die Zahl der UnterstützerInnen von Mannheim gegen Rechts wächst mit jeder Aktion. Aktuell sind es über 50 Vereine, Organisationen und Gruppen.

Wenn Nazis oder andere Rassist_innen in unserer Stadt zu Kundgebungen und Demonstrationen aufrufen, dann rufen wir zur Gegenaktion auf. Wir mobilisieren breit und demonstrieren solidarisch. 2013 konnten wir durch Blockaden eine NPD Kundgebung auf dem Alten Messplatz verhindern.

2. Landesnetzwerk für Menschenrechte und Demokratieentwicklung – gegen Rechtsextremismus und Menschenfeindlichkeit

Demokratie und Menschenrechte sind Aufgaben, keine Selbstverständlichkeit. Das Landesnetzwerk ist ein Zusammenschluss von Institutionen und Projekten sowie Experten und Expertinnen, die diese Aufgabe in verschiedenen Arbeitsfeldern wahrnehmen. Wir wenden uns damit präventiv und intervenierend gegen Rechtsextremismus und andere demokratiefeindliche Bestrebungen.

Es ist uns ein zentrales Anliegen, das Thema in Politik und Öffentlichkeit kompetent zu vertreten. Wir verfügen über die notwendigen Informationen, bündeln Ressourcen, planen gemeinsame Aktivitäten und stimmen uns im Bedarfsfall ab.

Wir bieten als Netzwerk ein umfassendes Informationsangebot.



Geschäftsordnung des Bündnisses „Suhl bekennt Farbe – Bündnis für Demokratie und Toleranz, gegen Rechtsextremismus“

Grundkonsens

Das Bündnis „Suhl bekennt Farbe – Bündnis für Toleranz und Demokratie, gegen Rechtsextremismus“ steht allen Menschen offen, die sich mit uns auf folgenden Grundkonsens einigen können:

Jegliches Handeln des Bündnisses ist auf die Entwicklung eines demokratischen und gewaltfreien Miteinanders in der Stadt Suhl ausgerichtet, welches sich in einer bunten Vielfalt des Zusammenlebens zeigt. Das Bündnis versteht sich als Plattform für das Agieren und Reagieren gegen rechtsextreme Einstellungen, Gruppen und Parteien, über parteipolitische, religiöse und kulturelle Grenzen hinweg. Wir bekennen uns zur Gewaltfreiheit, unsere Arbeit ist geprägt von Offenheit, Verbindlichkeit und Kontinuität.

Unsere Leitziele sind

Die ständige Auseinandersetzung mit und der Widerstand gegen Rechtsextremismus, Rassismus, Antisemitismus und Ausländerfeindlichkeit im Alltag in Suhl und Umgebung zum Schutz der Menschenwürde und Demokratie. Nirgendwo dürfen Menschen durch Androhung oder Ausübung von Gewalt verängstigt oder in ihrer Bewegungsfreiheit beeinträchtigt werden. Alle Aktivitäten des Bündnisses haben das Ziel, zivilgesellschaftliches Engagement für Demokratie und Toleranz, gegen Extremismus und Gewalt sichtbar zu machen, zu stärken und damit Menschenwürde und Menschenrechte als zentrale Grundwerte unseres Zusammenlebens zu festigen. Schwerpunkt der Arbeit des Bündnisses ist der präventive Ansatz.

1. Organisation des Bündnisses „Suhl bekennt Farbe“

Das Bündnis „Suhl bekennt Farbe“ lebt vom Engagement seiner Mitglieder und versteht sich als Netzwerk von Gruppen, Vereinen, Einzelpersonen und Institutionen, die den Grundkonsens des Bündnisses „Suhl bekennt Farbe“ als handlungsleitend für sich anerkennen.

Das Bündnis bildet zur Vertretung einen SprecherInnenrat und Arbeitsgruppen für die inhaltliche Arbeit.

Das Bündnis setzt sich eigene Ziele für die Arbeit und vernetzt sich mit anderen Bündnissen für Toleranz und Demokratie.

Die Sitzungen des Bündnisses sind in der Regel öffentlich.

Der SprecherInnenrat kann entscheiden, bestimmte Sitzungen oder Teile nicht-öffentlich durchzuführen.

Das Bündnis behält sich vor, entsprechend § 6 Abs. 1 VersG Personen, die rechtsextremen Parteien oder Organisationen angehören, der rechtsextremen Szene zuzuordnen sind oder bereits in der Vergangenheit durch rassistische, nationalistische, antisemitische oder sonstige menschenverachtende Äußerungen in Erscheinung getreten sind, von den Veranstaltungen auszuschließen.

2. Mitgliedschaft im Bündnis/Bündnisarbeit

Die Anmeldung als Mitglied erfolgt formlos über die Koordinierungsstelle „Suhl bekennt Farbe“ und sollte neben der knappen Vorstellung der Gruppe, des Vereins, der Einzelperson oder Institution eine kurze Beschreibung ihrer Intentionen für die Bündnisarbeit und die bündnisrelevanten Aktivitäten beinhalten. Das Vertretungsverhältnis der Mitglieder sowie die Stellvertreterregelung im Bündnis ist verbindlich innerhalb der Gruppe, des Vereins oder der Institution zu regeln und der Koordinierungsstelle mitzuteilen.

Die Mitgliedschaft im Bündnis „Suhl bekennt Farbe“ bedarf einer Bestätigung des SprecherInnenrates, sofern nicht die Bündnisversammlung mit einfacher Mehrheit über eine Mitgliedschaft entscheidet und berechtigt zur Teilnahme an sämtlichen Veranstaltungen, Initiativen und Aktionen, die das Bündnis „Suhl bekennt Farbe“ durchführt, zum aktiven und passiven Wahlrecht bei der Wahl des SprecherInnenrates und zur Nutzung der Homepage (interner Bereich). Mindestens einmal im Jahr findet ein Jahrestreffen des Bündnisses statt. Des Weiteren können die Mitglieder des Bündnisses ihre Aktivitäten unter das Dach des Bündnisses „Suhl bekennt Farbe“ stellen und dafür das Label/Logo des Bündnisses nach Bestätigung durch den SprecherInnenrat benutzen. Die Mitgliedschaft im Bündnis ist kostenlos, erfordert allerdings Engagement. Verstoßen Mitglieder gegen den Grundkonsens des Bündnisses, kann der SprecherInnenrat einen begründeten Vorschlag zum Umgang mit dem Verstoß an die Mitglieder des Bündnisses herantragen, der in letzter Konsequenz in einen Ausschluss aus dem Bündnis münden kann. Für den Vorschlag ist eine 2/3-Mehrheit aller SprecherInnen erforderlich, für den Ausschluss aus dem Bündnis die 2/3 Mehrheit aller Bündnis-Mitglieder-Stimmen. Alle übrigen Abstimmungen im Bündnis erfolgen mit einfacher Mehrheit der anwesenden Stimmen. Jedes Mitglied hat eine Stimme.



3. Aufgaben und Wahl des SprecherInnenrates

Für eine ausgewogene Meinungsbildung ist der SprecherInnenrat möglichst paritätisch mit 7 Mitgliedern zu besetzen. Der SprecherInnenrat vertritt das Bündnis nach außen und koordiniert die Bündnisaktivitäten und die Arbeit der Arbeitsgemeinschaften in Abstimmung mit der Koordinierungsstelle. Sie trifft sich mind. viermal im Jahr.

Entscheidungen werden mit einfacher Mehrheit der Anwesenden getroffen. Mitglieder des Bündnisses können an den Treffen des SprecherInnenrates teilnehmen und Themen setzen. Dafür sollte eine Anmeldung bis drei Tage vor dem Treffen per Email oder über eine/n Sprecher/In erfolgen. Die Kommunikation innerhalb des SprecherInnenrates erfolgt vorrangig per Mail. Auf dem Jahrestreffen des Bündnisses „Suhl bekennt Farbe“ gibt der SprecherInnenrat Rechenschaft über seine Aktivitäten. Auf dem Jahrestreffen wird ebenfalls über die Zusammensetzung des SprecherInnenrates in geheimer Wahl abgestimmt.

Der SprecherInnenrat wird für ein Jahr gewählt. Jedes Mitglied (Gruppe, Verein, Einzelperson, Institution) kann dabei eine Kandidatin/einen Kandidaten aufstellen und hat einen Wahlzettel mit maximal 7 Stimmen. Stimmen dürfen nicht kumuliert werden. Die KandidatInnen sind gewählt, wenn sie mind. 50% der anwesenden Mitgliederstimmen auf sich vereinen. Erreichen mehr als 7 KandidatInnen die einfache Mehrheit der Stimmen, entscheidet die Reihenfolge nach Stimmenzahl. Bei gleicher Stimmenzahl entscheidet eine Stichwahl. Wird die erforderliche Anzahl der SprecherInnen im ersten Wahlgang nicht erreicht, ist ein zweiter Wahlgang für die noch zu vergebenen Plätze im SprecherInnenrat erforderlich.

Scheidet ein SprecherInnenrat-Mitglied vorfristig aus, rückt der Kandidat, der bei der letzten SprecherInnenratswahl die nächst höchste Stimmenzahl auf sich vereint hat, nach. Steht dieser Kandidat nicht zur Verfügung, muss zeitnah eine Nachwahl erfolgen.

4. Änderungen der Geschäftsordnung

Änderungen der Geschäftsordnung können nur nach Beratung im SprecherInnenrat zur Abstimmung gestellt werden. Änderungen erfolgen mit 2/3-Mehrheit der Mitgliederstimmen des Bündnisses. Ein Umlaufverfahren per Mail ist möglich, wobei die Rücklauffrist mindestens 10 Werktage beträgt.

5. Inkrafttreten

Die Geschäftsordnung des Bündnisses „Suhl bekennt Farbe“ tritt am 27.10.2007 in Kraft und wurde letztmalig mit Beschluss vom 7.11.08 geändert.

Das Bündnis „Suhl bekennt Farbe“

10

Service teil

1. Literaturtipps

Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit und Rassismus

Gespaltene Mitte - Feindselige Zustände. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2016, Andreas Zick, Beate Küpper, Daniela Krause. Herausgegeben durch die Friedrich-Ebert-Stiftung von Ralf Melzer. Dietz Verlag. 2016

Die enthemmte Mitte. Autoritäre und rechtsextreme Einstellungen in Deutschland. Die Leipziger Mitte-Studie 2016, Oliver Decker, Johannes Kiess, Elmar Brähler (Herausgeber). Psychosozial-Verlag. 2016

Fragile Mitte – Feindselige Zustände. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2014, Andreas Zick & Anna Klein. Herausgegeben für die Friedrich-Ebert-Stiftung von Ralf Melzer. Dietz Verlag. 2014

Deutsche Zustände. Band 1-10. Wilhelm Heitmeyer (Herausgeber). Suhrkamp Verlag

Die 101 wichtigsten Fragen – Rassismus. Susan Arndt. Verlag Ch. Beck. 2012

Wie Rassismus aus Wörtern spricht. (K)Erben des Kolonialismus im Wissensarchiv deutsche Sprache. Ein kritisches Nachschlagewerk. Susan Arndt, Nadja Ofuatey-Alazard. Unrast. 2011

Extreme Rechte und Neonazis

Die extreme Rechte in der Bundesrepublik Deutschland 1949 bis heute. Gideon Botsch. Verlag WBG. 2012

Mädelssache! Frauen in der Neonazisszene. Andrea Röpke und Andreas Speit. Verlag Ch. Links. 2011

Staatsaffäre NSU. Hajo Funke. Kontur-Verlag Münster. 2015

Der NSU in bester Gesellschaft. Zwischen Neonazismus, Rassismus und Staat. Sebastian Friedrich, Regina Wamper, Jens Zimmermann (Herausgeber). Unrast Verlag. 2015

Wegweiser. Jugendarbeit gegen Rassismus und Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit. Motive, Praxisbeispiele und Handlungsperspektiven. Stephan Bundschuh, Ansgar Drücker, Thilo Scholle (Herausgeber). Wochenschau Verlag. 2012.

Die Extremismusklausel. Eine Chronik in zwei Teilen. Christoph Bochentin. Amadeu-Antonio-Stiftung. 2011 <http://www.amadeu-antonio-stiftung.de/w/files/pdfs/die-extremismusklausel.pdf>

Instrumentalisierung des Themas sexueller Missbrauch durch Neonazis. Analysen und Handlungsempfehlungen für Zivilgesellschaft und Betroffenenengruppen. Amadeu-Antonio-Stiftung. 2013 http://www.amadeu-antonio-stiftung.de/w/files/pdfs/instrumentalisierung_missbrauch.pdf

2. Ansprechpartner in Baden-Württemberg

Viele Organisationen, die in Baden-Württemberg aktiv sind, haben sich im „Landesnetzwerk für Menschenrechte und Demokratieentwicklung – gegen Rechtsextremismus und Menschenfeindlichkeit“ zusammengeschlossen. Eine Auswahl an Ansprechpartner_innen finden sie hier im Heft und aktuelle Partner online: www.lago-bw.de/landesnetzwerk-fuer-menschenrechte.html



Anlauf- und Vernetzungsstelle gegen Rassismus, gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit und Rechtsextremismus

Siemensstraße 11
70469 Stuttgart
Telefon: 0711 / 89691519
E-Mail: vernetzung@lago-bw.de
www.lago-bw.de



Landesprogramm DEMOKRATIE STÄRKEN!

Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg
Lautenschlagerstr. 20
70173 Stuttgart
Telefon: 0711 / 164099-81
Telefax: 0711 / 164099-77
E-Mail: mail@demokratie-bw.de
Homepage: www.demokratie-bw.de



Beratungsnetzwerk kompetent vor Ort. Für Demokratie - gegen Rassismus und Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit bei der LAGO

Siemensstraße 11
70469 Stuttgart
Telefon: 0711 / 89691523
E-Mail: beratungsnetzwerk@lago-bw.de
Homepage: www.kompetentvorort.de



Beratungsnetzwerk kompetent vor Ort. Für Demokratie - gegen Rassismus und Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit bei der Jugendstiftung

Schloßstraße 23
74372 Sersheim
Telefon: 07741 / 687734
E-Mail: beratungsnetzwerk@jugendstiftung.de
Homepage: www.kompetentvorort.de

 Elternberatungsteam - Kontaktstelle für Eltern und Angehörige von rechtsextrem orientierten Jugendlichen in Baden-Württemberg

Stiftung Jugendhilfe aktiv
Marktplatz 19
71032 Böblingen
Telefon: 0178 / 9402245
E-Mail: T-REX@jugendhilfe-aktiv.de
Homepage: www.jugendhilfe-aktiv.de

 Leuchtlinie – Beratung für Betroffene von rechter Gewalt in Baden-Württemberg

Türkische Gemeinde in Baden-Württemberg e.V.
Reinsburgstraße 82
70178 Stuttgart
Telefon: 0711 - 888 999 30
E-Mail: info@leuchtlinie.de
Homepage: www.leuchtlinie.de

 Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. Arbeitsgruppe Baden Württemberg

Sprecherin: Birgit Kipfer
Krebsbachstr. 34
71116 Gärtringen-Rohrau
Telefon: 07034 / 929683
E-Mail: kipfer.rohrau@t-online.de
Homepage: www.gegen-vergessen.de

 Demokratiezentrum Baden-Württemberg

Landeskoordinierungsstelle bei der Jugendstiftung Baden-Württemberg
Schloßstr. 23
74372 Sersheim
Telefon: 07042 / 8317-17
E-Mail: demokratiezentrum@jugendstiftung.de
Homepage: www.demokratiezentrum-bw.de

 Fritz-Erler-Forum Baden-Württemberg

Landesbüro der Friedrich-Ebert-Stiftung
Werastr. 24
70182 Stuttgart
Telefon: 0711 / 24839446
E-Mail: info.stuttgart@fes.de
Homepage: www.fritz-erler-forum.de

Betroffenen-Selbstorganisationen



Türkische Gemeinde in Baden-Württemberg e.V.

Reinsburgstr. 82
70178 Stuttgart
Telefon: 0711 / 88899915
E-Mail: info@tgbw.de
Homepage: www.tgbw.de



Dokumentations- und Kulturzentrum Deutscher Sinti und Roma

Bremeneckgasse 2,
69117 Heidelberg
Telefon: 06221 / 981102
E-Mail: info@sintiundroma.de
Homepage: www.sintiundroma.de



Israelitische Religionsgemeinschaft Baden

Knielinger Allee 11
76133 Karlsruhe
Telefon: 0721 / 972500
E-Mail: info@irg-baden.de
Homepage: www.irg-baden.de



Israelitische Religionsgemeinschaft Württemberg

Hospitalstraße 36
70174 Stuttgart
Homepage: www.irgw.de



Landesarbeitsgemeinschaft der Gedenkstätten und Gedenkstätteninitiativen Baden-Württemberg

Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg
Lautenschlagerstr. 20
70173 Stuttgart
Telefon: 0711 / 164099-0
E-Mail: lpb@lpb-bw.de
Homepage: www.gedenkstaetten-bw.de

Träger diskriminierungssensibler politischer Bildungsarbeit



Netzwerk für Demokratie und Courage Baden-Württemberg

Siemensstraße 11
70469 Stuttgart
Telefon: 0711 / 89691524
E-Mail: bawue@netzwerk-courage.de
Homepage: www.netzwerk-courage.de



TeamMeX

Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg
Lautenschlagerstr. 20
70173 Stuttgart
Telefon: 0711 / 164099-82
E-Mail: lpb@lpb-bw.de
Homepage: www.team-mex.de



Fluss e.V.

Bildungsarbeit zu Geschlecht und sexueller Orientierung
Lise-Meitner-Str. 12
79100 Freiburg
Telefon: 0761/ 5953894
E-Mail: mail@fluss-freiburg.de
Homepage: www.fluss-freiburg.de



Aktion Dritte Welt e.V. Informationszentrum 3. Welt

Informationen und Bildungsarbeit zu (Post)Kolonialismus, Rassismus und Migration
Kronenstr. 16a (Hinterhaus)
D-79100 Freiburg i.Br.
Telefon: 0761 / 74003
E-Mail: info@iz3w.org
Homepage: www.iz3w.org



Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage Baden Württemberg

Kolping Bildungswerk Württemberg e.V. Landeskoordination Baden-Württemberg
„Schule ohne Rassismus - Schule mit Courage“
Theodor-Heuss-Str. 34, 70174 Stuttgart
Telefon: 0711 / 21743922
E-Mail: schule-ohne-rassismus@kolping-bildungswerk.de
Homepage: www.schule-ohne-rassismus-bw.de/

3. Web-Tipps



Mut gegen Rechte Gewalt

www.mut-gegen-rechte-gewalt.de/

Viele Beispiele für gute Praxisprojekte gegen Rassismus und Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit



Netz gegen Nazis

www.netz-gegen-nazis.de



No Nazi

www.no-nazi.net



Störungsmelder

<http://blog.zeit.de/stoerungsmelder/>



Vielfalt Mediathek

<http://www.vielfalt-mediathek.de/>

Hier können Bildungsmaterialien für Toleranz, Demokratie und Vielfalt, gegen Rassismus und Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit, Rassismus und Antisemitismus kostenlos ausgeliehen werden



Unvergessen.blogsport.de

Ein Blog zu Opfern rechter Gewalt in Baden-Württemberg

11 Quellennachweis & Literaturverzeichnis



Dolemeyer, Anne/ Mehrer, Anne: Einleitung: Ordnung.Macht.Extremismus. In: Forum für kritische Rassismus und Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeitsforschung (Hg.): Ordnung.Macht.Extremismus. Effekte und Alternativen des Extremismus-Modells. Wiesbaden 2011, S. 7-34.



Elverich, Gabi: Hinweise für den pädagogischen Umgang mit dem Thema Rassismus und Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit. In: Molthagen, Klarner, Korgel, Pauli, Ziegenhagen (Hg.): Gegen Rassismus und Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit – Handeln für Demokratie. Bonn 2008, S. 14-23.



Hanneforth, Grit: Bündnisse gegen Rassismus und Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit gründen: Mobilisierung, Öffentlichkeitsarbeit, Netzwerkbildung. In: Molthagen, Klarner, Korgel, Pauli, Ziegenhagen (Hg.): Gegen Rassismus und Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit – Handeln für Demokratie. Bonn 2008, S. 323-339.



Heitmeyer, Wilhelm: Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit. Die theoretische Konzeption und erste empirische Ergebnisse. In: Ders. (Hg.): Deutsche Zustände, Folge 1, Frankfurt a.M. 2002, S. 15-36.



Heitmeyer, Wilhelm: Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit. Die theoretische Konzeption und empirischen Ergebnisse aus 2002 sowie 2003. In: Ders. (Hg.): Deutsche Zustände, Folge 2, Frankfurt a.M. 2003, S. 13-34





Heitmeyer, Wilhelm: Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit. Gesellschaftliche Zustände und empirischen Ergebnisse aus 2002 sowie 2005. In: Ders. (Hg.): Deutsche Zustände, Folge 4, Frankfurt a.M. 2006, S. 15-38.

Heitmeyer, Wilhelm: Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit. Ein normaler Dauerzustand?. In: Ders. (Hg.): Deutsche Zustände, Folge 5, Frankfurt a.M. 2007, S. 15-37

Miteinander e.V.: Streiten mit Neonazis? Zum Umgang mit öffentlichen Auftritten von Rechtsextremisten. Magdeburg/ Halle 2008.
MOBIT Thüringen (Hg.): Handbuch Versammlungsrecht. Erfurt 2011.

Molthagen, Klärner, Korgel, Pauli, Ziegenhagen (Hg.): Gegen Rassismus und Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit – Handeln für Demokratie. Bonn 2008.

Palloks, Kerstin/Steil, Armin: Von Blockaden und Bündnissen: Praxismaterialien zur Auseinandersetzung mit Rassismus und Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit im Gemeinwesen. Juventa 2008.

Strobl, Rainer/ Lobermeier, Olaf: Wie schafft man demokratische Kultur? Netzwerke zwischen erfolgreicher Intervention und wirkungslosem Aktionismus. In: Heitmeyer, Wilhelm: Deutsche Zustände, Folge 9, Frankfurt a.M. 2010, S. 307-316.

Strobl, Rainer/ Würtz, Stefanie/ Klemm, Jana: Demokratische Stadtkultur als Herausforderung. Stadtgesellschaften im Umgang mit Rassismus und Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit und Fremdenfeindlichkeit. Weinheim und München 2003.

Zick, Andreas / Klein, Anna: Fragile Mitte – Feindselige Zustände. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2014. Herausgegeben für die Friedrich-Ebert-Stiftung von Ralf Melzer. Bonn 2014

Herausgeber:

**Landesarbeitsgemeinschaft Offene Jugendbildung
Baden-Württemberg e.V.**

Siemensstr. 11
70469 Stuttgart
Tel.: 0711/896915-58
Fax: 0711/896915-88
E-Mail: info@lago-bw.de

**2. gedruckte Auflage 2017
2016 aktualisiert und für Baden-Württemberg überarbeitet:**

Nadja Kaiser
Anne Stelzel

Basierend auf der Vorlage:

Handbuch für Lokale Bündnisse gegen Rechtsextremismus
Freiwilligen-Agentur Halle-Saalkreis e.V., Landeszentrale für politische Bildung Sachsen-Anhalt (Hg.), Magdeburg
2012 mit Texten von Nicole Marcus, Christine Sattler, Stefan Vogt, Gestaltung Johannes Key.
Dies schließt auch Fotos ohne gesonderte Quellenangabe ein.

Gefördert durch:



Baden-Württemberg

MINISTERIUM FÜR SOZIALES UND INTEGRATION

Druck der 2. Auflage finanziert durch:

**DEMOKRATIE
STÄRKEN**



„Man sollte nie dem Glauben verfallen, eine kleine Gruppe ideenreicher, engagierter Leute könnte die Welt nicht ändern. Tatsächlich wurde sie nie durch etwas anderes geändert.“

(Margaret Mead)

Vielerorts bedrohen populistisches, fremdenfeindliches Denken und abwertende Ideologien oder sogar Gewalt das friedliche Zusammenleben. Immer öfter wehren sich demokratisch gesinnte Menschen und schließen sich zu Initiativen oder Bündnissen zusammen, um gemeinsam für eine menschenfreundliche, rassismuskritische Gesellschaft aktiv zu werden.

Dieses Handbuch bietet lokalen Bündnissen gegen Rechtsextremismus praktische Unterstützung durch zahlreiche Tipps von der Gewinnung von Mitstreiter_innen über den Umgang mit Konflikten bis hin zu einem Handwerkskasten „für alle Fälle“.

